

Informationsdienst

Z 8253 F

Südliches Afrika



Nr. 1 Jan./Feb. 1984

Preis DM 5,-

ISSN 0721-5088

INKATHA: Letzte Hoffnung Buthelezi?

INHALT

schwerpunkt: INKATHA:

Letzte Hoffnung Buthelezi?	
“Nur politische Feiglinge	
lehnen den Platz	
am Verhandlungstisch ab”	3
Trittbrettfahrer Buthelezi	6
Gewalt - frei nach Inkatha	10
Berg(straßen)predigt	13

südafrika

Warum ich verweigere	15
Rechtsalltag in Südafrika	18

namibia

Repression in Namibia 1983	20
--------------------------------------	----

angola

Operation Askari	22
----------------------------	----

aktionen

Botha besucht Bonn	25
Im Namen des Volkes	27
Soyikwa-Theatre	28

rezensionen	29
-----------------------	----

nachrichten	31
-----------------------	----

zeitschriftenschau	32
------------------------------	----

Informationsstelle Südliches Afrika e.V. (ISSA)

5300 Bonn 1, Blücherstr. 14
Telefon: 0228/ 21 32 88
Postscheck Köln 281210-504
Spk Bonn 119 000 222

Anti-Apartheid-Bewegung in der BRD und Westberlin e.V. (AAB)

5300 Bonn 1, Blücherstr. 14
Telefon: 0228/ 21 13 55
Postscheck Köln 12979-501
BfG Bonn Nr. 101 9894500

Preise:

Einzelheft	DM 5,00
Jahresabonnement	
Inland/Ausland	DM 40,00
Luftpost	DM 55,00
Institutionen	DM 60,00
Förderer	DM 60,00

Redaktion:

Christa Brandt, Gottfried Wellmer, Lothar Berger, Alrun Hürter, Hein Möllers (verantw.), Christoph Reichert, Dietrich Weinbrenner, Ingeborg Wick, Gernot Herrmann

Redaktionsschluß der Ausgabe: 1.2.84

Nachdruck, auch auszugsweise, nur nach Rücksprache mit der Redaktion. Genehmigung wird gern erteilt. Belegexemplar an die Redaktion. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verlag: ISSA

Satz, Layout, Grafik:
DK Kierzkowski, Bonn-Beuel

Druck:
Leppelt Druck+Repro GmbH, Bonn Beuel

Editorial

Agent für einen friedlichen Wandel, so sieht Buthelezi seine Rolle in Südafrika. Als er 1975 die kulturelle Zulu-Vereinigung Inkatha gründete, konnte man gespannt sein, ob und inwieweit er mit seiner Strategie eine weitere Facette des südafrikanischen Widerstands würde bilden können. Nun gelang es Buthelezi zweifelsohne, sich innerhalb des politischen Spielraums, der den Schwarzen im Konzept der getrennten Entwicklung gewährt wird, eine bedeutende Machtstellung zu sichern und sich durch die Verweigerung der “Unabhängigkeit” für KwaZulu geschickt von anderen Homeland-führern abzusetzen. Doch vermochte er es nicht, “das politische Potential der Jugend, der Gewerkschaften, der Intellektuellen und der Kirchen unter den Schwarzen für seine Strategie zu gewinnen” (P. Ripken). Der südafrikanischen Oppositionsuspekt von Pretoria nicht mehr ernst genommen, sitzt Buthelezi heute zwischen den Stühlen. Indiz für das Scheitern der Gradwanderung ist nicht nur die wachsende Militanz gegen Oppositionelle; wenn Buthelezi heute in Richtung Pretoria mit paramilitärischen Inkatha-Truppen droht und gleichzeitig mit dem Aufbau eines Inkatha-Instituts in Durban die Militanz der Jugend zu kanalisieren sucht, zeigt das, daß er mit seiner Strategie des “geduldigen Dialogs” seine eigene Anhängerschaft nicht mehr zu befrieden vermag.

Ungebrochen scheint sein Einfluß in Europa, wo er in Amsterdam ein Werbebüro unterhält. In der Bundesrepublik sucht die Inkatha-Bewegung neuerdings eine Basis für ideelle und personelle Unterstützung bei Organisationen der Friedensbewegung. Im Juni vergangenen Jahres sprachen Inkatha-Vertreter unter Hinweis auf ihre Option des friedlichen Wandels bei der ‘Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden’ (AGDF) in Bonn wegen personeller Hilfe vor, konnten aber nicht landen. In der Konrad-Adenauer-Stiftung hat Buthelezi seinen politischen Partner in der Bundesrepublik, der auch Projekte in seinem Homeland fördert. Humanitäre Hilfe leistet die Deutsche Welthungerhilfe, zu Beginn im April 1982 noch mit politischer Motivation, beim Soforthilfeprogramm für die von Hunger betroffene Bevölkerung in KwaZulu im Februar dieses Jahres unter politischem Vorbehalt. Mit missionarischem Eifer verkündet die Offensive Junger Christen, eine Gemeinschaft der evangelischen Kirche, Buthelezi als letzte Hoffnung gegen Blutvergießen und Chaos.

Hoffnung um welchen Preis, und wer zahlt den Preis? In Südafrika wird die Zwangsumsiedlung forciert, werden Opposition und Widerstand verfolgt, kriminalisiert und schikaniert, die Rassen- und Sicherheitsgesetze verschärft, bleibt dem schwarzen Bevölkerungsteil auch in der neuen Verfassung jegliche politische Mitwirkung versagt; Pretorias Armee hält Namibia besetzt, terrorisiert und deckt die Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung; Angola war zur Jahreswende zum wiederholten Mal Opfer südafrikanischer Aggression...

Die Kirche könne “das gewaltsam durchgesetzte Apartheidsystem, das fundamentale Menschenrechte außer Kraft setze, nicht billigen, ebensowenig könne sie die Anwendung von Gewalt zur Überwindung des Unrechts befürworten” heißt es im Resumee der Pressestelle des EKD-Kirchenamtes zu den Gesprächen zwischen EKD und ANC. Vertreter des ANC und der Evangelischen Kirche hatten am 3. Februar dieses Jahres in Mülheim/Ruhr erstmals offiziell Kontakt aufgenommen. Die Begegnung habe “ausschließlich der Information” gedient, heißt es nachdrücklich. Mit dem Hinweis auf umfassenden Informationsaustausch und Dialogbereitschaft – “die EKD steht allen am südafrikanischen Konflikt beteiligten Gruppen zum Gespräch zur Verfügung, sofern diese darum bitten” – hat die EKD einen politischen Standpunkt vermieden, das Antirassismusprogramm des Ökumenischen Rates der Kirchen unterlaufen und – entgegen den Forderungen des südafrikanischen Kirchenrates SACC – Kontakte gepflegt mit der Apartheid befürwortenden Niederländisch Reformierten Kirche oder Buthelezi. Ob mit dem Treffen in Mülheim eine Wende signalisiert wurde, steht dahin. Hein Möllers

›Nur politische Feiglinge lehnen den Platz am Verhandlungstisch ab«

Inkatha und Buthelezi – kurzer Aufriss der Geschichte, Struktur und Entwicklung

Gernot G. Herrmann

1981 schlugen einige bundesdeutsche Parlamentarier verschiedener Fraktionen Gatsha Buthelezi als Kandidat für den Friedensnobelpreis vor. Hätte das norwegische Parlament diesen Vorschlag übernommen (was es nicht tat), so wäre Buthelezi der zweite südafrikanische Friedensnobelpreisträger nach Albert Luthuli, dem langjährigen Präsidenten des African National Congress (ANC), geworden. Buthelezi als "politischer Enkel" Luthulis? Inkatha als Sammelbecken des südafrikanischen Widerstands? Das Nobelpreiskomitee möchte sich zu dieser Entscheidung dann doch nicht durchringen...

Geschichte und Mitgliederstruktur

Im Jahre 1928, dem Geburtsjahr Gatsha Buthelezis, gründete dessen Onkel, der Zulu-König Solomon Ka Dinizuli, "Inkatha Ya Ka Zulu" als Organisation zur Bewahrung und Festigung ethnischer und kultureller Traditionen der Zulus, nicht zuletzt im Hinblick auf die Mobilisierung einer breiten Unterstützung für das Zulu-Königtum. Den Namen lieh sich Solomon von dem Tuch, das die Zulu-Frauen zur Polsterung schwerer, auf dem Kopf getragener Lasten benutzen. Trotz dieser hohen Ziele war die Organisation schon bald wieder in Vergessenheit geraten, der bereits 1912 gegründete African National Congress (ANC) mit seiner eindeutig antirassistischen und antirassistischen Zielsetzung genoß zu dieser Zeit bereits das breite Vertrauen der politisierten Schwarzen auch in Zululand.

So siechte die Organisation dahin, bis sie 1975 von Gatsha Buthelezi, dem Chief Minister des "Homelands" KwaZulu (unter dem Namen "Inkatha Yenkululeko /e Siswe" als "nationale kulturelle Befreiungsbewegung" wieder zu neuem und ungeahntem Leben erweckt wurde. Südafrikanische Quellen konstatierten für 1980 zwischen 200 000 und 300 000 ahlende (!) Mitglieder, davon zwischen 10 und 15% Nicht-Zulus; von Lucius pricht 1983 sogar von "nach eigenem Buthelezi" Bekunden gut 750 000 Mitgliedern". Die Organisation ist streng hierarchisch gegliedert in örtliche Zweige, Kreise, Regionen, Provinzen, an der Spitze steht der (auf Lebenszeit) gewählte Präsident (Buthelezi), dem ein Zentralkomitee zur Seite steht.

Daneben gibt es noch den zweimal jährlich tagenden Nationalrat, dem neben den Mitgliedern des Zentralkomitees noch die Mitglieder der gesetzgebenden Versammlung von KwaZulu und einige Vertreter von Arbeitsgemeinschaften der Organisation angehören, sowie die alle zwei Jahre stattfindende Generalver-

sammlung, in der zu den Obengenannten noch die Delegierten der einzelnen Provinzen sowie verbundener Organisationen kommen.

Organisatorisch orientiert sich Inkatha nach eingenen Aussagen an den Ein-Parteien-Systemen der UNIP (Sambia) bzw. TANU (Tansania). Buthelezis Vorstellungen von einem Ein-Parteien-System sind in KwaZulu praktisch durchgesetzt, dort sind alle 55 gewählten Abgeordneten (neben 85 delegierten Häuptlingen) der KwaZulu Legislative Assembly Mitglieder von Inkatha. Allerdings schwanken die Schätzungen der Wahlbeteiligung bei dieser ersten Wahl zwischen 14 und 38% der Wahlberechtigten. 1978 war die Mehrheit der Mitglieder Frauen, generell ist die Unterstützung für Inkatha bei Älteren und Landbewohnern größer als bei den Jüngeren bzw. Stadtbewohnern.

Ganz offensichtlich ist die enge Verquickung zwischen Inkatha und der Verwaltung von KwaZulu, Opposition existiert kaum bzw. wird sofort im Keim ersticken, u.a. dadurch, daß staatlich zu vergebende Stellen bevorzugt an Inkatha-Mitglieder vergeben werden und Opposition gegen Inkatha als "Verrat an der Sache der Zulus" gebrandmarkt wird.

Inkatha gibt eine eigene Monatszeitschrift "The Nation" heraus, die nach eigenen Angaben in einer Auflage von 40 000 gedruckt wird.

Im März 1978 gründete Inkatha zur Unterstützung des eigenen Anspruches, für alle schwarzen Südafrikaner zu sprechen, mit den Führern der Coloured Labour Party, der Indian Reform Party und den "Regierungs"-Parteien von Qwa-Qwa und KwaNgwane die South Africa Black Alliance (SABA), deren Vorsitzender Buthelezi ist.

Ziele Inkathas

Die Ziele der Bewegung wurden zum einen in der "Verfassung" Inkathas

festgelegt (s. Kasten), hauptsächlich aber in unzähligen, durchaus widersprüchlichen Statements Buthelezis formuliert.

Immer wieder betont wird das Ziel der Gewaltlosigkeit, die Strategie des "Dialogs" (auch mit der regierenden National Party) und eine verschwommene Ideologie des afrikanischen "Kommunalismus". Überraschenderweise taucht jedoch die häufig von Buthelezi geäußerte Ablehnung der "Unabhängigkeit" der "Homelands" nicht in den Zielen der "Verfassung" Inkathas auf.

Die ökonomischen Forderungen sind unklar und widersprüchlich, ausländische Investitionen in den Homelands werden abgelehnt (so 1975 gemeinsam mit Beyers-Naude) und dann doch wieder gefordert (einige Wochen später in den USA), verbunden mit der Bitte, verantwortungsvoll zu investieren und gerechte Löhne zu zahlen; 1978 entwickelt die KwaZulu Development Corporation ein Modell der "Drittelparität" (tripartite companies), das ausländische Investitionen in Kooperation mit (staatlichen) Entwicklungsgesellschaften und schwarzen Teilhabern zulassen sollte.

Gatsha Buthelezi und Inkatha

Selbst bei der zugegebenermaßen großen Bedeutung, die charismatische Führer für politische Bewegungen nicht nur in Afrika besitzen, überrascht die außergewöhnlich hohe Ausrichtung Inkathas auf Buthelezi. Inkatha ist Buthelezi, und Buthelezi ist Inkatha. Für Buthelezi dient Inkatha als Plattform zur Artikulation seiner politischen Vorstellungen. Und so ist die Entwicklung Inkathas auch nur erklärbar vor dem Hintergrund der politischen Biografie Buthelezis.

Der Sproß einer alten und einflußreichen Familie königlicher Berater verweist gerne darauf, Studienkollege von Mandela und Sobukwe gewesen zu sein. Seine Aktivitäten in der Jugendliga des ANC führten 1952 zum Ausschluß aus dem "Fort Hare University College". Die Beziehun-

neu!

ISRAEL und SÜDAFRIKA

Eine Dokumentation ihrer Zusammenarbeit

Visiting
their son in jail
V-Zulu 76

edition südliches afrika 16

ISRAEL UND SÜDAFRIKAEine Dokumentation ihrer
BeziehungenHrsgg. von Alrun Hürter
Bonn 1983, 72 Seiten, DM 5,00
ISBN 3-921614-13-9

Südafrika, der rassistische Staat par excellence, und Israel, das vielen rassistisch Verfolgten noch immer als Zufluchtsstätte gilt – eine Allianz, die unvorstellbar erscheint. Detailliert wird die Entwicklung ihrer Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet wie in der nuklearen Forschung in zwei Dokumentationen der Vereinten Nationen und in ergänzenden Informationen verfolgt. Vertreter der südafrikanischen und palästinensischen Befreiungsbewegungen, ANC und PLO, gehen in ihren Beiträgen auf den ideologischen und Interessenskonsens der beiden Staaten ein. Diese Kollaboration dient nicht nur der Herrschaftssicherung; wegen ihres Zugangs zu strategischen Rohstoffen besetzen beide Länder Schlüsselpositionen in den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Doktrinen des Westens.

issa

informationsstelle südliches afrika e.V.
information centre on southern africa
5300 bonn 1, blücherstr. 14
telefon: 0228/21 32 88

gen zum ANC schließen jedoch bereits zur Zeit des "Treason Trials" (1956 - 1960) ein, auch wenn Buthelezi in den 70er Jahren vereinzelte Aufrufe an das Vorster-Regime richtete, gefangene ANC-Führer freizulassen.

Gleichzeitig konstatiert er wachsenden kommunistischen Einfluß im ANC (die SACP hatte ihn einen Helfershelfer der Apartheid genannt), kritisiert die Strategie des bewaffneten Kampfes und fordert die OAU auf, neben den Befreiungsbewegungen ANC und PAC auch diejenigen, "die im Lande kämpften", als Vertreter der Unterdrückten von Südafrika anzuerkennen.

Diese Kritik am ANC hielt Buthelezi jedoch nicht davon ab, die Farben, Lieder und Slogans des ANC für Inkatha zu übernehmen, zeitweise identifizierte er sich sogar mit den Zielen des ANC (lehnt aber die Strategie weiterhin ab).

Im Zuge der Politisierung der schwarzen Arbeiter und Studenten in den 70er Jahren nimmt Buthelezi Kontakt zur Black Peoples Convention (BPC) und zur South African Students Organisation (SASO) auf, wird dort aber als Homeland-Führer und Kollaborateur des Apartheid-Regimes zurückgewiesen.

Eine sinistre Rolle spielte er während der Soweto-Unruhen 1976. Nachdem es ihm nicht gelang, die von ihm schon lange vorausgesagten Massenaktionen unter die Führung von Inkatha zu bringen, rief er zur Beendigung der gewalttätigen Auseinandersetzungen auf, und seinem bzw. Inkathas Einfluß wird es zugeschrieben, daß sich die Aufstände in Natal nicht ausbreiteten. Darüberhinaus rief er zur Bildung schwarzer Bürgerwehren zum Schutz "öffentlichen Eigentums" auf, und die blutigen Auseinandersetzungen zwischen Streikenden in Soweto und den Bewohnern des Mzimhlope Wohnheims gelten Kritikern als Beweis einer vollzogenen unheiligen Allianz zwischen dem Apartheid-Regime und Inkatha. Bei der Beerdigung Robert Sobukwes mußte er fluchtartig das Feld räumen, als aufgebrachte Teilnehmer ihn als Verräter bezeichneten.

Bei der Bannung der Bewegungen des Schwarzen Bewußtseins blieb Inkatha verschont. Buthelezi suchte nun Inkatha als interne Befreiungsbewegung aufzubauen und das entstandene politische Vakuum zu füllen. Zum einen versuchte er, durch die Gründung von SABA (s.o.) mit Indern und Farbigen ins Gespräch zu kommen. Spätestens seit dem letzten Jahr allerdings, als sich die Labour Party anders als Buthelezi zur Verfassungsreform bekannt hat, ist dieses ominöse Bündnis in die politische Bedeutungslosigkeit verschwunden.

Des weiteren versuchte er, Inkatha als eine Art gewaltlosen innersüdafrikanischen "Flügel" des ANC zu propagieren. Nach informellen Gesprächen mit der Führung des ANC in London eröffnete er der Britischen Regierung, daß Inkatha und der ANC dazu ausersehen seien, eine gemeinsame Plattform zu gründen. Der ANC, der bis dahin seine Kritik an Buthelezi wegen dessen starker Hausmacht unter den Zulus nur gedämpft geäußert hatte, wies dieses Ansinnen scharf zurück und bekräftigte die Grundprinzipien des Widerstands: keine Zusammenarbeit mit offiziellen Regierungsstellen, bewaffneter Kampf und die Forderung nach Sanktionen. Buthelezi selbst wurde anlässlich des 25. Jahrestages der Freiheitscharta bescheinigt, er sei nicht mehr länger als eine Person anzusehen, die mit aufrichtigen Motiven den falschen Weg beschreite, sondern "Polizeiagent" und "Gefängniswärter".

Nach diesem Fehlschlag driftete Buthelezi immer mehr nach rechts ab. Er verurteilte die Anschläge des ANC auf Sasolburg und Secunda und rief erneut zur Bildung von Bürgerwehren auf. Seine Hinwendung zum "Dialog" endete in informellen Gesprächen mit Vertretern des "Broederbond" und dem Minister Piet Koornhof. Ein Versuch, durch einen Flirt mit dem "Comitee of Ten" für Inkatha Einfluß in Soweto zu gewinnen, mißlang; die Repräsentanten der Bevölkerung von Soweto lehnten es ab, mit einem von der Regierung eingesetzten Homeland-Führer in Kontakt zu treten.

Literatur:

1. Southall, Roger, Buthelezi, Inkatha and the politics of compromise, in: African Affairs, London, Nr. 321.80 Dez. 1981, S. 453 - 481
2. Survey of Race Relations, 1980, H. South African Institute of Race Relations, Johannesburg 1981, darin das Kapitel "Afrikanische politische Angelegenheiten" s. 48 - 55.
3. v. Lucius, Robert, Gatsha Buthelezi sieht sich in der Tradition des gewaltlosen Widerstands, in: FAZ, 08.06.1983.
4. Race Relation News Nr. 12, Dez. 1977, Inkatha Background, S. 8 und 7.
5. Inkatha dominate is total, in: Frontline, Dez. 1979, S. 27
6. Inkatha Centrepiece of the gathering storm, in: Frontline, Johannesburg 1977, S. 20 - 26
7. Buthelezi, Gathsa, Für Freiheit und Versöhnung, Sechs Reden, hrsgg. von Horst Klaus Hofmann, Gütersloh (Mohn) 1982 Widmung: "Den Männern und Frauen des Deutschen Bundestages aus allen drei Fraktionen, die das Gebot der Stunde erkannt und dem norwegischen Parlament Dr. Mangosuthu Gatsha Buthelezi für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen haben."

Titel: Zitat Buthelezi aus: The sayings of Chairman Gatsha, in: Frontline, Dez. 1979, S. 25.



Die Mehrheit der Inkatha-Mitglieder sind Frauen.

Auszug aus der Verfassung der Nationalen Kulturellen Befreiungsbewegung INKATHA YE SISWE

Die Ziele der Bewegung sind,

- a) den Geist der Einheit im Volk von KwaZulu im ganzen Südlichen Afrika und zwischen ihm und all seinen afrikanischen Brüdern im Südlichen Afrika und die Tradition des Volkes am Leben zu erhalten und zu festigen.
- b) die Entwicklung des Volkes von KwaZulu fördern und ermuntern zu helfen, im geistigen, wirtschaftlichen, bildungsmäßigen und politischen Sinne;
- c) Kontakte und Verbindungen mit anderen kulturellen Gruppen im Südlichen Afrika zu halten mit dem Ziel der Errichtung einer gemeinsamen Gesellschaft;
- d) alle Formen von Korruption, Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und Einschüchterung abzuschaffen;
- e) die Anerkennung der Grundsätze von Chancengleichheit und Gleichbehandlung für alle Menschen aller Schichten zu erreichen;
- f) mit jeder Bewegung oder Organisation für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen zusammenzuarbeiten und die wirksamste Produktion und gerechte Verteilung des Wohlstands der Nation im besten Interesse der Menschen zu sichern;
- g) die Abschaffung aller Formen von Diskriminierung und Trennung auf der Grundlage von Stamm, Clan, Geschlecht, Hautfarbe oder Glaube zu erreichen;
- h) wertvolle einheimische Sitten und Kulturtraditionen zu fördern und zu unterstützen;
- i) Handel und Gewerbe, Industrie, Landwirtschaft und die Erhaltung der natürlichen Ressourcen mit allen Mitteln im Interesse der Menschen zu schützen, ermuntern und fördern und alle Bürger zu ermuntern, an allen Bereichen der Wirtschaft teilzuhaben;
- j) die Grundsätze, die von Zeit zu Zeit von den entsprechenden Organen der Bewegung verabschiedet werden, wirksam werden zu lassen;
- k) die Beachtung der grundlegenden Freiheiten und Menschenrechte sicherzustellen;
- l) ein tatkräftiges Bewußtsein von Patriotismus und einen starken Geist von nationaler Einheit auf der Grundlage von allgemeiner und individueller Loyalität und Beziehung zu unserem Land zu vermitteln und zu festigen;
- m) mit allen fortschrittlichen afrikanischen und anderen nationalistischen Bewegungen vor Ort und international und mit politischen Parteien zusammenzuarbeiten, die für die vollständige Abschaffung aller Formen von Kolonialismus, Rassismus, Neokolonialismus, Imperialismus und Diskriminierung eintreten, und die Erreichung afrikanischer Einheit anzustreben;
- n) alle anderen Aktivitäten durchzuführen, die nach Ansicht der Bewegung der Erreichung der Ziele der Nationalen Bewegung förderlich sind und alle Dinge zu tun, die zur Durchsetzung dieser Ziele nützlich sind.

W. Geisler · G. Wellmer

DM- INVESTITIONEN IN SÜDAFRIKA



Wolff Geisler/Gottfried Wellmer
DM-INVESTITIONEN
IN SÜDAFRIKA
Bonn, August 1983
ca. 300 Seiten, DM 17,80
ISBN 3-921614-40-6

Den Hauptteil des Buches bildet eine Liste bundesdeutscher Unternehmen und ihrer Kapitalanlagen und Beteiligungen in Südafrika, die rund 300 deutsche Unternehmen und 300 südafrikanische Tochterunternehmen und Beteiligungen umfaßt.

Ein einführender Text analysiert Umfang und Bedeutung der bundesrepublikanischen Investitionen für die innenpolitische Entwicklung Südafrikas.

Den Abschluß bildet der Aufsatz von F. Fröbel, J. Heinrichs und O. Kreye: "Die neue internationale Arbeitsteilung: Ursachen, Erscheinungsformen, Auswirkungen."

issa

informationsstelle
südliches afrika
Blücherstr. 14
5300 Bonn 1
Tel. 0228/21 3288

CDU leitete Gelder der CIA an Contras

Bonn. UZ — Die Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU habe in den vergangenen Monaten CIA-Gelder an die von Eden Pastora geführte und gegen Nicaragua kämpfende konterrevolutionäre Organisation ARDE weitergeleitet. Das erklärte Laurence Birns, Direktor der namhaften US-Organisation „Council on hemispheric affairs“ in

Bonn. Die Höhe der von der Konrad-Adenauer-Stiftung vermittelten CIA-Gelder schätzt Birns auf etwa 1,5 Millionen Dollar.

Ihrer Buthelezi

Abseits



Ministerpräsident Mangosuthu G. Buthelezi von KwaZulu (mitte) lobte die Flexibilität des südafrikanischen Ministerpräsidenten (links).

(Originaltext aus der südafrikanischen Propagandabroschüre 'Südafrika Kontrovers')

Im Juni 1983 verteilte Chief Gatsha Buthelezi nach einem Vortrag vor der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bonn, in dem er die neue Partnerschaft von Inkatha und der 'CDU-nahen' Institution bei der Befreiung Südafrikas gepriesen hatte, ein Papier, in dem er zum Ausdruck brachte, Südafrika stünde heute nur noch vor zwei Optionen: dem friedlichen oder dem gewaltsamen Wandel. Für beide Optionen stünden auch zwei Organisationen: die von ihm vertretene Organisation Inkatha und der African National Congress (ANC), der eine zum Scheitern verurteilte Strategie des städtischen Terrorismus verfolge. Nur 'friedlicher', ernsthafter, wirklicher und bedeutungsvoller Wandel in Südafrika könne die Eskalation der Gewalt noch verhindern; dafür aber bedürfe es eines Sprechers und einer Organisation der Schwarzen in Südafrika, die den notwendigen Druck für friedlichen Wandel ausüben könne. Und für diese Rolle gäbe es nur eine Organisation: Inkatha. Zur Stützung der schwarzweißmalerischen Strategie-Bestimmung heißt es in dem Papier: "Die Kräfte für friedlichen Wandel in Südafrika sind stärker als allgemein angenommen. Alle schwarzen Gemeinschaften (Afrikaner, Mischlinge und Inder) verlangen wirklichen Wandel. Unter den Weißen stehen starke Gruppen hinter den Bemühungen für echten politischen Wandel; dazu gehören: der mächtigste Sektor der Geschäftswelt, die großen Finanzierungsgesellschaften des Bergbaus unter Führung der Anglo American Corporation, die englischsprachige Presse, die Kirchen. Sogar in der burischen Gesellschaft werden die 'aufgeklärten Gruppen' stärker; sie erkennen, daß ein integriertes demokratisches Südafrika eine Notwendigkeit ist für Südafrikas politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt." Inkatha habe bewiesen, daß sie die Unterstützung von Weißen, Indern und Mischlingen für friedlichen Wandel gewinnen könne.

Starke Worte

Nur wenige Monate nach dieser selbstbewußten Kurz-Analyse der Situation Südafrikas setzten weiße Regierungen und regierende Nationale Partei eine Verfassungsänderung durch, die Apartheid zementiert, indem Mischlinge und Inder als Juniorpartner an der Ausübung der Macht zur Sicherung weißer Vorherrschaft beteiligt werden sollen, während die Mehrheit der Bevölkerung weiterhin ausgeschlossen bleibt. Gegen diese Verfassungsänderung hatten Gatsha Buthelezi und seine Inkatha-Bewegung mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln opponiert; eine vernichtende politische Niederlage eben der Kräfte, auf die Inkatha für eine Strategie des friedlichen Wandels zu bauen scheint, war das Ergebnis des Referendums unter den Weissen vom 2. November 1983. "Wir werden diese Verfassung mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, an ihrer Durchsetzung hindern; wir werden sie notfalls mit unseren eigenen Händen auseinandernehmen" erklärte Chief Buthelezi einige Wochen vor diesem Referendum, das die politische Landschaft Südafrikas verändert hat.

"Wenn es ein 'Ja'-Votum geben wird, werden Afrikaner ihre Option neu überdenken müssen. Sie werden die Politik der Afrikaner der letzten 20 Jahre in Frage stellen und eine festere Haltung und klarere politische Aktionen verlangen. Ich und alle verantwortungsbewußten afrikanischen Führer werden zu neuen Überlegungen gezwungen sein, was unsere Strategie sein müsse und wer unsere Verbündeten sein müssen. Wir werden unsere Ansichten über solche Fragen wie Sanktionen gegen Südafrika überdenken müssen, wir werden sorgfältig die Politik überprüfen müssen, die für wirtschaftliche und diplomatische Isolation Südafrikas eintritt."(1)

Starke Worte und ominöse Drohungen und Ankündigungen waren schon immer ein Kennzeichen der Rhetorik des Zulu-Häuptlings Buthelezi, seit er sich zu Beginn der 70er Jahre in die 'nationale' südafrikanische Politik begeben hat und mit der Gründung bzw. Wiederbelebung der Inkatha-Bewegung sich eine Machtbasis zu schaffen beanspruchte, die den eigentlichen Zielen, wie er immer wieder sagte, der Befreiungsbewegung — nur auf anderem Wege — zur Durchsetzung verhelfen sollte. Doch welche reale Basis steckt hinter solchen Reden, welchen Spielraum hat eine Bewegung, die sich auf die von Pretoria geschaffenen Institutionen stützt, worin besteht die Strategie von Buthelezi und seiner Inkatha-Bewegung?

Ohne Zweifel ist Buthelezi eine der bekanntesten politischen Persönlichkeiten Südafrikas; ohne Zweifel kann er in dem

von ihm so hoch bewerteten politischen 'power play' innerhalb des Apartheid-Systems einen Popularitätsgrad in Anspruch nehmen, der weit über die Beliebtheit der von ihm geführten Inkatha-Bewegung — jedenfalls außerhalb des Bantustans KwaZulu — hinausgeht (2); ohne Zweifel finden seine Äußerungen in den südafrikanischen Medien eine stärkere Beachtung als die vieler anderer 'Homeland'-Politiker, ja selbst noch als die des ANC, der freilich nicht direkt zitiert werden darf und auch durch seine Aktionen und seine Präsenz im Untergrund im Bewußtsein zumindest der städtischen Schwarzen einen hohen Rang einnimmt.

Doch ist Buthelezi und seine Inkatha-Bewegung keinesfalls unumstritten. Trotz seines Talentes, Allianzen zu schließen, verbal-radikal zu erscheinen und sich im Ausland als der entscheidende Sprecher der schwarzen Opposition in Südafrika zu geben, hat Buthelezi es nicht vermocht, das politische Potential der Jugend, der Gewerkschaften, der Intellektuellen und der Kirchen unter den Schwarzen für seine Strategie zu gewinnen. Während im 'Einparteien-Staat' KwaZulu, innerhalb der engen Grenzen der 'Homeland'-Politik also, Inkatha zweifelsohne einen Machtfaktor darstellt, ist diese mit einem 'nationalen' Anspruch auftretende Bewegung trotz aller gegenteiligen Behauptungen Buthelezzis selbst in den 'townships' keineswegs überall präsent und anerkannt. Im Gegenteil: der außerordentlich rasche und erfolgreiche Aufbau von basis-orientierten Strukturen, wie ihn die United Democratic Front (UDF) in den wenigen Monaten seit ihrer Gründung erreicht hat, zeigt, daß die von Buthelezi beschworene Alternative zwischen zwei Optionen so nicht besteht.

Strategie der Verhinderung...

Neben der, auf die Grundprinzipien der 'Freiheits-Charta' orientierten UDF ist es aber vor allem das Referendum vom 2. November 1983, das einen Einschnitt für die von Buthelezi verfolgte Strategie bedeutet. Bisher war diese Strategie trotz aller inneren Widersprüchlichkeit relativ klar. Es ging Inkatha um Mobilisierung einer Machtbasis von Schwarzen für die Durchsetzung von legitimen Rechten in einem einheitlichen demokratischen Staat Südafrika; Ausgangspunkt war dabei zuerst der eher konservative Nationalismus des größten Volkes Südafrikas, der Zulu, den Buthelezi — trotz gewisser Spannungen mit dem Königshaus der Zulu, das sich mehrfach in den 70er Jahren um den Aufbau konkurrierender Parteien in KwaZulu bemühte — gesamt-südafrikanische Führungsrolle einzubringen schien. Die Bindungen zwischen Inkatha und der Legislative und Exeku-

tive von KwaZulu sollten dabei als eine Art Schutzhilf schild dienen: eine innerhalb des von Pretoria geschaffenen Rahmens arbeitende politische Organisation ließe sich — so die Argumentation von Buthelezi — nicht so ohne weiteres mit legalistischen Instrumenten durch Pretoria verbieten und in den Untergrund drängen, wo politisch effektiv nicht mehr gearbeitet werden könne. Politischer Inhalt einer solchen Schutzfunktion ist dabei nicht nur die Möglichkeit, die Schwarzen Südafrikas unter dem Banner von Einheit des Widerstandes im Lande selbst zu mobilisieren, sondern vornehmlich eine 'Strategie der Verhinderung'. Verhindert werden soll der weitere Ausbau der Institutionen der 'multinationalen Entwicklung', die Pretoria mit der 'Unabhängigkeit' der Bantustans betreibt; KwaZulu hat sich bisher erfolgreich gegen 'Unabhängigkeit' von Pretorias Gnaden gewehrt (z.T. allerdings auch, weil es anders als die bereits für 'unabhängig' erklärten Bantustans stärker territorial zerstückelt ist und damit viel stärker in die Provinz Natal eingebunden ist als es für die anderen Bantustans zutrifft); das Angebot KwaZulus freilich, durch Pretoria zu Bürgern von 'unabhängigen' Bantustans erklärten Afrikanern Bürgerrechte in KwaZulu zu gewähren und sie damit weiterhin südafrikanische Bürger sein zu lassen, ist von Pretoria unterlaufen worden. Verhindert werden sollte auch die von der weißen National-Partei angestrebte Verfassungsreform; hier gelang Buthelezi zwar eine Übereinstimmung mit der von ihm beschworenen Kraft für 'friedlichen Wandel' unter den Weißen, aber in der von ihm gepriesenen 'South African Black Alliance' (SABA) gab es unterschiedliche Positionen: die 'Labour Party' der sogenannten Mischlinge rang sich, selbst um die Konsequenz eines Auseinanderbrechens, zu einem 'Ja' zur Verfassungsreform durch.

Wesentliche Voraussetzung einer solchen Strategie der Verhinderung ist freilich, daß Pretoria bereit ist, sich mit dem als 'Machtfaktor' ausgewiesenen Buthelezi an einen Tisch zu setzen, um in Gesprächen zu einer 'Lösung' zu kommen. Obwohl Buthelezi selbst immer wieder betont, daß nur mit einer Strategie des 'Drucks von innen' Pretoria an den Verhandlungstisch gezwungen werden könne, hat er für derartige Gespräche immer wieder 'Vorleistungen' erbracht, die ihn im Grunde zu einem Pretoria willfährigen Gesprächspartner machen. So hat er sich — entsprechend der von Pretoria verkündeten Linie — immer wieder gegen eine Politik der wirtschaftlichen Isolierung Südafrikas ausgesprochen; im Gegenteil, er hat — im Interesse der Menschen von KwaZulu und ganz Südafrika, wie er sagt — wiederholt zu mehr Investitionen in Südafrika

Meinungsumfrage in Soweto: Die Mehrheit lehnt Buthelezi ab

Nelson Mandela, der inhaftierte ANC-Führer, bleibt der beliebteste Politiker unter den Einwohnern Sowetos, wie eine erneute Meinungsumfrage des 'Star' im November 83 ergeben hat. Von einer deutlichen Mehrheit abgelehnt wird dagegen Inkatha-Präsident Buthelezi, trotz der Tatsache, daß — wie der 'Star' betont — die Mehrheit der Befragten zur Bevölkerungsgruppe der Zulus gehört. Schlechter in der Beliebtheitsskala der Bevölkerung steht nur noch David Thebehalil da, der bei den nachfolgend (erfolgreich boykottierten, vgl. Meldung in diesem Heft) Stadtratswahlen auch noch seinen Sitz als "Bürgermeister" von Soweto verloren hat.

	pro	con-	unsi-
	tra	cher	
Nelson Mandela (ANC)	82%	3%	11%
Ntatho Motlana (Komitee der 10)	59%	17%	20%
Albertina Sisulu (UDF)	47%	5%	42%
Gatsha Buthelezi (Inkatha)	22%	56%	18%
Lybon Mabasa (AZAPO)	21%	8%	54%
David Thebehalil	17%	63%	14%
John Nyati Pokela (PAC)	15%	9%	67%

Von den Organisationen wurde der ANC (34%) von den 571 anlässlich der Stadtratswahlen Befragten am meisten genannt. Es folgten Sofasonke (älteste Bürgerpartei Sowetos, 26%), AZAPO (13%), Inkatha (6%) und PAC (3%). Genannt wurden auch die UDF, das Komitee der 10 und die PFP.
The Star 23.11.84

aufgerufen; er hat sich vehement als Verteidiger der freien Marktwirtschaft ausgezeichnet und allenfalls — entsprechend der Realität der weitgehend vom Staat dirigierten Wirtschaft Südafrikas — einer 'gemischten' Wirtschaft mit einer Partnerschaft von Staat, privaten Kapitalisten und ausländischen Unternehmen das Wort geredet; er hat sich eindeutig — nach einer Phase von Kontakten mit dem ANC, die vornehmlich der Stärkung seiner eigenen Position dienen sollten — gegen die nationale Befreiungsbewegung ANC ausgesprochen und dabei — entsprechend der Linie Pretorias — antikommunistische Vorurteile bewußt eingesetzt.

... gescheitert

Trotzdem scheint diese Strategie des Kompromisses und der 'Moderation' gescheitert: seit drei Jahren hat Buthelezi kein Gespräch mehr mit einem Vertreter der Nationalen Partei geführt, in dem Versuch Pretorias, das Gebiet Ingwavuma (das zu KwaZulu gehört) an Swaziland im Austausch gegen bestimmte politische Vorteile zu 'veräußern', hat KwaZulu eher die Rolle des hilflosen Opfers gespielt, auch wenn dieses zynische Manöver einstweilen aufgeschoben ist.

Trotz des Bestrebens von Inkatha, durch politische Mobilisierung einerseits und eine Politik der 'Moderation' andererseits die 'Tür zu Verhandlungen' mit der weißen führenden Minderheit offenzuhalten, ist mit dem Referendum vom 2. November 1983 diese Tür zugeschlagen worden. Man kann darüber spekulieren, ob nicht gerade durch die Politik eines partiellen Einschwenkens auf Positionen, wie sie von Pretoria durchaus gerne gesehen werden, von der Mehrheit der Schwarzen aber abgelehnt werden, Inkatha gerade die 'Machtbasis', die sie anstrebt, nicht erreicht hat. Tatsache ist, daß bei allen wesentlichen politischen und sozialen Bewegungen des schwarzen Widerstandes, die das Südafrika seit Beginn der 70er Jahre kennzeichnen, Inkatha keineswegs eine führende Rolle gespielt hat, sondern eher sich durch Abwiegelei und Sprüngens auf den fahrenden Zug' ausgezeichnet hat.

Bei keinem der Streiks, die die seit Mitte der 70er Jahre anwachsende unabhängige Gewerkschaftsbewegung organisierte, war Inkatha beteiligt; bei den Konsumentenboykotten, die Inkatha freilich als bedeutende politische Waffe angesichts der Kaufkraft der schwarzen Bevölkerung identifiziert hat, spielte Buthelezi's Bewegung allenfalls am Rande eine Rolle: die von Inkatha immer wieder beschworene Orientierung auf die Nöte und Bedürfnisse der 'community', die als politisches Mobilisierungsinstrument in der Strategie von Inkatha eine wichtige Rolle zu spielen beansprucht, findet außerhalb des unmittelbaren Einflußbereichs in den an KwaZulu angrenzenden Gebieten und 'townships' von Natal kaum eine ernstzunehmende Beachtung; bei den Schulboykotten seit 1976 war Buthelezi eher ein hilfloser Zeuge, der abzuwiegeln versuchte, ohne der Militanz der Schüler Einhalt gebieten zu können. Die Unruhen aufgrund steigender Militanz von Schülern, Jugendlichen und Arbeitern seit 1976 dienten Inkatha stattdessen eher als Anlaß, verbalradikale Reden und Kongresse mit vermeintlich militanten Beschlüssen abzuhalten, die möglicherweise das 'Selbsthilfe-Bewußtsein' der Bevölkerung von KwaZulu bestärkten, aber mit

der relevanten politischen Auseinandersetzung im Lande wenig zu tun hatten. So dürften die spontanen und keineswegs konsequent organisierten Schüleraufstände des Jahres 1976 und die nachfolgende 'Vertrauenskrise' des weißen und ausländischen Kapitals mehr bewirkt haben als die Resolutionen und Kongresse von Inkatha; der 'Reformdruck', der durch diese Ereignisse in Südafrika erzeugt wurde, mag den ursprünglichen Intentionen der Schüler und ihrer Verbündeten keineswegs entsprochen haben; mit dem 'Reformdruck', den Inkatha auszuüben beansprucht, hat er allerdings nicht viel gemein. Denn dieser 'politische Mobilisierungseffekt' der Schwarzen, auf den Inkatha baut, läuft eher auf eine Stabilisierung des Systems hinaus (3).

Der 'Nationalismus' der Zulu, den Buthelezi für eine Lösung der Probleme Südafrikas insgesamt zu mobilisieren hofft, ist nämlich keineswegs sozial 'neutral': abgesehen von den Zwangsmechanismen, mit denen in KwaZulu jeder, der einen Arbeitsplatz oder eine bessere Position bekommen bzw. behalten will, in die Mitgliedschaft bei Inkatha gespreßt wird, stützt sich die Bewegung vornehmlich auf die Kleinbourgeoisie KwaZulus, auf diejenigen, die innerhalb der von Pretoria geschaffenen Institutionen einer Homelandverwaltung Posten minderen Ranges bekleiden, auf die kleinen Händler und Fuhrunternehmer, auf die Bierverkäufer und Ladenbesitzer, die z.T. in Verbindung mit der staatlichen 'KwaZulu Development Corporation' sich eine besciedene Kapitalbasis aufzubauen bemüht sind. Es ist nicht die Masse der Arbeiter aus KwaZulu oder die große Zahl der mehr und mehr in Bedrägnis geratenen Kleinbauern in diesem Bantustan, die Inkatha eine fragwürdige politische Basis verschaffen; sondern es sind diejenigen, die gegenüber dem weißen Kapital immer wieder konkret – auch in KwaZulu – ihre Benachteiligung erfahren und deren Aspirationen nur dann befriedigt werden können, wenn willkürliche und rassistische Restriktionen für geschäftliche Tätigkeit aufgehoben werden. Inkatha behauptet, sich auf die ländlichen Massen KwaZulus (und Südafrikas insgesamt) stützen zu können, wobei dem ANC vorgeworfen wird, sich nur auf die städtischen Schwarzen zu stützen, nur in den Städten überhaupt in einem Maße präsent zu sein, das eine Strategie des bewaffneten Kampfes in den Städten erlaubt. Daran ist immerhin so viel Wahrheit, daß Inkatha sich in gewisser Weise darum bemüht, die ökonomischen Folgen der Bantustan-Politik wenigstens für die Bewohner des Homelands KwaZulu abzufangen; den ansonsten in den Homelands zu beobachtenden Vereinigungsprozessen die, gekoppelt mit durch Dürre verursach-

tem Hunger, auch vor KwaZulu nicht halt machen, steht die Bewegung nicht ganz tatenlos gegenüber, sei es aus ihrer Verbundenheit mit der Regierung dieses Homelands, sei es aus der richtigen Einsicht, daß sich der Zorn der ländlichen Bevölkerung über ihre desolate Lage zuerst gegen die ihr unmittelbar entgegentrende Amtsperson richten würde, nicht aber gegen diejenigen, auf deren Verantwortung dieses Elend eigentlich zurückzuführen ist, die südafrikanische Zentralregierung nämlich.

Buthelezi-Kommission

Der deutlichste Beleg für das Scheitern der Inkatha-Strategie aber lieferte bereits lange vor dem Referendum vom 2. November 1983 die vom Inkatha-Institut für Südafrika betriebene sogenannte 'Buthelezi-Kommission'. Mit dieser Kommission, der eine ganze Reihe von führenden Vertretern von Wissenschaft und Politik aus Natal angehörten, ließ Buthelezi, der ihr selbst praktischerweise nicht angehörte, sich auf das in Südafrika von der National-Partei so besonders eifrig betriebene Spiel mit 'Verfassungsmodellen' ein, an dem sich schon mancher, außerhalb der National-Partei stehende (ob schwarze oder weiße) Politiker vergeblich versucht hatte. Der Bericht der Buthelezi-Kommission, den der heutige Karlsruher Verfassungsrichter Hans H. Klein als 'eine ernstzunehmende Option' lobt, liegt mittlerweile auch in einer deutschen Ausgabe vor (4); in ihm wird in einer seltsam anmutenden 'Kompro miß-Orientierung' ein Verzicht auf ein allgemeines Wahlrecht ('one man – one vote') ausgesprochen, weil eine solche Politik "zum gegenwärtigen Zeitpunkt für die Republik Südafrika unrealistisch wäre, weil sie keine Aussicht auf erfolgreiche Verwirklichung hätte." (5) Daß die Regierung in Pretoria und die National-Partei die Ergebnisse der Buthelezi-Kommission einfach beiseiteschieben würden, war vorauszusehen. Der grundlegende politische Fehler jedoch, den Buthelezi mit der Kommission beging, die er selbst nur teilweise zu steuern in der Lage war, die stattdessen weitgehend dem sozialwissenschaftlich orientierten 'Macht'-Denken seines Beraters Professor Dr. Lawrence Schlemmer (u.a. Direktor des Inkatha-Instituts) folgte, liegt eben in dem Bereich, daß er um der Anerkennung durch weiße politische und wirtschaftliche Interessen aus Natal willen, grundlegende politische Positionen räumte, die für einen afrikanischen Politiker in Südafrika unverzichtbar sein müssen, wenn er sich zudem auf die grundlegenden Ziele der nationalen Befreiungsbewegung be ruft. So mutet es makabер an, wenn es in dem eingangs zitierten Papier heißt: "Die Buthelezi-Kommission hat die Unter-



stützung von althergebrachten Interessen in Natal und wahrscheinlich der Mehrheit der Weißen für ihre Empfehlung für ein integriertes demokratisches Natal als Teil Südafrikas. Was heute für Natal zuläuft, kann morgen für Südafrika zutreffen, und wenn es in Natal einen Konsens zwischen Schwarzen und Weißen für eine demokratische Zukunft geben kann, so gibt es keinen Grund, warum etwas Ähnliches nicht mit der Mehrheit der Weißen im übrigen Südafrika erreicht werden kann."

Der politisch-strategische Fehler der Ergebnisse der Buthelezi-Kommission liegt nicht so sehr in den Details der Empfehlungen, sondern einmal darin, daß diejenigen, die Inkatha mit einem solchen 'Verfassungsmodell' zu überzeugen trachteten, gar nicht daran dachten, darauf zu hören, zum anderen aber, und wesentlicher, darin, daß Inkatha sich damit ein erhebliches Stück von der Mehrheitsmeinung der Schwarzen in Südafrika entfernt hat und damit um den letzten Rest von Glaubwürdigkeit brachte.

Buthelezis Einfluß schwindet

Der Einfluß Inkathas unter den Schwarzen Südafrikas ist freilich immer noch beträchtlich; allerdings scheint er, besonders aufgrund von Ereignissen in Verbindung mit dem Referendum vom 2. November 1983 zu schwinden. Das militante und mörderische Vorgehen von Inkatha-Jugendbrigaden, die als 'Ordnungsmacht' von Buthelezi wiederholt gelobt worden sind, an der Universität von Ngoye, die drangsalierten gewalttätigen Aktionen gegen Pfarrer in Hammarsdale und gegen UDF-Anhänger an vielen anderen Orten sind dabei Signal für eine tiefe Verunsicherung der Bewegung. Man könnte derlei Ereignisse, die das strategische Prinzip der Gewaltlosigkeit Buthelezis entlarven, als unbeabsichtigtes Überschwappen eines ferventen Zulu-Nationalismus und einer Intellektuellen-Hatz ansehen, als eine Situation, in der Buthelezi die Geister, die er mit seinen populistischen Reden rief, nicht mehr kontrollieren kann.

Allein die wüsten Beschimpfungen, mit denen Buthelezi selbst der UDF entgegentritt, auf deren Kooperation er aber doch angewiesen ist, widerlegen eindeutig seinen selbsterzeugten Ruf als einen 'Mann des Friedens und der Gewaltlosigkeit' (7). In einer geradezu paranoiden Verfolgungsangst, die ihn schon früher (u.a. bei der Beerdigung von Robert Sobukwe 1978) von Mordanschlägen auf seine Person reden ließ, beschimpft Buthelezi diejenigen politischen Kräfte als 'Zerstörer von Einheit', die er um seiner Strategie der Schaffung einer breiten, einheitlichen 'Machtbasis' willen eigentlich integrieren müßte, statt ihnen Zusammenarbeit und Hilfe anzubieten. Die Folgen eines derartigen politischen Amoklaufes, der menschlich verständlich sein mag, sind zumindest in den Städten offenkundig: alljährlich hält Buthelezi Anfang Dezember im Jabulani-Stadion von Soweto eine politische Versammlung ab; 1981 verzeichnete er noch 15 000 Zuhörer, 1982 waren es immerhin noch 10 000, aber 1983 glang es Inkatha nur noch mit Mühe und mit Hilfe von Bussen, aus dem ganzen Witwatersrand-Gebiet 1.500 Zuhörer in das Stadion zu schaffen(6).

Kritiker des Kurses von Inkatha haben Gatsha Buthelezi, der allen gegenteiligen Bekundungen zum Trotz die entscheidende Führungs Persönlichkeit dieser Bewegung ist, immer wieder mit Bischof Muzorewa in Zimbabwe verglichen, als einen 'Ausverkäufer' afrikanischer Interessen in Südafrika bezeichnet. Es gibt hier freilich einen gewichtigen Unterschied: während Muzorewa immerhin ein freilich kurzlebiges Arrangement mit den Interessen der weißen Minderheit zustandebrachte und nur für kurze Zeit als Premierminister eines international nirgends anerkannten Landes Zimbabwe-Rhodesien fungierte, ist Buthelezi selbst von einer derartigen Konstellation weit entfernt. Für ernsthafte Verhandlungen mit dem Pretoria-Regime ist seine Machtbasis zu schwach und zu sehr Teil der Strategie des 'Teile - und Herrsche', wie sie sich

in der 'multinationalen Entwicklung' ausdrückt; kein Wunder, daß ihn in Pretoria kaum noch jemand ernst nimmt und auch die 'Progressive' Federal Party' und die 'New Republic Party' die immerhin für gewisse Zeiten in bestimmten Fragen mit ihm kooperierten, heute ihre Distanz zu ihm betonen. Für die Befreiungsbewegung und die politischen Kräfte, die auf der Grundlage der 'Freiheits-Charta' eine systemüberwindende Politik zu betreiben bemüht sind, ist er ebenfalls kein ernstzunehmender Partner mehr. Der ANC hatte lange Zeit ein ambivalent-vorsichtiges Verhältnis zur Inkatha-Bewegung gepflegt; es gab gewisse Kontakte, es gab auch Kritik an seiner Einbindung in die Homeland-Politik Pretorias, aber vorrangig war doch eine Haltung, die in etwa sich ausdrücken ließe mit dem Motto: 'Alles was gut ist für die politische Mobilisierung der Massen in Südafrika, ist gut für die Zielvorstellung von Befreiung Südafrikas, wie sie der ANC vertritt'. Heute, da Buthelezi durch seine politischen Amokläufe gegen konkurrierende politische Bewegungen nicht gerade stärker geworden ist, steht seine Strategie bei der weißen Machtelite und bei der Befreiungsbewegung zur Disposition. Den Weißen hat er sich trotz einer gewissen Anbiederei nicht andienen können; der Befreiungsbewegung und den mit ihr mehr oder minder deutlich verbündeten Kräften aber hat er sich suspekt gemacht. So steht Inkatha heutzwischen allen Stühlen; die von Buthelezi so gerne propagierte Alternative des 'Dritten Weges' zwischen Apartheid und 'gewaltsamem Weg' zum Sozialismus und nationaler Demokratie besteht nicht mehr. Die von Buthelezi aufgezeigten zwei Optionen freilich sind allerdings aktueller denn je;

nur Inkatha spielt dabei keine Rolle mehr, weil der Gegensatz in Südafrika wie eh und je zwischen der Befreiungsbewegung und einem trotz aller 'Reformen' starren weißen Machtblock ausgetragen wird.

Anmerkungen:

1. Financial Mail, 14.10.1983
2. vgl. den Kasten zur Meinungsumfrage des Star vom November 1983 in Soweto
3. Auf diese letztlich systemstabilisierende Rolle von Buthelezi und Inkatha hat bereits 1981 Manfed Kurz in seiner Dissertation (Indirekte Herrschaft und Gewalt in Südafrika. Arbeiten aus dem Institut für Afrika-Kunde, Hamburg 1981, S. 85 ff.) aufmerksam gemacht.
4. Institut für Internationale Solidarität/Konrad-Adenauer-Stiftung. Buthelezi-Report. Der Hauptbericht. Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Hans H. Klein. Sankt Augustin 1982
5. ebd. S. 116
6. Rand Daily Mail, 5.12.1983
7. vgl. dazu den Artikel "Gewalt-frei nach Inkatha" in diesem Heft.



Gewalt-frei nach Inkatha

“Friedensapostel” Buthelezi schickt ausgebildete Schlägertrupps gegen politische Widersacher

Lothar Berger

Gatsha Buthelezi als der “führende Politiker des gewaltfreien Widerstandes in Südafrika”, “in dem viele die letzte Hoffnung für einen friedlichen Wandel” sehen, so Robert von Lucius in der “Frankfurter Allgemeinen Zeitung” anlässlich des Besuches des Inkatha-Führers in Bonn auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung (1). Eine breite Presseberichterstattung und eine mit beträchtlichem finanziellen Aufwand betriebene Unterstützung aus dem Ausland scheinen dazu bestimmt, Buthelezis angekratztes Image aufzupolieren. Ein Image, dem von Anfang an der Vorwurf der “Kollaboration” mit dem Apartheid-Regime anhaftet. Daß im “Homeland” KwaZulu von Chief Buthelezi ein Klima herrscht, in dem versteckter Zwang ausgeübt wird, ist Eingeweihten hinlänglich bekannt. Was sich aber in den letzten Monaten dort abgespielt hat, mag wohl selbst den glühendsten Inkatha-Promotern den Magen verstimmt haben: Weil er sich nach dem Zusammenbruch seiner Black Alliance, der ständigen Kritik aus dem Black Consciousness-Lager, der wachsenden Popularität des ANC, vor allem aber durch die Breite des neuen UDF-Bündnisses in die politische Isolation getrieben sieht, weiß sich Buthelezi nur noch mit offener Gewalt zu wehren. Zahlreiche Verletzte und Tote als Opfer der paramilitärisch ausgebildeten Schlägertrupps von Inkatha gehen auf das Konto eines Buthelezi, der sich “entschiedener noch als in früheren Gesprächen und Reden für gewaltfreien Widerstand” ausspricht (2).

Die KwaZulu-Regierung und Inkatha sind praktisch ein und dasselbe, weil Inkatha als Einheitspartei KwaZulus die Administration des Homelands auf allen Ebenen beherrscht. Widerstand gegen die Regierung führt unvermeidlich zum Konflikt mit der Inkatha-Bewegung, deren Jugendbrigaden als Hüter von “Gesetz und Ordnung” auftreten.

Der indirekte Zwang zur Mitgliedschaft in Inkatha gehört zur Tagesordnung in KwaZulu. Selbst ein bescheidenes Kinderkrippenprojekt konnten Mitarbeiter des Südafrikanischen Kirchenrates im Squattercamp Malugasi bei Durban erst starten, als sie in die Bewegung eingetreten waren. Die Installation eines Wasserleitungsnetzes in der Siedlung, die nur über zwei Wasserhähne verfügt, durften sie erst gar nicht in Angriff nehmen... Nur eines von vielen Beispielen (3).

Mit Beginn der 80er Jahre allerdings

gehen Buthelezi und seine Bewegung zu direkter Gewalt über, wenn es gilt, politische Opposition zu unterdrücken. Als sich die Schulen des Kwamashu-Townships von Durban den landesweiten Schülerprotesten von 1980 anschlossen, schickte Inkatha seine schwerbewaffneten Jugendbrigaden gegen die streikenden Schüler und entfachte dort einen “kleinen Bürgerkrieg”. Von Beginn an hat das KwaZulu-Department für Erziehung und Kultur alle Organisationen gebannt, die Schüler und Studenten vertreten, ausgenommen freilich der Jugendbrigaden von Inkatha. Das geht vor allem gegen die Studentenverbände AZASO und CO-SAS, die beide über beträchtlichen Einfluß in den Schulen von KwaZulu verfügen.

In den letzten Monaten des Vorjahres, dem Jahr also, in dem sich ein in der jüngeren Geschichte Südafrikas einmalig

breiter Widerstand gegen die Verfassungsvorschläge der Regierung, die Buthelezi ja selbst so vehement ablehnte, an Inkatha vorbeiorganisierte (was schließlich zur Gründung der UDF führte), haben sich die Gewaltaktionen der Inkatha-Jugendbrigaden in beängstigender Weise gehäuft.

Lamontville, 16./27. Oktober

Vier Tote und mindestens 10 Verletzte waren die traurige Bilanz von blindwütigen Attacken von Inkatha-Unterstützern gegen Einwohner von Lamontville, einem Township von Durban. Anlaß dieser Gewaltaktionen ist die Opposition der Lamontville-Einwohner gegen eine Eingliederung ihres Township in das KwaZulu-Homeland. Anfang Oktober hatten mehr als 1 000 Einwohner auf einer Massenversammlung eine Resolution verabschiedet, die die Eingliederung ablehnte: “Wir wurden von den Behörden nicht konsultiert und wollen nicht un-

sere städtischen Rechte verlieren." Vor allem wollen die Lamontville-Bewohner nicht ihre südafrikanischen Bürgerrechte verlieren. Die Eingliederung des Township in KwaZulu gehört zu einer Reihe von geplanten Umsiedlungsaktionen in Natal, mit denen Pretoria die letzten "schwarzen Flecken" in "weißen" Gebieten eliminieren will. Buthelezi's Zustimmung zu solchen Apartheidmanövern zeigt einmal mehr, daß er "nicht nur im System, sondern auch mit ihm" arbeitet (4).

Verärgert über wüste Beschimpfungen der Inkatha-Sprecherin Ella Nxasana wollte die Jugend von Lamontville einem Inkathatreffen am 16. Oktober beiwohnen, um das Eingliederungsproblem und Mietsteigerungen zu diskutieren. Weil sie sich weigerten, die Versammlung zu verlassen, wurden sie von bewaffneten Männern in Inkatha-Uniform durch die Straßen von Lamontville gejagt. Schüsse trafen mindestens drei Menschen. Am Spätnachmittag sperrte die Polizei die Stadt ab und schoß Tränengas in eine Menge von 800 versammelten Menschen. Buthelezi indes tadelte die Bürger Lamontvilles, weil sie sich nicht gegen die "Agitatoren" zur Wehr gesetzt hätten und drohte mit der Rücknahme von Leistungen für die Townshipbewohner durch die KwaZulu-Behörden. Ermuntert durch die Aussagen ihres "Chief" attackierten am nächsten Morgen Inkatha-Unterstützer Hostelbewohner, als sie gerade zur Arbeit gehen wollten. Ein Mann wurde erstochen, andere verwundet.

Der Fall Maphumulo

Am 26. Oktober wurde Chief Mhlabununzima Maphumulo vor dem Parlamentsgebäude von KwaZulu und vor den Augen von Chiefminister Buthelezi und der KwaZulu-Polizei von 30 Inkatha-Schlägern zusammengeschlagen und verwundet. Der "Zulu-Rebell" Maphumulo weigert sich, Inkatha beizutreten, und liegt seit Jahren mit Buthelezi in Clinch, nachdem er 1975 seine eigene Oppositionspartei, die Inala Party, gegründet hatte. Niemand kam dem bewußtlos zu Boden fallenden Politiker zu Hilfe, nachdem er am Kopf getreten und mit Knüppeln verprügelt worden war. Am folgenden Tag verkündete Buthelezi im Parlament, daß, wer ihn herausfordert, das Volk herausfordere. Über Radio warnte er jüngere Chiefs, dem Beispiel Maphumulo zu folgen. Der allerdings konnte froh sein, überhaupt mit dem Leben davongekommen zu sein.

Das Blutbad an der Universität von Ngoye
Ende Oktober fand die durch Inkatha-Brigaden hervorgerufene Gewalteskalation mit fünf Toten ihren vorläufigen Höhepunkt. Ort des Geschehens: Die KwaZulu-Universität von Ngoye. Das

ist kein Zufall, hat doch die Universität in jüngster Zeit durch die Veröffentlichung von Untersuchungen auf sich aufmerksam gemacht, die Buthelezi ein Dorn im Auge sein müssen: so hat sie im September bekanntgegeben, daß die Regierung in nächster Zeit 500.000 Menschen in KwaZulu umzusiedeln beabsichtigt, nachdem in den vergangenen 30 Jahren schon ebensoviele von Umsiedlungsmaßnahmen betroffen waren (5). Kurz darauf deckte sie die Korruption in Buthelezi's "Bantustan" auf. Bestechungen der Behörden sind danach meist unumgänglich, um Land pachten zu können, machmal auch, um überhaupt sein Land bestellen zu dürfen (6). Im November schließlich gab das Forschungs- und Dokumentationszentrum der Universität eine soziopsychologische Studie über die Schülerunruhen von 1980 heraus. Nicht nur die unrühmliche Rolle, die die Inkatha-Krieger bei den Unruhen gespielt haben, werden noch einmal aufgetischt; die Studie weist auch nach, daß die meisten Schüler von KwaZulu den ANC, den Südafrikanischen Kirchenrat und den Schülerverband COSAS unterstützen (7).

Ausgerechnet an dieser Universität von Ngoye nun, deren 3 000 Studenten fast ausschließlich Inkatha ablehnen und entweder die BCM-Organisation AZAPO oder die UDF unterstützen, wollte die Jugendbrigade von Inkatha, die dort gerade noch 30 Mitglieder hat, eine Veranstaltung mit Buthelezi abhalten, angeblich, um des historischen Zulukönigs Cetshwayo zu gedenken. Die Studenten und Angestellten der Universität konnten darin nur eine Provokation von Inkatha, ein Zurschaustellen ihrer Macht sehen und warnten schon Wochen zuvor vor möglichen Unruhen. Noch am 28. Oktober versuchten die Studenten, die Veranstaltung durch einen Protestmarsch zu verhindern. Doch als Kanzler der Universität bestand Buthelezi auf seinem Erscheinen. Polizeieinheiten setzten Tränengas und Hunde gegen die Demonstranten ein und nahmen 7 Studenten fest. Am 29. Oktober rückte Inkatha mit mehreren Bussen voll schwerbewaffneter Schlägertrupps an. Unter dem Vorwand, Mitglieder für ihre Versammlung zusammenzurufen, drangen 700 mit Stöcken, Äxten, Messern und Gewehren bewaffnete Inkatha-Schläger, darunter auch die Frauenbrigade, in die Studentenwohnheime ein, schlugen die abgeschlossenen Türen ein und stürzten sich auf die wehrlosen Studenten. Ein Betroffener berichtet:

"Er schlug mich auf den Arm, der zwei Brüche davontrug, und ich sprang aus dem Fenster des dritten Stockes des Gebäudes. Unten angekommen attackierte mich ein anderer Kerl mit Stöcken. Ich

hatte Glück, daß mein Kopf von diesen schlimmen Schlägen verschont blieb, die einige meiner Kameraden getötet haben." (8)

Nach 45 Minuten verließen Buthelezis Leute den Tatort. Als der Chief selbst erschien, lag eine gespenstische Stille über dem Campus. Fünf Studenten waren tot, mehr als 1000 mußten in das Ngwelezana-Krankenhaus eingeliefert werden, 13 von ihnen schwer verletzt. Die Polizei hatte das Massaker beobachtet, sah aber keine Veranlassung, einzugreifen...

In einer Rede vor dem KwaZulu-Parlament rechtfertigte Buthelezi das mörderische Vorgehen seiner Truppe. Die Provokation sei von den Studenten, von "aufrührerischen Elementen" ausgegangen und einmal mehr meinte er, Hinweise gehabt zu haben, daß Mordpläne gegen ihn bestünden. Die Inkatha-Jugend, "Sohne und Töchter einer Kriegernation", hätten nichts anderes als auf die Provokation reagiert und "nicht mehr als meine Ehre und die Ehre seiner Majestät, des Königs verteidigt." "Wir in Inkatha glauben inbrünstig an das, was wir tun. Wir sind dem Befreiungskampf verhaftet und sehen die Aufgaben, die auf uns zukommen, als Fragen über Leben und Tod." (9) Nicht um Leben oder Tod, aber doch um's Überleben, um die politische Glaubwürdigkeit Inkathas als Oppositionspartei gegen Apartheid geht es. Immerhin hat eine derartige Gewaltpolitik die sonst eher ideologisch konkurrierenden "nicht-rassischen" und BCM-Organisationen näher zusammenrücken lassen. Einmütig haben sie zu einem Tag der Trauer aufgerufen und Inkathas Brutalität verurteilt. Auch der ANC hat sich in einer Stellungnahme der Verurteilung angeschlossen. In Lamontville, Sovenga und Durban wurden Portraits von Buthelezi verbrannt. 150 akademische Angestellte der KwaZulu-Universität haben seinen sofortigen Rücktritt als Kanzler bzw. als Präsident von Inkatha gefordert. Die Universität bleibt bis Januar geschlossen. Mit Rogers Ngcobo, Abgeordneter des KwaZulu-Parlaments, hat indessen ein weiteres Prominentes Inkatha-Mitglied die Bewegung verlassen: "Ich will mich nicht zu einem Blutvergießen hergeben. Diese arrogante und gefährliche Haltung auf Seiten Inkathas "sät die Saat des Bürgerkrieges in Südafrika." (10)

Offensichtlich unter dem Eindruck der starken Opposition gegen ihn hat Buthelezi im Januar alle auf Kosten KwaZulus Studierende vor einer Kritik an seiner Politik gewarnt. Er zitierte alle Stipendiarien in die Hauptstadt Ulundi. Sie mußten ein schriftliches Versprechen abgeben, während ihres Studiums keine Kritik mehr an Buthelezi oder seiner Partei zu üben, andernfalls droht ihnen der Entzug des Stipendiums.



aus: amandla

Gewalt gegen Kirchendelegierte

Vom 16. - 20. November wollte die "Vereinigung schwarzer reformierter Christen in Südafrika", deren Präsident Allan Boesak ist, in Kwanzimela, KwaZulu, tagen. Doch aus Furcht vor Gewalttätigkeiten von Mitgliedern der Inkatha-Bewegung mußte der Konferenzort mitten in der Nacht in die 250 km entfernte Stadt Durban verlegt werden. Etwa 150 uniformierte Inkatha-Schläger in Begleitung von KwaZulu-Innenminister D. Madide hatten den als Konferenzraum vorgesehenen Speisesaal besetzt. Inkatha hatte damit gegen die Weigerung der Konferenzleitung protestiert, die 60 Delegierten offiziell durch Vertreter der KwaZulu-Regierung begrüßen zu lassen. Die Reformierten Christen lehnen die Bantustanpolitik ab und wollten sich auf der Tagung mit den Beschlüssen des Reformierten Weltbundes von 1982 in Ottawa befassen, in denen Apartheid zur Sünde und Häresie erklärt worden war.

Einige ältere Delegierte galten zuvor als Inkatha-Unterstützer. Doch am Ende der Konferenz wurde in einer gemeinsamen Stellungnahme der Kirchenvertreter aus der Bundesrepublik, den Niederlanden, England, der Schweiz und den USA festgestellt, daß sich die Regierung von KwaZulu "ganz im Gegensatz zu ihrem Image, unabhängig von Pretoria zu sein, an der täglichen Unterdrückung der Bevölkerung beteiligt." Mitglieder der örtlichen Kirchen hätten von Drohungen und Einschüchterungsversuchen vor der Tagung berichtet. Besuche der Delegierten bei der Bevölkerung seien deshalb nicht möglich gewesen, heißt es in der Erklärung (11). Der schweizer Theologe Martin Girsberger wußte von Mitgliedern der KwaZulu-Geheimpolizei zu berichten, die auf dem Gelände des Tagungsgebäudes entdeckt worden waren. Seit etwa zwei Jahren gäbe es immer wieder Überfälle von speziell ausgebildeten Schlägertrupps von Inkatha auf unerwünschte Veranstaltungen. "Gatsha Buthelezi weiß genau, was sich abspielt."

(12) Der gekränkte Chiefminister aber wies die Stellungnahme der Kirchenvertreter "mit der Verachtung, die sie verdient" zurück, die Anschuldigungen seien "typisch für eine weiße intellektuelle Kolonisation mancher Kirchen." (13)

Zusammenstöße mit UDF-Anhängern

Offensichtlich hat Buthelezi unterschätzt, welche Breite das UDF-Bündnis noch im Jahr seiner Entstehung bekommen würde. Die UDF hat ja, anders als das National Forum Committee der BCM-Gruppen, Inkatha nicht von vornherein den Zugang versperrt. Doch der UDF-Zug scheint für Buthelezi vorerst abgefahren. Stattdessen häufen sich Zusammenstöße zwischen UDF- und Inkatha-Anhängern. Am 20. November führte eine in Inkatha-Uniform gekleidete Frau eine bewaffnete Menge Jugendlicher gegen 300 im Mpumalango-Township, Natal, versammelte UDF-Anhänger. Die Inkatha-Mitglieder setzten einen Bus in Brand, schlitzten Autoreifen auf und schmissen Autoscheiben ein. Als die Versammelten zu dem brennenden Bus gehen wollten, wurden sie von den Schlägertrupps angegriffen und Pfarrer Msibisi Xundu, der maßgeblich an der Kampagne gegen die Eingliederung von Lamontville zu KwaZulu beteiligt ist, sah sich wilden Beschimpfungen ausgesetzt. Dieser Zwischenfall fiel gerade in eine Zeit, als es erste formale Kontakte zwischen der UDF und Inkatha gab. UDF-Präsident Archie Gumede formulierte die Bedingungen für Gespräche mit Buthelezi: "Wenn er willens ist, Kontrolle über seine Anhänger auszuüben, dann gibt es kein Problem. Wenn er sie allerdings als Nazi-Jugend gebrauchen will, dann wird es Probleme geben." (14) Diese Garantie konnte oder möchte Buthelezi dann wohl doch nicht geben, vielleicht, weil er die Gewalt über seine drangsalierenden Anhänger verloren hat. Nach einer Reihe weiterer Zusammenstöße mit UDF-Mitgliedern warnte er vor einem "Chaos", das Inkatha entfesseln

könnte: "Was bisher geschehen ist, wird wie ein sonntägliches Schulpicknick erscheinen." Und vor dem KwaZulu-Parlament: "Wenn ich in diese Richtung gezwungen werde, sollte man sich bewußt machen, daß unsere Gegner den besten Kämpfern auf dem afrikanischen Kontinent gegenüberstehen werden, und mit der Anhängerschaft, die ich besitze, wird es eine wahrhafte Armee sein, die ich über Nacht anführen werde, eine Macht, mit der man rechnen muß." (15)

Gatsha Buthelezi ist ein wortgewandter Charismatiker, der sich wahrscheinlich noch an seinen eigenen Reden ergötzt. Doch solch starke Worte mahnen zur Vorsicht. Erinnert das gewalttätige Vorgehen seiner Jugendbrigade doch in erschreckender Weise an den brutalen Terror der "Green Berets", den entsprechenden paramilitärischen Schlägertrupps der Ciskei gegen die Busboykottler von Mdantsane (wir haben darüber in Heft 10/11 '83 berichtet). Das Katholische Institut für Internationale Beziehungen in London schließt das Kapitel über Inkatha in seiner bekannten Studie "Südafrika in den 80er Jahren" mit der Feststellung: "Eins ist jedoch sicher: die 80er Jahre werden dazu beitragen, daß ein Stück mehr Klarheit in Inkathas zweideutige politische Geschichte kommt." Anfang 1984 scheint es, daß der so oft als "Apostel der Gewaltlosigkeit" gepriesene Buthelezi nicht in einer Reihe mit Anti-Apartheid-Führern wie Luthuli oder Mandela in die Geschichte eingehen wird, sondern neben so repressiven Homeland-Führern wie Sebe (Ciskei), Mantanzima (Transkei) oder Patrick Mphephu (Venda). Gespräche über eine Föderation "unabhängiger" schwarzer Staaten mit seinen Chiefminister-Kollegen hat er schon führt.

Anmerkungen:

1. FAZ, 8. u. 9.6.83
2. FAZ 8.6.83
3. vgl. Leserbrief von H. Lenz, FAZ 10.11.80
4. In Umkehrung eines Satzes des FAZ-Schreibers von Lucius: "Der Zulu-Prinz Buthelezi arbeitet im System, nicht mit ihm." (FAZ 8.6.83) Genau diese Behauptung, daß er die Homeland-Politik als Plattform zum Widerstand gegen das System benutze, gehört ja zur Image-Pflege für Buthelezi.
5. Natal Mercury 2.9.83
6. Sunday Tribune 11.9.83
7. Lutherische-Welt-Informationen, 30.11.83
8. Sowetan 4.11.83
9. Stellungnahme von Gatsha Buthelezi vor dem Parlament von KwaZulu zu den Ereignissen vom 29. Oktober, Ulundi, 2.11.83
10. Solidarity News Service, Gaborone, 8.11.83
11. epd 21. u. 28.11.83
12. epd 28.11.83
13. idea 28.11.83
14. SNS, Gaborone, 24.11.83
15. SNS 7.12.83

Berg(straßen)predigt

Offensive Junger Christen: Promotion für Inkatha

Hein Möllers

Die evangelische Kommunität Offensive Junger Christen (OJC) ist ein selbständiger Fachverband des Diakonischen Werkes der EKD mit Sitz in Bensheim an der Bergstraße. Neben den Arbeitsbereichen Pädagogik, Seelsorge und Ökologie fördert sie eine Reihe von Projekten in Ländern der Dritten Welt und betreut sie z.T. durch eigene Freiwillige. In Südafrika unterstützt sie Inkatha-Projekte in KwaZulu. In der Bundesrepublik propagiert die OJC mit militärem Eifer Buthelezi als Garanten für einen friedlichen Wandel im Apartheidsystem.

Man gibt sich konziliant, offen für Gespräche und Meinungen. In der Tages- und Schulungsstätte der Offensive Junger Christen (OJC) in Bensheim diskutiert der Bundeswehroffizier mit dem Zivildienstleistenden, auch die Ökologen und AKW-Gegner finden hier Raum; "aber eine Position haben wir da nicht." Ein Forum will man bieten, hier in der "OJC-Kolonie" an der Bergstraße oder im nahegelegenen Schloß Reichenberg. 54 Menschen leben dort in einer Großfamilie, junge Familien und junge Erwachsene zwischen 18 und 28 Jahren, sozusagen der Sauerteig der über die Bundesrepublik verstreuten Gemeinde. Einfach ist das Leben dort nicht: "Zimmer herrichten, putzen ... kochen, Tisch decken, Geschirr abwaschen ... oder morgens unsere Schafe füttern", vor allem, wenn man einen interessanten Beruf ausgeübt hat; aber Unzufriedenheit, nein, die ist verwerflich, kein Protest; denn hinter dem Wunsch nach interessanter Tätigkeit steht der "tiefe Wunsch nach Macht"; die Einstellung muß geändert, das Leben einem überborgenen Sinn untergeordnet werden, bis sich "das Erstaunen (einstellt), daß ich eigentlich richtig glücklich war, einfach so."

Aufreibend ist die Arbeit schon auf dem Reichenberg. Bis zu 300 Gäste sind monatlich zu versorgen. Ein großer Teil kommt aus Übersee; wie Gathsa Buthelezi, Chieminister des südafrikanischen Homeland KwaZulu, der es bei seinen Besuchen in der Bundesrepublik nie versäumt, bei seinen "Freunden vom Reichenberg" Rast zu machen. "Dort, im Odenwald, fühlt er sich sichtlich wohl, lacht gerne und schallend, spricht mit Schalk und blitzenden Augen" (1).

Erste Kontakte zu Buthelezi und seiner Inkatha-Bewegung hatte der Gründer Horst-Klaus Hofmann, und Leiter der OJC, schon 1975 geknüpft. 1979 wurde ein Austausch und Ausbildungsprogramm vereinbart, das aber erst drei Jahre später konkretisiert werden konnte. 10 - 15 freiwillige Helfer halten sich seitdem

ständig in KwaZulu auf. Sie arbeiten in Schulen, Landwirtschafts- und Wasserprojekten, in Gemeinwesen und Jugendarbeit. Eine Gruppe von ca 30 Leuten, HOSPA - Hoffnung Projekt Südafrika, Name und Programm -, arbeitet regelmäßig zu Südafrika, treibt Propaganda für Inkatha u.a. im kirchlichen Bereich. 1981 schlugen sie Buthelezi zum Friedensnobelpreis vor, eine Initiative, die von Mitgliedern aller Bundestagsfraktionen aufgenommen wurde.

Die Projekte in KwaZulu finanziert die OJC - so wird versichert - ausschließlich aus dem Spendenaufkommen ihrer Mitglieder. Gelder aus kirchlichen Fonds, wie sie für OJC-Projekte in anderen Dritte-Welt-Ländern zur Verfügung stehen, werden hierfür nicht gewährt; wegen der Homelandproblematik und der Rivalität zum SACC. Freigiebig sind die Mitglieder und zum Opfer bereit: 6.000 DM für die Inkatha-Jugendarbeit in Soweto spendeten 800 Teilnehmer einer Veranstaltung im Juni 1981 (2), bei einem Besuch Buthelezi im März 1982 wurde ein Scheck über 210.000 DM für Landwirtschaftsprojekte, Bau von Schulen und Kindergärten und für Studentenförderung überreicht (3). Insgesamt wurden bisher über 400.000 DM für Inkatha-Projekte gesammelt (4), das ist ein Viertel der Gesamtsumme, die zwischen 1972 und 1982 von der OJC für rund 50 Hilfsprojekte in der Dritten Welt aufgebracht wurde (5). Der weitaus größte Teil stammt nach Auskunft der OJC aus dem bewußten Konsumverzicht der Mitglieder zu Weihnachten.

Absichten

Als einen symbolischen Akt will die OJC ihre personelle und finanzielle Hilfe verstanden wissen. Änderungen in Südafrika erwarten sie dadurch nicht, das ist auch nicht beabsichtigt. Die Helfer, die sie in die Schulen entsenden, betreuen zwar von den Lehrplänen vernachlässigte Themen Geschichte, Englisch, Sexualkunde, aber man vermeidet, allzu qualifiziertes

Personal zu entsenden, da sie sonst damit rechnen müssen, von der südafrikanischen Regierung die Lizenz als weiße Lehrer an schwarzen Schulen entzogen zu bekommen.

Mit ihrer Tätigkeit will die OJC ein Zeichen setzen; ein Zeichen vom "besseren Weißen". Man will Brücken schlagen zwischen den Rassen, Impulse geben. Die Isolation der Schwarzen und der Inkatha-Bewegung soll aufgebrochen werden, damit nicht Angst-Barrieren auftreten, hinter denen sich letztlich Gewalt staut.

Die gewaltsame Lösung des Konflikts - das ist der Leitgedanke der OJC - muß vermieden, das Gespräch über die Fronten muß offen gehalten werden. In Inkatha, und hier vor allem in der Person Buthelezi, sieht man die letzte Hoffnung, "ohne Bitterkeit" mit den Weißen im Gespräch zu bleiben. Die Spannungen wüchsen zwar, gerade auch nach dem Referendum, wenngleich nicht verkannt werden dürfe, daß die Verfassungsvorschläge auch Elemente eines Wandels enthalten; aber noch seien alle Optionen offen.

Sie offen zu halten, liege auch in der Verantwortung der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit, die ähnlich wie die USA eine "Lebenslinie" (sic!) mit Südafrika verbindet. Die OJC sähe ihre Aufgabe darin, einmal über Inkatha zu informieren, "reden für die, die wegen des Homelandstigmas stumm sind". Ein Gegengewicht solle dadurch hergestellt werden zur Öffentlichkeit, die z.B. ein ANC in der Bundesrepublik besitze. Zum anderen wolle man die verschiedenen Solidaritäts-Gruppen, die unterschiedliche Lösungsmöglichkeiten favorisieren, an einen Tisch bringen, um die jeweiligen "Teileinsichten" zu einer wirklichen Samteinschätzung der Lage in Südafrika zusammenzufügen.

Brüche

So sagt man... Nachdem es der OJC auf dem Südafrika-Forum des Evangelischen Kirchentages 1983 in Hannover mit einer geschickten Taktik gelungen war, entgegen dem Programm der Veranstalter Inkatha-Leute auf dem Podium zu platzieren, suchte man die erzielte Aufmerksamkeit am Rande des Forums in Gesprächskreisen zu nutzen. Leider sei es dabei - wie Dr. A. Hofmann von der OJC bedauert - nicht zu einem "wirklichen" Gespräch gekommen, da sich zu viele Experten eingemischt und die Kommunikation mit den Interessenten blockiert hätten. Diese zu informieren, habe man dann in die "OJC-Kolonie" nach Bensheim eingeladen. Informieren oder doktrinieren?

Wie die Information aussieht, mag erheben, wenn in Stellungnahmen zu den ge-

walztägigen Vorgehen von Inkatha gegen mißliebige Opponenten (vgl. Artikel in diesem Heft) zunächst der Nachrichtenwert solcher Meldungen infrage gestellt und dann die Schläger zu Feierabendtänzern stilisiert werden, die mit ihren Knütteln als Tanzzepter alte Zulurituale zelebrierten. Letztlich liege eine gerüttelt Maß Schuld bei den Opfern, die einen Boesak einladen, gegen eine Rede Buthelezi vor seinen Freunden in seinem eigenen Land aber protestierten.

Inwieweit das Angebot eines offenen Forums ernst gemeint ist, verdeutlicht ein Vorgang im Mai 1982. Als in der Arbeitsgruppe HOPSA Vorbehalte gegen die bedingungslose Zusammenarbeit mit Inkatha laut wurden, wurden sie vom Leiter Horst-Klaus Hofmann nachdrücklich und öffentlich zurückgepfiffen und im Gegenzug eine Replik gefahren gegen den "angemaßten Alleinvertretungsanspruch südafrikanischer militanter Bewegungen im Exil, die im Gegensatz zu Buthelezi meinen, auf militärische Gewalt nicht mehr verzichten zu können" (6).

Propaganda

Solch deutliche Sprache – anders als die freundlichen Auskünfte – führen denn auch die schriftlichen Verlautbarungen der OJC.

Äußert man dort noch Verständnis dafür, daß Unterdrückte zu militärischen Mitteln greifen, so unterstellt man hier den Befreiungsbewegungen, und damit ist in der Regel der ANC gemeint, sich zum Handlanger fremder Interessen zu machen. "Die Forderung nach bewaffnetem Kampf komme aus Europa und nicht aus Südafrika." Gewiß, Moskau-Hörigkeit wird nicht unterstellt. Aber fremdbebestimmt bleibt sie, wenn man der Unterstützung der Befreiungsbewegung "ideologischen Kolonialismus" vorwirft, und diese damit indirekt als ideologisch Kolonisierte bezeichnet, die – im Exil – keinen Bezug mehr zur südafrikanischen Wirklichkeit hat.

Hier wird nicht nur die gegnerische Parole von der Bedrohung von außen aufgegriffen; diese Behauptung, die nicht weiter ausgeführt wird, dient auch dazu, den südafrikanischen Widerstand und seine internationale Solidarität als realitätsfremd und idealistisch abzustempeln.

Überhaupt übernimmt man sehr bedenkenlos Begriffe der Apartheid: von Stammvolk ist da die Rede, von der Zulu-Nation und der größten schwarzen Nation. Im Konzept der "getrennten Entwicklung" steht nichts anderes.

Die Veröffentlichungen der OJC halten sich bei der Darstellung der Situation in Südafrika merklich zurück. Von einer "notvollen und oft menschenunwürdigen

Situation" ist beschönigend die Rede; "ungerechte, rücksichtslose Politik der Rassentrennung" ist da schon ein starker Ausdruck. Konkretionen finden sich nirgends, es sei denn in der Schilderung materiellen Elends in Homelands, von Hunger, Krankheiten und Armut. Dabei müsse man aber fairerweise bedenken, so Dr. A. Hofmann, daß es sich hier um Phänomene handele, die man in ganz Afrika antreffe, also nicht Südafrika anzulasten seien. Insgesamt kann eine Bereitwilligkeit beobachtet werden, die Motive zu würdigen, die die Weißen in der Apartheid verharren lassen. Von nicht näher bestimmter Angst ist die Rede, von Nichtwissen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen voneinander. Die Armut der Schwarzen und die Angst der Weißen, das macht nach Ansicht der OJC die explosive Lage in Südafrika aus. Nach Interessen, nach Herrschaftsverhältnissen wird nicht gefragt. Bezeichnenderweise ist nie von Machtteilung die Rede, es wird von Verantwortungsteilung gesprochen; ein Terminus, für den sich auch Pretoria erwärmen könnte.

Eine konkrete gesellschaftliche Analyse, aus der sich Strategien des Widerstands ableiten ließen, wird nirgends geleistet. Stattdessen werden alle Erklärungen für die Zustände und Entwicklungen in Südafrika aus ethischen Nomenklaturen abgeleitet, ebenso die Handlungsanweisungen. Befreiung ist wesentlich eine Frage "von Moral und inneren Werten". Öffentliche Probleme verschwinden damit nicht, kommen aber unter dieser spezifischen Perspektive zur Sprache. So verwundert es nicht, wenn nach Dafürhalten der OJC es "Verbitterung" und "Intellektualismus" "in Europa und in Übersee" (es spricht für sich, daß man Übersee statt Südafrika sagt) sind, die zu "Aufstand und bewaffneten Kampf auffordern".

Politik als Umkehr und Umkehr als Politik; das ist die Maxime nicht nur für die OJC-Kolonie auf dem Reichenberg.

Unter dieser Prämissen ist die Option für geduldige Gespräche und gegen jede Form von Gewalt nur konsequent, können die Erfahrungen eines über 50 Jahre erfolglosen gewaltfreien Widerstandes ignoriert werden, geht es doch darum, Verständnis zu wecken und Elend zu mildern, und nicht darum, elementare Rechte gegen Unterdrückung durchzusetzen. Eine differenzierte Auseinandersetzung um die Frage nach Gewalt – auch wenn man sie als Christ nicht bejahen kann – findet nicht statt.

Militanter und gewaltfreier Widerstand sind nicht zwei aus der konkreten Situation abzuleitender und wohl zu erwägender Mittel, sondern moralische Eigenschaften, die den Träger qualifizieren oder disqualifizieren. "Wenn Läm-

mer so die Denkweise der Wölfe übernehmen, sich deren Gesetze des Handelns zu eigen machen, ... dann haben Wölfe aus Lämmern Wölfe gemacht...; das könnte am Ende schlimmer werden, als wenn sie sie zerrissen hätten." Es ist der moralisch integre Mensch, in dessen "Umfeld die Welt sich verändert".

Unter diesem Blickwinkel wird Buthelezi und Inkatha propagiert, ein selektiv vereinnahmter Buthelezi. Denn dieser besitzt im Gegensatz zur OJC durchaus Gespür für Politik, was ihn zumindest verbal die Option militärischen Widerstandes offenhalten und rücksichtslose Gewalt einsetzen läßt, wo es um seine Interessen geht; politisches Gespür auch, wenn er, die Schalmei blasend und die Bibel, "aller Rottenmeister Gaukelsack" (Luther), geschickt schüttelnd, hier bei christlichen Parteien und Organisationen um Unterstützung und Finanzen anklopft. Wie bei der Beschreibung der südafrikanischen Gegenwart verbleibt die OJC auch in der Darstellung der Strategie des Friedlichen Wandels, der Erfolge oder Mißerfolge und der Aussichten deklamatorisch. Auf die Hoffnung wird verwiesen. Hoffnung als Leerformel, die keine Rechenschaft fordert, ob der eingeschlagene Kurs zum Ziel führt. "Seid getrost", vertröstend, wenn nicht anschmierend.

Aber: wem nützt es? Propaganda für Pretoria betreiben zu wollen, wird man der OJC wohl kaum unterstellen können, auch wenn offensichtlich einzelne persönliche Kontakte zur Deutsch-Südafrika-Gesellschaft (DSAG) bestehen. Ihr Engagement für Inkatha ist eigene ideologische Frucht, die gleichwohl im Umfeld von Kirche und auch Friedensbewegung nicht ohne Einfluß ist, wenn es um die Unterstützung des Widerstandes auch des militärischen, in Südafrika geübt. Was so in Bausch und Bogen hergeht wie hier, das hilft nur den Dunkelmännern und denen, die sich immer gut verstecken können. Wenn auch von den theologischen Positionen her Außenseiter innerhalb der EKD, dürfte ihre politische Wirkung über ihren organisatorischen Rahmen hinausgehen, wo ein Standpunkt zu Südafrika und zum Anti-Rassismus-Programm des Weltkirchenrates zu beziehen gefordert ist. Ihr abstraktes Kreisen um Gewalt, mehr noch ihr Insistieren auf Versöhnungsgespräche trotz zunehmender Unterdrückung und Militarisierung im Lande und in der Region, wiederspiegeln jene Positionen in der EKD, die seit Beginn des Programms seine teils schlechende, teils offene Ablehnung und Unterminierung betreiben. Was Südafrika angeht, bezieht die OJC mit ihrem Eintreten für Buthelezi

südafrika



Warum ich verweigere

Jährlich entziehen sich 4 000 bis 5 000 junge Südafrikaner der Einberufung in die Armee. Sie verweigern den Dienst oder – so die meisten – verlassen das Land.

Im vergangenen Jahr hat Pretoria ein Gesetz erlassen, das Kriegsdienstverweigerern aus religiösen Motiven die Möglichkeit eines Dienstes ohne Waffe oder in zivilen Einrichtungen einräumt. 6 Jahre Haft erwarten Verweigerer, die politisch argumentieren (1). Brett Myrdal hat sich geweigert, der Einberufung zum Militär Folge zu leisten. Seine Gründe:

- die Armee ist das Rückgrat der Apartheid; ihre Stellung dürfte unter der neuen Verfassung noch gestärkt werden;
- sie ist ein Instrument der Unterdrückung und des Bürgerkriegs im eigenen Land
- sie hält Namibia und Südangola besetzt
- sie überfällt die Nachbarstaaten und bedroht permanent deren Sicherheit.

Im Folgenden der Wortlaut seiner Erklärung an das für Verweigerer zuständige Kriegsgericht.

Ich richte mich an dieses Gericht als ein Südafrikaner, als einer der zahlreichen jungen Südafrikaner, die moralisch und körperlich auf den Krieg zur Verteidigung der südafrikanischen Regierung vorbereitet worden sind. Warum habe ich mich dann geweigert, in der South African Defence Force (SADF) zu dienen?

1. Ich kann nicht in der SADF dienen, um Apartheid zu verteidigen;
2. Ich kann nicht in der SADF dienen, in einem Krieg gegen südafrikanische Kameraden;
3. Ich kann nicht in der SADF dienen, die eine Streitmacht der illegalen Besetzung Namibias ist.

Wegen der Apartheid sehe ich mich gezwungen, den Dienst in der SADF zu verweigern. Noch bevor ich zu diesem Entschluß gelangte, wurde ich zusammen mit allen weißen südafrikanischen Schülern auf den Krieg vorbereitet. Mir wurde beigebracht, aufzustehen und mit stolzgeschwellter Brust "Die Stem" zu singen, die südafrikanische Fahne und die Regierung zu achten.

Auf der Grey High School in Port Elisabeth besuchte ich Schullager, auf denen wir anstatt Cowboy und Indianer "Nats (2) gegen Terroristen" spielten. Aber das war mehr als nur ein Spiel. Hiermit wurde uns ein Bild unserer Regierung geliefert, die sich gerade gegen gewalttätige Terroristen verteidigen mußte.

Solche Jugendbrigaden waren wichtig, um uns für die Armee auszubilden – auszubilden als Führer unter Männern. Uns wurde das Schießen beigebracht, wir exerzierten mit der RI (3), 600 Jungen paradierten in Uniform vor unseren Eltern und dem

Pamberi ne Zimbabwe

Geschichten
vom
Befreiungskampf



edition südliches afrika

Pamberi ne Zimbabwe,
Geschichten vom Befreiungskampf
Herausgegeben von Peter Ripken
in Zusammenarbeit mit
Zimbabwe Netzwerk e.V.
Bonn 1983, 80 Seiten, DM 8,00
ISBN 3-921614-10-4

Kernstück dieses Bandes sind die Erzählungen und Gedichte einer Gruppe von ehemaligen Freiheitskämpfern, die nach der Unabhängigkeit Zimbabwes im Jahre 1980 auf einem Ausbildungskurs ihre Erfahrungen mit dem bewaffneten Kampf erzählen und reflektieren. Dazu kommen Erzählungen, die die Erfahrungen der Zivilbevölkerung aus der Zeit des Befreiungskampfes literarisch verarbeiten.

Ein großer Teil all der Geschichten, die die Menschen Zimbabwes über den Befreiungskampf erzählen könnten, sind auch heute noch nicht aufgeschrieben.

Die Geschichten dieses Bandes sind nicht nur Geschichten von längst Vergangenem, von überwundenem Geglauftem: sie sind beispielhafte Zeugnisse von den Irrungen und Wirrungen, von den Erfolgen und Niederlagen eines Befreiungskampfes, an dessen Ende zuerst einmal nur die nationale Unabhängigkeit steht. Ein Lese- und Vorlesebuch für Diskussion in Schule, Gemeinde- und Jugendarbeit.

issa
informationsstelle
südliches afrika e. V.
Blücherstr. 14
5300 Bonn 1
Tel. 0228/21 32 88

Eastern Province Command. Wir salutierten uniformierten Lehrern und wurden in den Kadettenlagern unterwiesen in "counter insurgency warfare" und "Angriff auf Terroristenbasen". Mädchen waren auch betroffen. Während wir zu unseren Mädchengymnasien marschierten, führten sie Löschübungen durch und beobachteten uns stolz beim Exerzieren: eine Übung, in der wir zukünftige Kriegshelden spielten, und sie, die Freundinnen, Frauen oder Schwestern, die den häuslichen Herd warm hielten.

Zu Hause aber lernte ich in meiner Familie und ihrer christlichen Einstellung, andere so zu lieben wie wir uns liebten. Im Familienverband erfuhren wir Unterstützung und Liebe – ein Recht, das den meisten schwarzen Südafrikanern, getrennt durch die Apartheidsgesetze, vorenthalten wird.

Während ich zunächst stolz war, auf Kadettenparaden zu gehen, teilte meine Mutter dieses Gefühl nicht. Statt dessen sprach sie von Krieg: daß es nichts Romantisches oder Rechtes am Töten und Getötetwerden gäbe. Sie hat den 2. Weltkrieg, die Bombenangriffe auf London durchgemacht. Sie wußte von den Entbehrungen des Krieges, wußte, daß der Krieg nicht zu verherrlichen ist: besonders nicht ein Krieg zur Verteidigung der Apartheid.

1976 war ich in Klasse 9 und wurde gezwungen, mich für den Kriegsdienst registrieren zu lassen. 1976 war das Jahr des Soweto-Aufstandes, der das Land mitriß. Dem friedlichen Protest der Studenten begegnete die Polizei mit einem Kugelhagel. Hunderte von Schulkindern wurden erschossen, als die SADF die townships abriegelte. Als ich mich 1977 immatrikulierte, protestierten die Schüler noch immer auf der Straße gegen die Slum-Erziehung. Als ich mich auf das Examen vorbereitete, wurden Schüler in den townships von Port Elisabeth erschossen. Ich war auch schockiert über den Tod von Steve Biko in der Haft, nachdem er brutal gefoltert worden war. Dann, nach diesen schrecklichen Gewaltaktionen von 1976 und 1977, wurden die Zeitungen und Organisationen, die sich gegen diese Ungerechtigkeit ausgesprochen hatten, durch Bannung am 19.10.1977 mundtot gemacht.

Während sich diese Gewalttaten in meiner Erinnerung wachslierten, bekam ich meine erste Einberufung. Ich war in der

glücklichen Lage, meine Einberufung wegen des Studiums zurückstellen zu können. Viele meiner Freunde hatten diese Möglichkeit nicht. Für sie gab es keine Alternative zur Wehrpflicht. Obwohl viele gegen Apartheid waren, gingen sie zur SADF, um "es hinter sich zu bringen": sie versuchten immer noch, es hinter sich zu bringen. Als sie zurückkehrten, viele von der Front, trugen sie für immer die Schreckensbilder von Taten in sich, zu denen sie gezwungen wurden.

An der Universität erkannte ich, daß ich weder dem Dilemma der Wehrpflicht, noch der Realität des Krieges entflohen war. Mir bekannte rhodesische Studenten sprachen von der Nutzlosigkeit der Opfer, die sie einem nicht gewinnbaren Krieg gebracht hatten. Ich bemerkte bei ihnen die gleichen Schrecken des Krieges, die ich schon bei alten Schulkameraden gesehen hatte. Ich war gleichfalls tief betrübt über den Verlust vieler Freunde, die es vorzogen, anstelle des Dienstes in der SADF ins Exil zu gehen. Mir wurde auch klar, daß die Wehrpflicht das Leben aller weißen Männer angesichts von 2 Jahren Militärdienst und jährlichen Übungslagern schwer belastete.

Während meines Studiums wuchs meine Abneigung gegen Apartheid. Ich sah, wie die Regierung mit dem Widerstand umging. Mit mir befreundete Studentenführer wurden gebannt und davon abgehalten, ihre Opposition gegenüber der Regierungspolitik zu vertreten. Ich erkannte, daß ich als Südafrikaner meinen Standpunkt im Kampf gegen Apartheid finden mußte. Ich konnte dies am besten in der Arbeit in der Studentenbewegung tun, wo ich mich dem Kampf für ein freies Südafrika anschloß.

Jedes weitere Jahr an der Universität beantragte ich meine Rückstellung. Zum Ende des Studiums wußte ich, daß ich nicht zur SADF gehen konnte. Ich wußte, daß sie einen Krieg zur Verteidigung der Apartheid führte.

1. Das Wesen der Apartheidsgesellschaft

Als ein Soldat der SADF würde ich zur Verteidigung eines Systems herangezogen, das auf Gewalt durch Apartheid basiert. Auf der einen Seite das Leugnen politischer Rechte für die Mehrheit der Südafrikaner; die Massenumstiedlung unerwünschter Menschen in die Homelands; die Armut im Hinblick auf Löhne, Gesundheit und Wohnverhältnisse – das sind Gewaltakte gegen unsere Bevölkerung. Auf der anderen Seite sehen wir die gewalttätige Repression gegen diejenigen, die ein Ende dieser Ungerechtigkeiten suchen, durch die südafrikanische Polizei, die SADF und das gewaltige Netzwerk der Sicherheitsgesetzgebung.

- Ich kann kein System verteidigen, das gewaltsam drei Millionen Menschen umgesiedelt hat.
- Ich kann kein System verteidigen, das in Form der Homeland-Politik mehr als 8 Millionen Südafrikaner ihrer Staatsbürgerschaft beraubt hat.
- Ich kann kein System verteidigen, das durch die Politik der Wanderarbeit das Familienleben für Millionen zerrissen und zerstört hat.
- Ich kann kein System verteidigen, das den Zutritt zu Gesundheits-, Wohn- und Bildungsmöglichkeiten aus rassistischen Gründen verwehrt.

2. Der Bürgerkrieg – gegen wen ich kämpfen müßte?

Während meiner Schulzeit wurde mir beigebracht, daß Südafrika einen Krieg gegen einen äußeren Feind von kommunistisch gesteuerten Terroristen führt, deren Absicht in der Zerstörung unserer "christlichen" und "zivilisierten" Gesellschaft besteht. Mir wurde gesagt, daß es meine Pflicht sei, in der SADF zu kämpfen, die den Schutzschild darstellt, hinter dem Südafrika sich auf einem Pfad des friedlichen Wandels weiterentwickeln konnte.

Aber Südafrika ist keine friedliche Gesellschaft. Die Aufgabe der SADF liegt in der Verteidigung des Status quo eines Systems, das auf Gewaltanwendung aufbaut.

Durch unsere ganze Geschichte hindurch haben Menschen den Versuch, sie ihrer politischen Rechte zu berauben und ihre billige Arbeitskraft auszubeuten, widerstanden. In diesem Jahrhundert organisierten die Menschen sich und leisteten bis 1961 friedlichen Widerstand. Sharpeville war der Wendepunkt. 1961 wurden 69 Menschen bei einem Protest gegen das Passgesetz erschossen. Im nachfolgenden Ausnahmezustand wurden ANC und PAC gebannt. Viele kamen jetzt zu dem Schluß, daß sie einem System der Gewalt nicht länger nur mit friedlichen Mitteln begegnen konnten. Sie verließen das Land, um sich als Guerillakämpfer auszubilden zu lassen.

1976 brachte die Zerschlagung des friedlichen Protestes der Sowetoschüler, die mehr als 1000 Tote forderte, viele junge Südafrikaner dazu, das Land zu verlassen und zu den Waffen zu greifen.

Ich kann nicht an einem Krieg der SADF gegen südafrikanische Kameraden teilnehmen, die durch die Gewalt der Apartheid dazu gezwungen wurden, als letzte Möglichkeit zu den Waffen zu greifen.

- Ich kann niemanden töten, der von sehr vielen Südafrikanern als Held und Märtyrer angesehen wird.

3. Die Rolle der SADF

Als ich 1976 zur Registrierung anstand, war die SADF gerade erst ein Jahr vorher zum Rückzug aus Angola gezwungen worden. In den folgenden Jahren mußten viele meiner Freunde

informationsdienst südliches afrika

INDEX 1983

(1. Zahl = Heftnummer, 2. Zahl = Seitenzahl)

ANGOLA

Politik:

- G. Czernik: Kirche contra Klassenkampf – Zur Situation der Kirche in Angola und Mosambik; 6, 17 - 18
- Reise zur Unita von Europa-Parlament nicht verurteilt; 10/11, 20

Militär:

- R. Meinardus: Pretorias langer Arm – Erfolge der Destabilisierungspolitik gegen Angola und Mosambik; 3, 20 - 21
- J. van Kesteren: Krieg und Wiederaufbau – Angola zahlt für seine Unabhängigkeit einen hohen Preis; 9, 16 - 18
- E. Militz: Angriff auf Cangamba – Neuer Charakter der südafrikanischen Aggression gegen Angola; 10/11, 19 - 20

LESOTHO

- R. Meinardus: Angriffsziel Lesotho – Die Hintergründe des südafrikanischen Überfalls; 1/2, 3 - 5
- Ph. Naidoo, ANC: Bericht über das südafrikanische Massaker; 1/2, 6 - 7

MOSAMBIK

Politik:

- G. Czernik: Kirche kontra Klassenkampf – Zur Situation der Kirche in Angola und Mosambik; 6, 17 - 18
- U. Semin-Panzer: Nahrungsmittelproduktion hat Priorität – IV. Frelimo-Kongreß zur Agrarfrage; 10/11, 12

Wirtschaft:

- U. Semin-Panzer: Mehr Unterstützung für die Kleinbauern! Kurskorrektur in der Landwirtschaftspolitik Mosambiks; 6, 19 - 22

Militär:

- R. Meinardus: Pretorias langer Arm – Erfolge der Destabilisierungspolitik gegen Angola und Mosambik; 3, 20 - 21
- ders.: Militärische Eskalation – die Hintergründe des Bombenanschlags auf Pretoria und des südafrikanischen Luftangriffs auf Matola; 7/8, 16 - 18

Soziales:

Dokument:

- "Es gibt keine Analphabeten auf dem Lande, wenn wir dorthin gehen, um zu sprechen" – Aus der Rede des Delegierten Joao Ferreira; 10/11, 13

NAMIBIA

Politik:

- G. Wellmer: "Wende" in der Namibia-Politik? 1/2, 24 - 25
- H. Schweizer: "Im Geiste unserer Väter" – Woher kommt

das Geld für die Schulen der Deutschen in Südafrika und Namibia? 1/2, 26 - 27

- R. Kößler: Das Ende der DTA – Neuauflage der "internen Lösung"? 3, 22 - 23
- Namibia am 6. März 1983 – Ein Brief aus Namibia; 4/5, 35
- P. Ripken: "Namibia Fonds" der Rheinischen Landeskirche weiter auf Eis; 6, 7
- ders.: Sicherheitsrat soll initiativ werden – Namibia-Konferenz 25. - 29. April 1983 in Paris; 7/8, 3
- D. Peschke/A. Hürter: Pariser Namibia-Konferenz – Treffen der nichtstaatlichen Organisationen; 7/8, 4
- H.-Chr. May: Namibia: Chronologie der Verhandlungen; 7/8, 4 - 5
- H. Melber: National Union of Namibian Workers – Zur Entstehungsgeschichte der Gewerkschaftsbewegung Namibia; 7/8, 8 - 9
- L. Berger: Arbeitskonflikte in Namibia; 7/8, 9
- H.-Chr. May: Neuanfang oder Fortsetzung? Zur Synode der Deutschen Lutherischen Kirche in Namibia (DELK); 7/8, 14 - 15
- H. Melber: Perverse Traditionspflege; 7/8, 15

Wirtschaft:

- R. Moorsom: Die Wüste könnte blühen – Tiefe Krise der namibischen Landwirtschaft; 7/8, 10 - 11
- H. Möllers: Multis plündern Namibia; 7/8, 12 - 13
- Bundesrepublikanische Firmen in Namibia (unvollständige Liste); 7/8, 13

Widerstand:

Dokument:

- Frieden ist unser gemeinsames Recht – Erklärung des SWAPO-Vertreter in der BRD und Österreich, Ngidimondjila Shoombe, beim Friedenstag in Krefeld, 25.6.83; 7/8, 6

Soziales:

- A. Hürter: Die soziale Lage in Namibia; 7/8, 7

SÜDAFRIKA

Beziehungen zur BRD und anderen Industrieländern:

- M. Braun: Das Europaparlament zu Südafrika – Politischer Ausschuß und Ausschuß für Entwicklung und Zusammenarbeit legen Bericht vor; 1/2, 13 - 15
- H. Lorscheid: Staatssekretär Grüner in Südafrika: Uns verbinden enge menschliche Beziehungen; 1/2, 15 - 16
- H. Schweizer: "Im Geiste unserer Väter" – Woher kommt das Geld für die Schulen der Deutschen in Südafrika und Namibia? 1/2, 26 - 27
- Th. Fues: "Botschafter Südafrikas" – Fernreise nach Südafrika; 3, 28 - 29
- P. Ripken: Apartheidskurs: weiter fest! Hauptversammlung der Dresdner Bank; 6, 8

- D. Peschke: Zum Beispiel: US-Kirchen gegen Bankkredite an Südafrika; 6, 9
- H.-Chr. May: "Ich will ein Mensch sein" oder: was man dagegen tun kann. Zur Kampagne gegen die Misereor-Fastenaktion 1983 zu Südafrika; 6, 15 - 16
- H. Schweizer: Lehrerfortbildungsprojekt in Soweto – "Begreifen, daß man auch einmal zwölf Stunden am Tag zu arbeiten hat"; 12, 18 - 19

Innenpolitik:

- H. Möllers: Reform – Staat – Repression: Südafrika 1982; 1/2, 21 - 23
- D. Weinbrenner: Der Götze wackelt – Kommt Bewegung in die Apartheid-Kirche? 6, 3 - 4
- P. Ripken: Eine "Bekennende Kirche" vor Gericht – Südafrikanischer Kirchenrat vor Eloff-Kommission; 6, 5
- A. Mai: Der Prozeß gegen Cedric Mayson; 6, 7
- B. Khumalo: Black Theology in Südafrika; 6, 10 - 12
- H. Möllers: Die Übermacht des Iridischen – Katholische Kirche in Südafrika auf Konfrontationskurs; 6, 12 - 14
- L. Berger: Labour Party in der Sackgasse – Haltung zum Verfassungsvorschlag stößt auf Widerstand bei den Farbigen; 7/8, 21 - 23
- Der Verfassungsplan; 7/8, 22
- L. Berger: Ciskei: Bürgerkrieg von oben – Eine beispiellose Terrorwelle als Ergebnis der südafrikanischen Bantustanpolitik; 10/11, 21 - 24
- Chr. Sodemann: "Geordnete Abschiebung" – Aufenthaltsrecht von Schwarzen in den Städten soll neu geregelt werden; 12, 6 - 7
- Th. Fues: Staatlich verordnete "Selbstverwaltung" – Das Komitee der 10 und der Stadtrat von Soweto; 12, 8 - 9

Dokument:

- Was ist Apartheid? Der Südafrikanische Kirchenrat definiert das System der südafrikanischen Gesellschaft; 6, 5 - 6

Gewerkschaftsbewegung:

- Th. Fues: Internationale Solidarität für Hafenarbeiter – Der Kampf um gewerkschaftliche Anerkennung in den Seehäfen Südafrikas spitzt sich zu; 1/2, 17 - 18
- L. Berger: Automobilarbeiter an der Streikfront; 1/2, 19 - 21
- Th. Fues: Gewerkschaftseinheit rückt näher; 9, 24 - 25
- ders.: Neue Macht für schwarze Bergarbeiter; 9, 26 - 27
- Falke Textiles unterliegt Gewerkschaft – Der Kampf der National Union of Textiles Workers um Anerkennung; 11/12, 25 - 26
- L. Berger: Zum Bündnis mit einer "Multi-Klassenorganisation" – Der Standpunkt von FOSATU und GWU; 12, 25

Dokumente:

- Solidarität mit der SAAWU – Erklärungen des UDF/Gewerkschaften-Adhoc-Komitees, der SACTU und der IG-Metall; 10/11, 24

Widerstand:

- R. Brückner: Einheit gegen "Teile und herrsche"; 3, 3 - 7
- I. Wick: ANC zur Funktion des bewaffneten Kampfes; 3, 4
- ders.: ANC-Anschläge, 3, 6 - 7
- W. Geisler: Anschlag auf AKW-Koeberg – ANC verhindert erneut Inbetriebnahme; 3, 8 - 10
- L. Berger: AZAPO und AZASO – Zu Differenzierungsprozessen innerhalb der Black-Consciousness-Bewegung; 3, 10 - 13

- H. Möllers: PAC wieder geeint? Trotz interner Konsolidierung bleibt politische Zukunft des PAC ungewiß; 3, 14 - 15
- M. Märtens: Konsumboykott: Sich mit Brot und Bonbons wehren...; 3, 16
- D. Weinbrenner: Militarisierung und Verweigerung; 3, 17 - 19
- R. Meinardus: Militärische Eskalation – Die Hintergründe des Bombenanschlags auf Pretoria und des südafrikanischen Luftangriffs auf Matola; 7/8, 16 - 18
- "Die Welt wird unsere Warnungen vor einem Holocaust in Südafrika ernst nehmen" – Gespräch mit dem Bonner ANC-Vertreter Tony Seedat; 7/8, 19 - 20
- L. Berger: Neue Oppositionsbündnisse – In Massenkampagnen gegen die Regierungspläne wächst organisierter Widerstand der Schwarzen; 9, 20 - 23
- A. van Heerden: Verfassung und Widerstand – Die Entstehungsgeschichte der UDF; 12, 22 - 25

Dokumente:

- Auszug aus einem Interview mit dem ANC-Präsidenten O.R. Tambo; 6, 23
- Vereinte Demokratische Front: Erklärung; 9, 21
- Manifest des azanischen Volkes; 9, 22

Wirtschaft:

- G. Wellmer: Aufrüster der Apartheid – Westdeutsche Multis in Südafrika; 1/2, 8 - 10
- ders.: Sichere Geschäfte – Hermes-Bürgschaften für Exporte nach Südafrika; 1/2, 11 - 12
- W. Geisler: Ausländische Beteiligung am AKW-Koeberg; 3, 9
- ders.: AKW-Koeberg – Standortwahl und Apartheid; 3, 10
- L. Berger: Schwarzer Kapitalismus: Das schwarze Kleinbürgertum im Kampf gegen Rassengesetze und weiße Konkurrenz; 12, 10 - 12
- Small Business Development Corporation (SBDC); 12, 12
- H. Möllers: Nein, aber ja – Die Wirtschaft zum Verfassungsvorschlag; 12, 24

Militär:

(Südafrikas Aggressionen gegen Nachbarstaaten siehe unter den entsprechenden Ländern)

- D. Weinbrenner: Militarisierung und Verweigerung; 3, 17 - 19
- P.J. Friedman: Die Apartheid "in der Fläche" verteidigen – Die Militarisierung der südafrikanischen Gesellschaft schreitet voran; 9, 3 - 5
- Weiße Frauen als Zielgruppe der südafrikanischen Streitkräfte; 9, 5 - 6
- W. Frommlet: Machen, wovon andere noch nicht einmal träumen... Der Einsatz von US-Computern in Südafrika; 9, 7 - 10
- H. Möllers: Neues Gesetz gegen Kriegsdienstverweigerer – Apartheidregime will Verweigerungsfront spalten; 9, 11
- G. Evans: Schwarze an die Front – SADF umwirbt Schwarze. Wehrpflicht für Inder und Farbige geplant; 9, 12 - 14
- H. Lorscheid: Grüne fragen an – Bundesregierung verweigert Auskunft über Export von strategischen Waffen nach Südafrika; 9, 15
- G. Evans: "Die Armee schützt das Volk" – Das Bürgeraktionsprogramm: Pretorias Counter Insurgency; 12, 20 - 21

Soziales:

- Az. Seedat: Hunger in Südafrika – Katastrophale Ernährungslage in den Homelands; 10/11, 7 - 11

- H. Möllers: Wohnen in Soweto – Wandelt sich die Schlafstadt? Elektrifizierung bald abgeschlossen; 12, 3 - 5
- Az. Seedat: Gesundheitsversorgung in Soweto; 12, 13 - 15
- A. Hürter: Die Geschichte der Frau S. – Das Leben einer Township-Arbeiterin; 12, 16 - 17

SÜDLICHES AFRIKA

- Lome I und Lome II: die wichtigsten Merkmale; 1/2, 14
- H. Möllers: Siebendürre Ähren – Die Dürre und ihre Folgen im Südlichen Afrika; 10/11, 3 - 6
- ders.: Abhängig von Südafrika – Selbstversorgung in der Ernährung angestrebt; 10/11, 14

ZIMBABWE

Politik:

- M. Stäbler: Solidarität mit Zimbabwe; 4/5, 3 - 5
- R. Weiß: Der Konflikt im Matabeleland; 4/5, 6 - 7
- Dissidenten "in der Mangel"; 4/5, 8 - 10
- R. Meinardus: Feindselige Nachbarschaft – Pretorias Politik gegenüber Zimbabwe; 4/5, 11 - 12

Wirtschaft:

- C. Stoneman: Wir brauchen Heinz und Co nicht; 1/2, 28 - 29
- H. Rudolph: Heinz im Sozialismus; 1/2, 29
- Chr. Reichert: Der Dreijahresplan – "Neue soziale Ordnung" oder Verstärkung der Abhängigkeit? 3, 24 - 26
- Zimbabwe-Informationsgruppe, Harare: Nationale Wirtschaftspolitik und regionale Kooperations-Bemühungen; 4/5, 13 - 15
- Chr. Reichert: Resettlement und ländliche Entwicklung; 4/5, 16 - 18
- H.-D. Schinner: IWF-Budget? Zimbabwes Haushalt 1983/84 bietet wenig Spielraum für soziale Maßnahmen; 10/11, 17 - 18

Soziales:

- Zimbabwe-Informationsgruppe, Harare: Lohnarbeiter in Zimbabwe – Gewerkschafts- und Einkommensentwicklung; 4/5, 19 - 20
- R. Schuon: Pamberi ne Utano – Vorwärts mit der Gesundheit – Zimbabwes Gesundheitswesen an der Basis erlebt; 4/5, 21 - 24
- Kl. Mehnert: Ausbau oder Umbau? Entwicklungen im Erziehungswesen nach der Unabhängigkeit; 4/5, 25 - 27
- M. Never: Chikwizo – Entwicklung in Selbsthilfeprojekten im Mudzi-Distrikt; 4/5, 28
- H. Lichy: Bondamakara School – Deutsche Lehrer in Zimbabwe; 4/5, 29 - 30
- S. Habicht: Aufholen oder Überholen? Frauen in Zimbabwe; 4/5, 31 - 33
- R. Feszczak: Die säen und nicht ernten – Die Situation der Land- und Bergarbeiter in Zimbabwe; 10/11, 15 - 16

- Kl. Mehnert: Arbeitsmarktstudie – Auch weiterhin Fachkräftemangel in Zimbabwe; 12, 26 - 27

AKTIONEN – SOLIDARITÄT

- Offener Brief an den Senat von Berlin (West) und die Ausstellungs-Messe-Kongress (AMK) GmbH Berlin; 1/2, 30
- I. Wick: Kein Urteil zur Sache – Stellungnahme der AAB zum Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster; 3, 30 - 31
- L. Baack: Protest gegen die Todesurteile in SA – 8149 Unterschriften im Auswärtigen Amt übergeben; 3, 31
- M. Stäbler: Solidarität mit Zimbabwe; 4/5, 3 - 5
- Zimbabwe Netzwerk e.V.; 4/5, 34 - 35
- Kirchen sollen ANC und SWAPO unterstützen – Aufruf der Mitgliederversammlung der AAB am 8.5.83 in Bonn; 6, 8
- H. Lorscheid: Tourismusdebatte – AL fordert Südafrika-Boykott im Berliner Senat; 6, 25
- Fragen der AAB an politische Parteien zum Südlichen Afrika zur Bundestagswahl 6.3.83; 6, 26 - 29
- Bankenboykott – Personalvertretung der ILO kündigt Konten bei Schweizer Banken; 7/8, 26
- Solidarität mit Magdi Gohary; 7/8, 26
- AAB Bremen: Südafrika – Land der Apartheid – Eine Ausstellung; 7/8, 27
- Es ist an der Zeit – Aufruf der Dritte-Welt-Gruppen zu den Herbstaktionen 83; 9, 19
- Namibia-Tag: 26. August; 9, 29
- H. Lorscheid: Rheinmetall: Ermittlungen endlich beendet? 10/11, 27 - 28
- S. Barck, AAB München: Tag des Antimilitarismus; 10/11, 29
- D. Peschke: "Unsere Befreiung erkämpft den Frieden"; 12, 28 - 29

KONFERENZEN – SEMINARE – TAGUNGEN

- I. Wick: Frontstaaten im Visier – Solidaritätskonferenz am 25. - 27.3.83 in Lissabon; 6, 23 - 24
- D. Peschke: 20. Evangelischer Kirchentag; 7/8, 24
- Thema Frieden stand im Mittelpunkt – AAB-Mitgliederversammlung 1983; 7/8, 25
- Albr. Flues: Schwerpunktantrag "AAB und Frieden"; 7/8, 25
- D. Weinbrenner: "Frieden und Gerechtigkeit" – 6. Vollversammlung des Weltrates der Kirchen, 24.7. - 10.8.1983 in Vancouver, Kanada; 9, 28
- I. Wick: Einladung nach Prag – AAB-Delegation bei der Christlichen Friedenskonferenz in Prag; 9, 30

Dokumente:

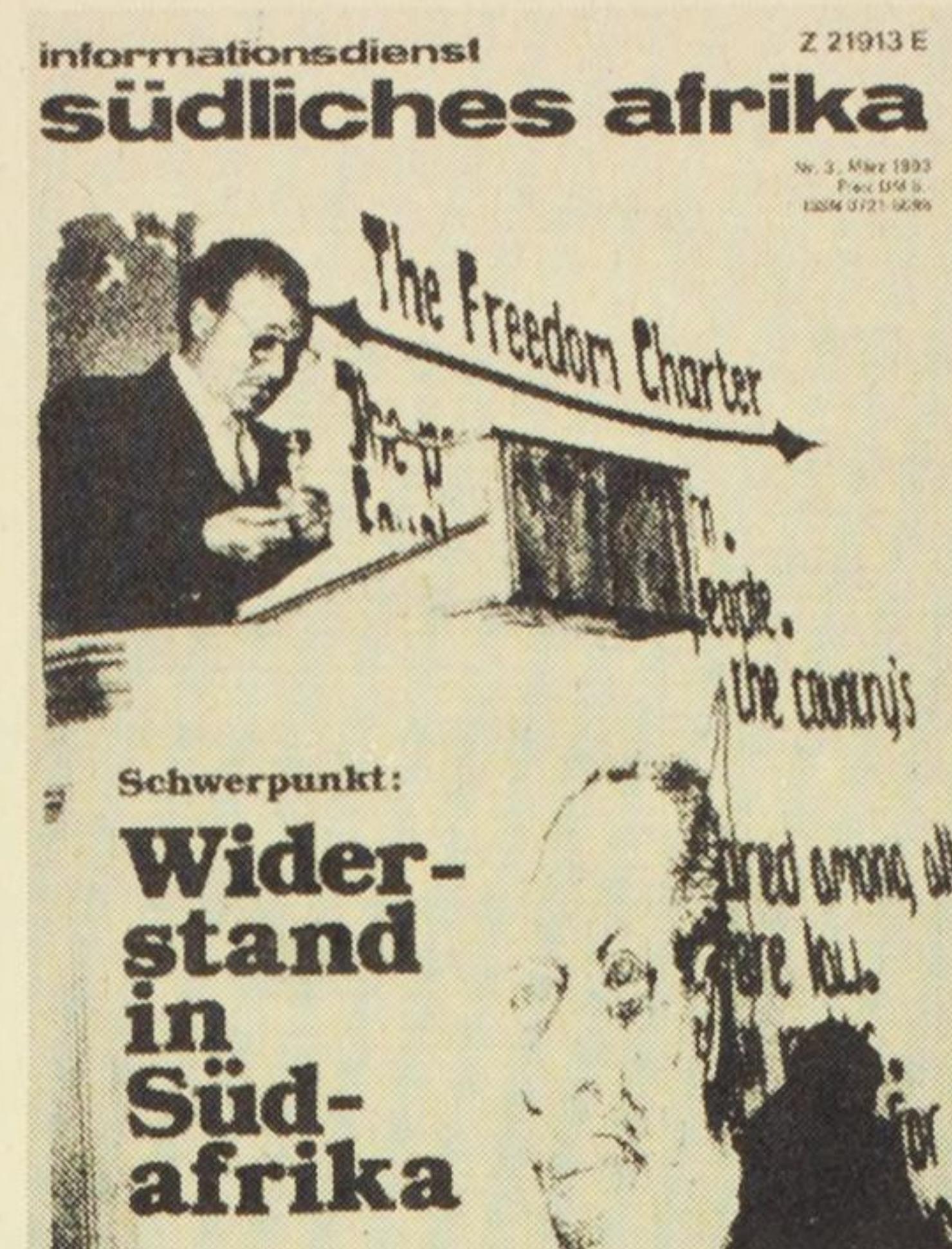
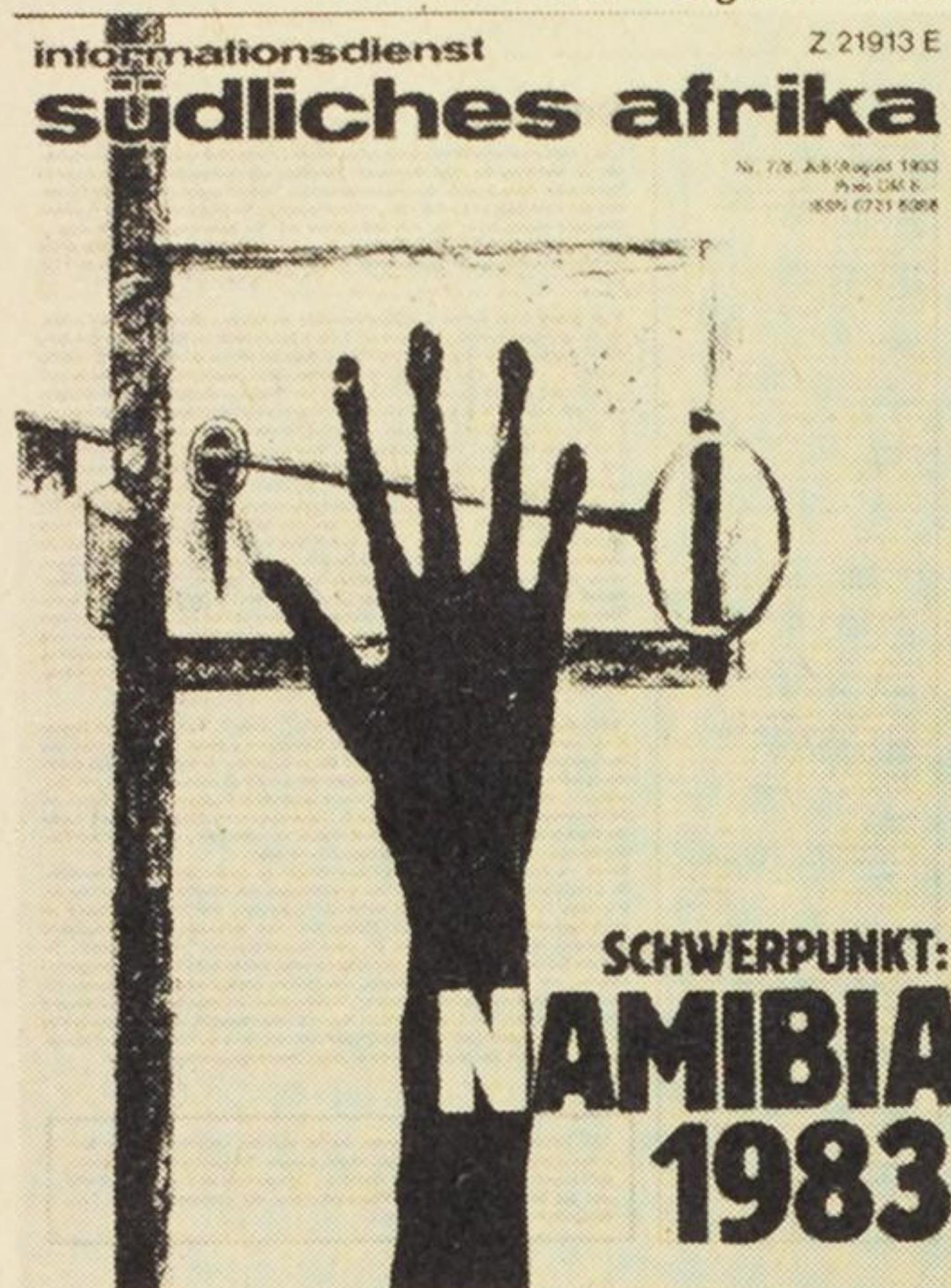
- Memorandum zur internationalen Konferenz der Solidarität mit den Frontstaaten; 3, 27
- Auszug aus der Deklaration der internationalen Konferenz der Solidarität mit den Frontstaaten; 6, 24
- Empfehlungen der 6. Vollversammlung des Weltrates der Kirchen in Vancouver; 9, 28

THEMENSCHWERPUNKTE DES INFORMATIONSDIENSTES 1983



Nr. 1/2 Januar/Februar 1983

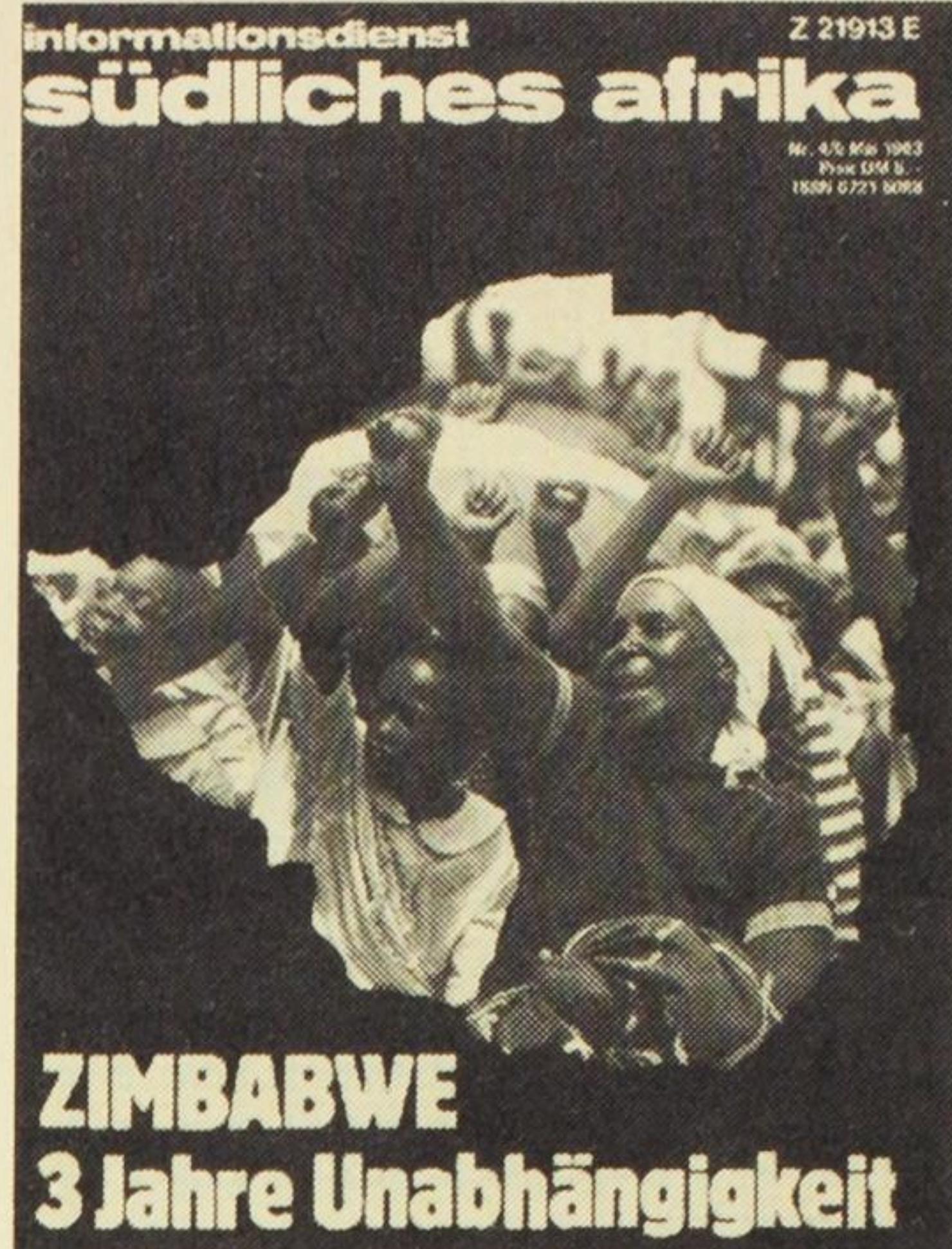
Nr. 7/8 Juli/August 1983



Nr. 3 März 1983



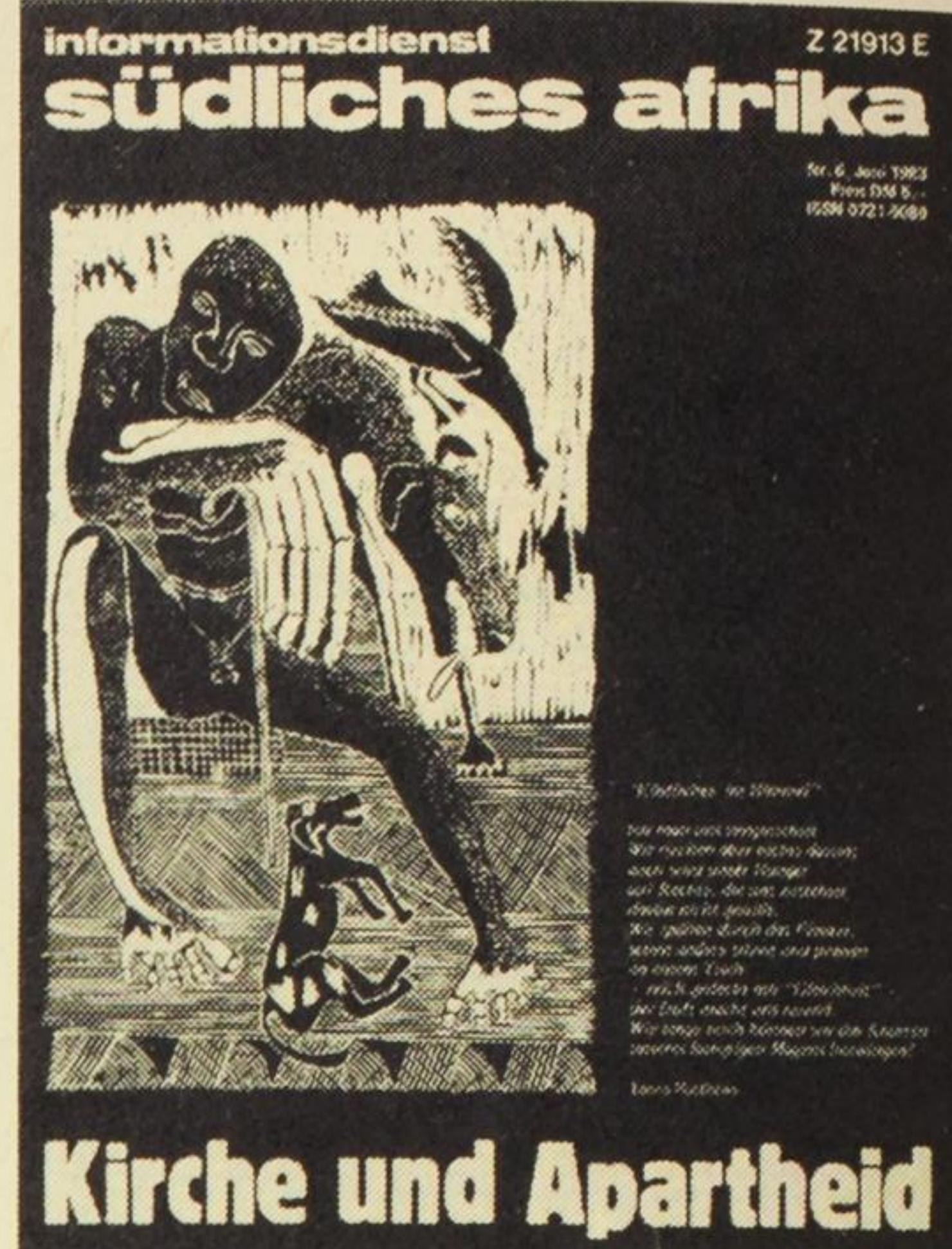
Nr. 9 September 1983



Nr. 4/5 April/Mai 1983



Nr. 10/11 Oktober/November 1983



Nr. 6 Juni 1983

Nr. 12 Dezember 1983



ABONNEMENTPREISE:

Das Jahresabo des "informationsdienst südliches afrika" kostet

DM 40,- (Einzelpersonen In- und Ausland)

Einzelheft DM 5,-

DM 60,- (Institutionen und Förderer)

Wir schicken gerne Probehefte zu.

DM 15,- (Luftpostzuschlag)

ANGEBOT:

Der komplette Jahrgang 1983 kann für DM 25,- erworben werden, der Jahrgang 1982 für DM 15,-, beide zusammen für DM 30,-.



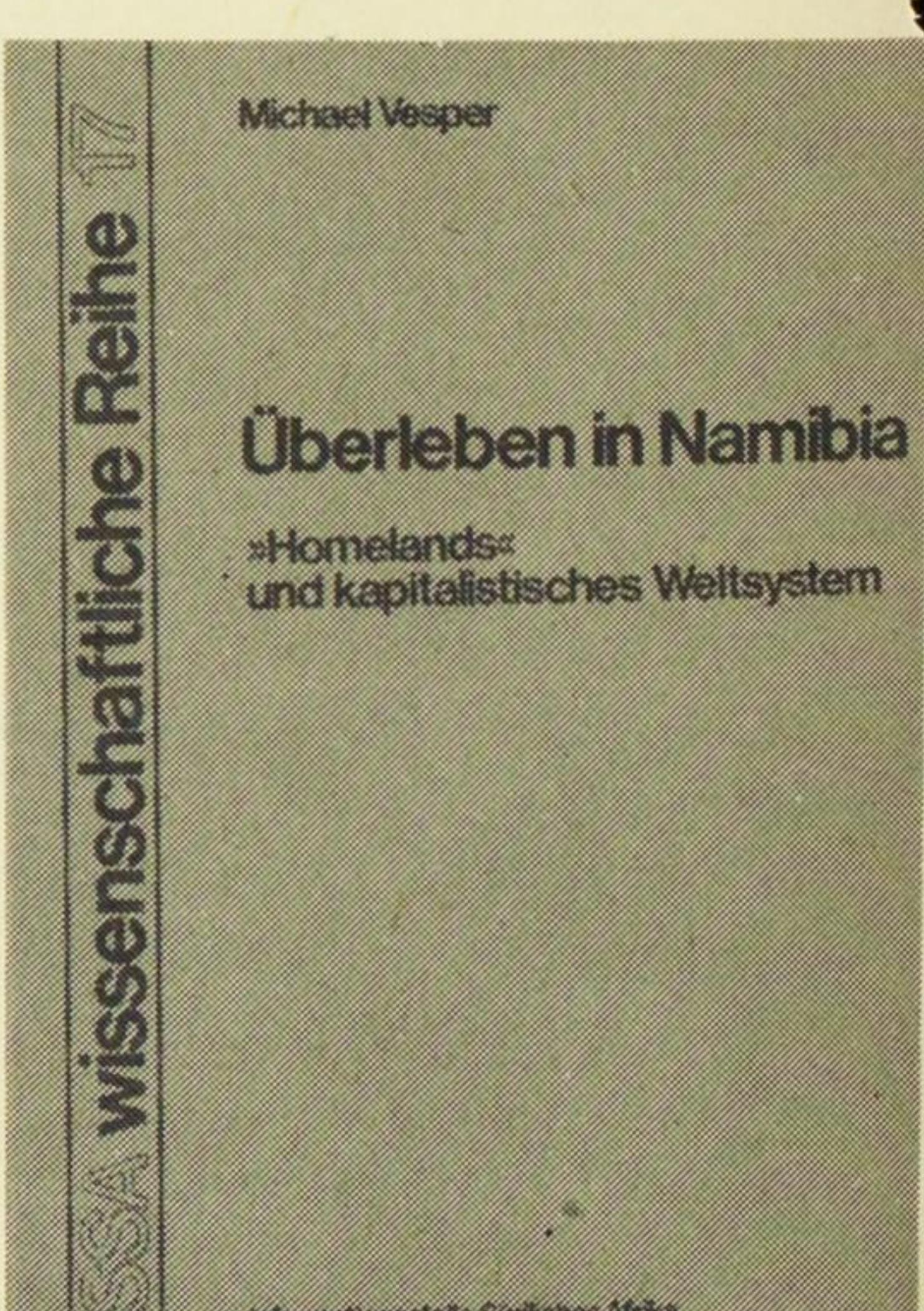
PAMBERI NE ZIMBABWE
Geschichten vom Befreiungskampf
Herausgegeben von Peter Ripken
in Zusammenarbeit mit
Zimbabwe Netzwerk e.V.
Bonn 1983, 80 Seiten, DM 8,00
ISBN 3-921614-10-4
esa 16



ISRAEL UND SÜDAFRIKA
Eine Dokumentation
ihrer Beziehungen
hrsg. von Alrun Hürter
Bonn 1983, 72 S., DM 5,00
ISBN 3-921614-13-9
esa 16



W. Geisler/G. Wellmer
DM-INVESTITIONEN
IN SÜDAFRIKA
Bonn 1983, 320 S., DM 17,80
ISBN 3-921614-40-6
WR 10



Michael Vesper
ÜBERLEBEN IN NAMIBIA –
"Homelands"
und kapitalistisches Weltsystem
Bonn 1983, 280 Seiten, DM 22,80
ISBN 3-921614-08-2
WR 17

dienen und sogar sterben, nicht in Südafrika sondern in Namibia und Angola. Es war offensichtlich, daß ich nicht einberufen werden sollte, um in einer Verteidigungsarmee zu kämpfen, sondern in einer Besatzungsmacht in Namibia, die auch Überfälle auf Nachbarstaaten unternahm.

Die Besetzung Namibias durch Südafrika wird sowohl von den Vereinten Nationen als auch vom Internationalen Gerichtshof als illegal bezeichnet. Die SADF sichert in Namibia diese illegale Okkupation und blockiert die Unabhängigkeitsbestrebungen. Die Forderung nach Unabhängigkeit wird von der SWAPO nachhaltig vertreten: die SWAPO wird sowohl international anerkannt als auch im Lande von den großen südafrikanischen und namibischen Kirchen; außerdem genießt sie die Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der Namibianer.

Ich bin nicht bereit, in der SADF zu dienen, die aktiv die Kolonisation von Namibia und die ungerechte Verweigerung von Freiheit und Unabhängigkeit des namibischen Volkes aufrecht erhält.

Südafrika hält nicht nur Namibia im Griff, sondern hält mit der SADF andauernd einen großen Teil Südafrikas besetzt, führt immer wieder Überfälle bis tief in angolanisches Gebiet durch und unterstützt die verbrecherischen UNITA-Verbände. Diese Offensivstrategie wurde auch in anderen Teilen des südlichen Afrikas angewendet, ganz besonders in Lesotho und Mosambik. Ich bin nicht bereit, in der SADF zu dienen, die keine Rücksicht auf die Souveränität dieser Länder, das Leben ihrer Einwohner und das der südafrikanischen Flüchtlinge im Exil nimmt.

In Südafrika selbst verfolgt die SADF eine Doppelstrategie. Einerseits ist sie verantwortlich für die aktive Repression gegen den Widerstand, um die Apartheid aufrecht zu erhalten. Seite an Seite mit der Polizei führt sie Paßkontrollen durch, besetzt Straßenzeilen, riegelt townships in Zeiten der Unruhe ab und assistiert bei der Umsiedlung schwarzer Südafrikaner. Andererseits hat sie versucht, durch ihre "Herz- und Sinn"-Kampagne Unterstützung für die SADF und die Regierungspolitik zu gewinnen. Mit ihrem Bürgeraktionsprogramm setzt die SADF Lehrer in schwarzen Schulen ein, führt Karriere-Leitfadenprogramme und gesellschaftliche Veranstaltungen durch, um sich selbst wohlwollend darzustellen (4). In weißen Schulen koordiniert sie Kadettenprogramme, um einen frühen Ausbildungsbeginn zu sichern.

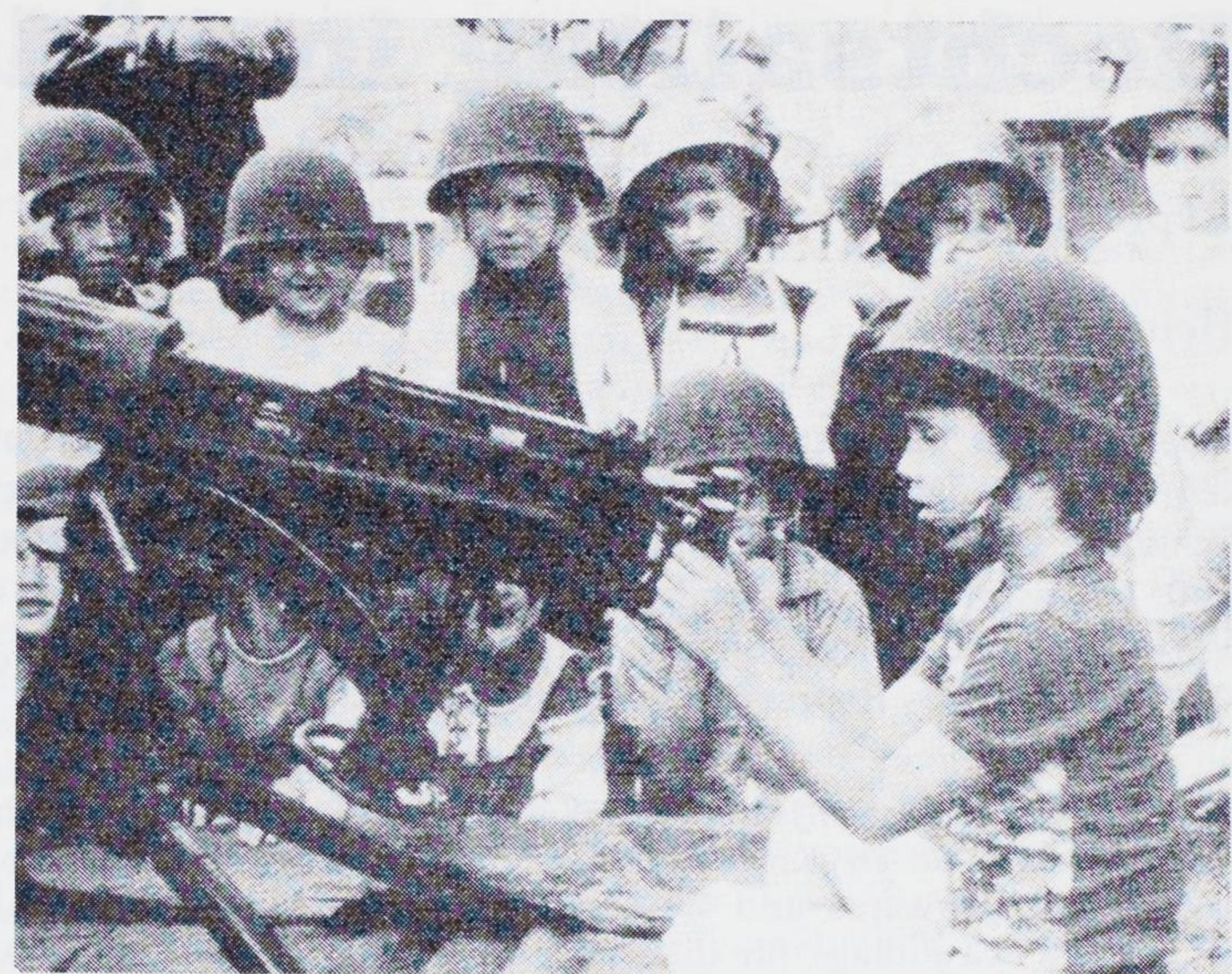
Ich glaube, daß, egal welche Position in der SADF ich innehätte, ich Teil einer Institution wäre, die die Ungerechtigkeit schützt und fördert. Das kann ich nicht.

Kriegsdienstverweigerung – ein positiver Beitrag

In meinem Leben gehörte zu meinen grundsätzlichen Prinzipien der Wunsch, Südafrika und seinem Volk zu dienen. Mein Eintritt in die SADF würde so eklatant gegen meine Ideale verstößen, daß ich dies nicht mit meinem Gewissen vereinbaren und meine Bindung zu südafrikanischen Freunden nicht fortsetzen könnte.

Meine Ideale haben mich dazu geführt, mit anderen Südafrikanern ein neues Südafrika, frei von Haß der Apartheid, anzustreben. Die Freiheitscharta, die 1955 von den Vertretern sehr vieler Südafrikaner aufgezeichnet wurde, spiegelt diese Ideale am besten wieder: von einem nicht rassistischen und demokratischen Südafrika, in dem das Volk regiert.

Meine Bindung an ein freies Südafrika hat mich in die Opposition gegen die neue rassistische Verfassung der Regierung, die die Apartheid nur verstärkt, und zur aktiven Unterstützung der United Democratic Front (UDF) gegen Verfassung und die Koornhof Bills geführt. Wenn die neue Verfassung in Kraft tritt, wird die Militarisierung unserer Gesellschaft nicht vermindert; wenn sich die Situation verschärft, kommt es zur unvermeidlichen Wehrpflicht für Farbige und Inder und der formalen Beteiligung des Militärs an der Regierung.



"Die meisten von ihnen sehen im Mann in Uniform einen Helden", Leiter eines Kindergartens in Potchefstroom. Jungen zwischen 3 und 6 Jahren – wie die oben aus dem Kindergarten in Potchefstroom – werden oft in Kasernen oder zu Waffenschauen eingeladen.

Ich halte Kriegsdienstverweigerung für die beste Möglichkeit, angesichts des Zwangs der Wehrpflicht meinem Volk zu dienen. Die Konsequenzen bedeuten für mich nur ein kleines Opfer verglichen mit dem Leiden, das die Mehrheit der Südafrikaner täglich erdulden muß.

Mit der Konfliktverschärfung verweigern immer mehr Südafrikaner den Kriegsdienst. Schon mehr als 4 000 Wehrpflichtige treten jährlich zu ihrer Einberufung nicht an. Einige haben schon verweigert, andere drücken sich vor dem Militärdienst, die meisten haben das Land verlassen.

Ab 1984 erwartet Kriegsdienstverweigerer eine Haftstrafe bis zu sechs Jahren. Nur diejenigen, die als religiöse Pazifisten anerkannt werden, haben die Möglichkeit, einen "Ersatzdienst" abzuleisten. Die spaltet nicht nur alle Kriegsdienstverweigerer in verschiedene Gruppen auf, sondern wird auch noch viel mehr Menschen dazu veranlassen, das Land zu verlassen und ins Exil zu gehen. Diese kostspielige Inanspruchnahme von Ressourcen des Landes wird mit der Ausweitung der Wehrpflicht verschärft werden.

Ich unterstütze die Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht, die unlängst von Black Sash (liberale Organisation weißer Frauen in SA) aufgestellt wurde und verlange angemessene Alternativen zum Militärdienst. Ich wäre bereit, einen nicht-militärischen Dienst abzuleisten, der dem ganzen Volk zugute käme. Dieser darf weder länger dauern als der gegenwärtige Militärdienst noch zur Aufrechterhaltung der Apartheid beitragen. Bis diese Forderungen erfüllt sind, sehe ich in meiner Entscheidung, den Kriegsdienst zu verweigern, den besten Weg, Südafrika und meinem Volk zu dienen.

Anmerkungen:

1. vgl. Neues Gesetz gegen Kriegsdienstverweigerer, in Informationsdienst Südliches Afrika, 9 '83, S. 11
2. Kürzel für die Nationale Partei, die die Regierung stellt.
3. Infanteriegewehr, typengleich mit dem belgischen FN-Gewehr, in Südafrika in Lizenz hergestellt.
4. vgl. Schwarze an die Front, in: Informationsdienst Südliches Afrika 9 '83, S. 12 ff und 12 '83, S. 20 ff

Rechtsalltag in Südafrika

Repression 1983

Hein Möllers

Über 200.000 Verhaftungen wegen Vergehens gegen die Paßgesetze: alle 2 1/2 Minuten eine Festnahme; 300.000 Zwangsumsiedlungen in den letzten 18 Monaten; für Schwarze gesperrte Parks und Strände – Unterdrückung in Südafrika 1983. Knapp 200 Todesstrafen, Todesschüsse bei der Verhaftung, Totschlag in den Gefängnissen, Verfolgung und Folter von Oppositionellen und Regimegegnern, die Hinrichtung von ANC-Kämpfern – Repression in Südafrika 1983.

70 Jahre her war es im Juni 1983, daß der Native Land Act in Kraft trat, der das Land unter Schwarze und Weiße aufteilte und die Grundlage für die Reservatspolitik bildet. Mit dem Group Areas Act von 1950 begann dann die forcierte Durchführung der Trennung der Lebensräume für die weiße und schwarze Bevölkerung Südafrikas.

Zwangsumsiedlungen

Die Kapstädter Forschungsgruppe "Surplus People Project" (Projekt Überschüssige Menschen) veröffentlichte im Juni 83 ihre fünfjährige Studie "The discarded People" (Die ausrangierten Menschen), die die Zwangsumsiedlungsaktionen zwischen 1960 und 1982 untersucht. Danach mußten in den letzten 22 Jahren 3,5 Mio Menschen – fast ausschließlich Schwarze – ihre Wohnungen und Hütten verlassen, die sie seit Generationen bewohnt hatten. Für weitere 1,7 Mio steht die Umsiedlung noch bevor. Diese Berechnungen seien sehr vorsichtig vorgenommen worden und mit Sicherheit zu niedrig angesetzt, wird in der Studie betont.

Entgegen regierungsmäßlichen Verlautbarungen vom Februar 83 haben die Aktionen des vergangenen Jahres gezeigt, daß die Zwangsumsiedlungen fortgesetzt und forciert werden. Der für Angelegenheiten der schwarzen Südafrikaner zuständige Minister, Piet Koornhof, selbst wies im Juni Vorwürfe eines rechts-oppositionellen Politikers, die Regierung habe das Umsiedlungsprogramm aufgegeben, als unerhörte und infame Unterstellung zurück und verwies auf eine gerade durchgeführte Umsiedlung von 1200 schwarzen Familien in Transvaal...

Diese Massenumsiedlungen erfolgen keineswegs, wie offizielle Darstellungen Glauben machen wollen, freiwillig und im Interesse der Betroffenen.

Über den Widerstand der Bewohner des Dorfes Mogopa in der Provinz Transvaal gegen die Abschiebung nach Bophuthatswana wurde in der bundesrepublikani-

schen Presse ausführlich berichtet (Dezember 1983/Januar 1984).

Der Plan der südafrikanischen Regierung, die 226.000 Bewohner der von Schwarzen bewohnten Vorstädte Nyanga, Guguleto und Langa in der Nähe von Kapstadt umzusiedeln, hat den Widerstand von Bürgerrechtler, Gewerkschaften und kirchlichen Gruppen hervorgerufen. Für sie werden derzeit Unterkünfte in Driftsands zwischen Mitchells Plain und Macassar errichtet. Diese neue Siedlung Khayelitsha (Unser Ort) ist nach drei Seiten von Militärgelände abgegrenzt. Nach Ansicht der Bürgerrechts-Liga soll Khayelitsha ein halb-urbanisiertes Homeland werden, dessen einzige Zufahrtsstraße leicht kontrollierbar ist und damit eine ständige Überwachung der dort lebenden Bevölkerung zuläßt.

Auch die rund 5.000 schwarzen Bewohner des Ortes Driefontein sollen in ein "Homeland" umziehen. Auch sie wehren sich. Am 2. April wurde Saul Mkhize, der Vorsteher des Council of Directors, das den Widerstand gegen die Zwangsumsiedlung koordinierte, von der südafrikanischen Polizei erschossen.

Mkhize hatte eine Diskussion über die Umsiedlung auf dem örtlichen Schulhof organisiert. Zwei Polizisten versuchten, die Veranstaltung aufzulösen, indem sie sie für illegal erklärten, zogen sich aber aufgrund des Protests zurück, nachdem sie Tränengas in die Menge geworfen hatten. Von außerhalb des Schulgeländes gab ein Polizist den tödlichen Schuß auf Mkhize ab. Die südafrikanische Polizei reklamierte Notwehr, obwohl nach Augenzeugen die Versammlung friedlich verlaufen war, die Polizisten sich vor dem Schultor auch in keinerlei Bedrängnis befanden. Der Prozeß findet am 28. Februar statt.

Bei der Verhaftung erschossen

In den ersten 7 Monaten des vergangenen Jahres hat die südafrikanische Polizei nach eigenen Angaben in 502 Fällen auf Personen geschossen. 140 wurden dabei

getötet, die anderen verletzt. Die meisten hätten sich der Festnahme widersetzt oder Fluchtversuche unternommen. Andere werden als Aufrührer, Guerilleros angegeben oder wurden getroffen, als sie in Schußwechsel gerieten. Diese Angaben betreffen nur Fälle, die amtlich untersucht wurden. Die Statistik zählt auch nicht die Angriffe von Sonderpolizeieinheiten. Die Bahnpolizei schoß im ersten Halbjahr 1983 auf 33 Personen und tötete sieben.

In den Gefängnissen totgeschlagen

Totschlag und Mißhandlungen durch Polizei und Wachpersonal auch in den Gefängnissen. Im September 1983 wurden acht Gefängniswärter von einem Johannesburger Gericht von einer Mordanklage freigesprochen. Den Beamten war vorgeworfen worden, im Dezember 82 drei schwarze Zwangsarbeiter auf der Gefängnisfarm Barberton zu Tode geprügelt zu haben. Sechs der Angeklagten wurden lediglich der Körperverletzung für schuldig befunden. Die beim Dammbau in Transvaal eingesetzten Häftlinge hatten sich gegen Schwerstarbeit in sengender Hitze gewehrt. Sie waren daraufhin mit Gummiknüppeln zusammengeschlagen worden. Die Richter jedoch sprachen in ihrem Urteil von "Meuterei", was es unmöglich mache, die Rolle der Beamten einzuschätzen. Barberton gilt als eines der berüchtigsten Gefängnisse des Landes. Elf Gefangene wurden in den ersten 10 Monaten 1983 dort erschlagen oder erschossen.

'Kleine Apartheid'

"Das war einmal. Inzwischen gehören zahlreiche getrennte Einrichtungen der Vergangenheit an. Es ist erklärte Politik der südafrikanischen Regierung, jegliche Diskriminierung, die auf Hautfarbe beruht, zu beseitigen", läßt eine Propagandabroschüre der südafrikanischen Botschaft in der Bundesrepublik, "Südafrika kontrovers" (1981) verbreiten. Noch rechtzeitig zur Urlaubssaison im Dezember 83 wurden als besonders reizvoll geltende Strände Durbans zum Schutze weißer Exklusivität und für alle sichtbar wieder entsprechend beschildert, nachdem der Stadtrat zuvor beschlossen hatte, die Rassenschränke dort aufzugeben. Der Beschuß war von der übergeordneten Verwaltung kassiert worden, sehr zur Freude der Durbaner Hoteliers, die wegen des Zugangs Schwarzer zum Strand schwere Einbußen befürchtet hatten.

130.000 R (ca. 300.000 DM) läßt es sich der Stadtrat der Hauptstadt Pretoria kosten, um für 17 Parks und Grünanlagen die 1974 aufgehobene Reservierung für Weiße wieder rückgängig zu machen und Zäune und Schilder aufzustellen,

die alle Schwarzen "ausgenommen schwarze Kindermädchen mit weißen Kindern" fernhalten sollen. Die Schwarzen, so die Begründung, hätten "weiße Passanten zu oft belästigt und die Grünanlagen zu sehr verunreinigt."

Verhaftungen ohne Anklage

Die wachsende politische Aktivität in ganz Südafrika im Jahre 1983 hat zu einer Zunahme von Verhaftungen ohne Anklage unter den verschiedenen Sicherheitsgesetzen geführt. Der Protest richtete sich gegen das Erziehungswesen, gegen die steigenden Lebenshaltungskosten v.a. durch Erhöhung der Mieten und Fahrpreise und gegen die Verfassungsvorschläge.

Bis Ende November können nach Unterlagen vom Detainees Parents Support Committee, vom Südafrikanischen Kirchenrat (SACC), vom South African Institute of Race Relations und vom Londoner "Focus on Repression in Southern Africa" (idaf) 371 Personen benannt werden, die ohne Anklage inhaftiert wurden. Die Dunkelziffer dürfte höher liegen. Die Polizei veröffentlicht keine Namen und Zahlen. Meist trifft die Verhaftung die Angehörigen völlig unerwartet. Die meisten wissen nicht, ob und welche rechtlichen Schritte sie unternehmen können. Sie halten still.

Besonders intensiv war die Repression im vergangenen Jahr für die Bewohner der Ciskei zu spüren. Wir berichteten darüber im Informationsdienst 10/11 '83. Neben Gewerkschaftern waren dort v.a. Mitglieder der United Democratic Front (UDF) der Verfolgung ausgesetzt, wie etwa der Generalsekretär der Katholischen Bischofskonferenz im Südlichen Afrika und Förderer der UDF, Smangaliso Mkhathwana, dessen Bann erst im Juli 83 aufgehoben war.

Veranstaltungsverbote

In der Periode vor dem Referendum vom 2. November nahmen die Pressionen gegen die UDF zu. Mitglieder und Sympathisanten wurden durch die Sicherheitspolizei verhört. Büros wurden untersucht, Flugblätter und Broschüren beschlagnahmt. Razzien durch Beamte der Rauschgift-Abteilung sollten Angehörige krimineller Handlungen verdächtigen.

Im Vorgehen gegen die UDF wurde eine neue Taktik des Staatsapparates sichtbar. Die Organisation wurde nicht mit einem generellen Verbot oder Bann belegt. Das hätte die internationale Aufmerksamkeit noch mehr auf sie gelenkt. Die Behörden untersagten einzelne Veranstaltungen oder belegten sie mit hohen Auflagen, um den Einfluß der UDF in Grenzen und unter Kontrolle zu halten. Die meisten dieser Bannungen wurden

unter Berufung auf das Gesetz zur Inneren Sicherheit (Internal Security Act, 1982, Section 46) von den jeweiligen Distriktsbehörden ausgesprochen. Im Oktober wurde fast jede Kundgebung der UDF mit Verbot belegt. In einem Fall, für eine Veranstaltung in Kapstadt, konnte die UDF eine Aufhebung des Banns durch den Obersten Gerichtshof erwirken. Zwei Argumente hatte die UDF geltend gemacht: Jeder Südafrikaner müsse das Recht haben, über den Verfassungsvorschlag zu debattieren und bisher seien die Kundgebungen der UDF allesamt friedlich verlaufen entgegen den Befürchtungen und Provokationen der Behörden. Juristische Beobachter sehen in der Aufhebung der Bannverfügung allerdings keinen Präzedenzfall, sondern rechnen in Zukunft mit härteren Restriktionen gegen oppositionelle Gruppierungen.

Schikanen gegen Gewerkschaften

Auch die Gewerkschaften sahen sich 1983 weiter starkem Druck von Seiten der Staatsorgane ausgesetzt. Veranstaltungen konnten nur unter bestimmten Auflagen abgehalten werden oder wurden verboten, Funktionäre und Organisatoren wurden unter den Sicherheitsgesetzen verhaftet. Neben diesen direkten Angriffen auf die Gewerkschaftsarbeit gibt es eine Reihe mehr verborgener Restriktionen gegen Gewerkschafter und Arbeiter. Da sind z.B. der Trespass Act, der von Unternehmen und Polizei häufig angewandt wird, streikende oder unbarmäßige Arbeiter aus dem Fabrikgelände zu entfernen, oder die Passgesetze, die u.a. erlauben, streikende Arbeiter in die Bantustans abzuschlieben.

Mit solchen Schwierigkeiten wurden im vergangenen Jahr Gewerkschaften konfrontiert, die versuchten, die Minenarbeiter zu organisieren. Obwohl von der Bergwerkskammer anerkannt, sahen sie sich weiter staatlichen Widerständen ausgesetzt. Im Februar unterwarf die Polizei zwei Organisatoren einem Verhör auf dem Minengelände; zwei andere wurden wenig später inhaftiert, weil sie die vom Passgesetz vorgeschriebene Mieterlaubnis nicht beibringen konnten. Als im Juni die National Union of Mineworkers (NUM) eine Generalversammlung einberufen wollte, wurde sie von der Polizei nachdrücklich darauf hingewiesen, daß Veranstaltungen im Freien unter das Gesetz gegen aufrührerische Versammlungen fielen. Die Unternehmensleitung verbot daraufhin jegliche Versammlung auf Firmengelände.

Zu einem Hauptinstrument des Apartheidregimes gegen Gewerkschaften entwickeln sich immer mehr die Bantustans-Administrationen. Ihnen obliegt nicht nur die Kontrolle der Arbeitslosen und die

Bereitstellung billiger Arbeitskräfte, sondern ebenso die Überwachung der Pendler, die im 'Bantustan' leben und täglich zur Arbeit in die weißen Gebiete fahren müssen. Im Mai vergangenen Jahres kündigte der 'Arbeitsminister' der Ciskei an, die Wanderarbeiter — der "wichtigste Exportartikel" und das "schwarze Gold des Landes" — einer Disziplinargesetzgebung zu unterwerfen, die nach den Richtlinien der Militärgerichtsbarkeit entwickelt werden solle. Über das Vorgehen der Ciskei-Marionettenregierung gegen Pendler und v.a. gegen die Gewerkschaft SAAWU haben wir unlängst (a.a.O.) berichtet.

Im März wurde bekannt, daß Bophuthatswana ein Gesetz zur Zulassung von Gewerkschaften vorbereitet. Die meisten Arbeiter dieses Bantustans arbeiten als Pendler vornehmlich im Gebiet von Pretoria. Ihr Organisationsgrad ist relativ hoch. Sollten die Entwürfe Gesetz werden, müßten sie Mitglied einer Bantustangewerkschaft werden und verlören damit das Organisationsrecht an ihrem Arbeitsplatz.

Politische Prozesse und Folter

Über hundert Personen standen im vergangenen Jahr aus politischen Gründen vor Gericht. Die Anklagen waren erhoben worden nach dem Gesetz gegen den Terrorismus und dem Gesetz zur Inneren Sicherheit. Den Angeklagten wurde vorgeworfen: Aktivitäten und Kurierdienste für den ANC, versuchte Landesflucht zwecks Militärausbildung für den Untergrund, Tragen von ANC-Farben, Besitz gebannter Literatur.

In den politischen Prozessen wurde wiederholt die Anwendung von Folter zur Erpressung von Geständnissen bestätigt. Vor dem Obersten Gerichtshof der Ciskei sagten William Duna, Dumisani Maninjwa und Luyanda Mayekiso über ihre Mißhandlungen durch die Sicherheitspolizei aus. Duna wurde mit einem Schlauch warmes Wasser durch den After in den Magen gepumpt bis zum Erbrechen. Maninjwa sollte durch Auspeitschen mit scharfen Drähten zur Selbstbeschuldigung gebracht werden. Mayekiso erhielt Schläge und Tritte in die Genitalien. Sein Kopf wurde in den Schlauchreifen eines Autos gezwängt, bis er das Bewußtsein verlor.

Am 9. Juni 1983 wurden in Pretoria die drei ANC-Kämpfer Simon Mogurane (23), Jerry Mosololi (25) und Marcus Motau (27) gehängt. Sie hatten an einem Angriff auf eine Polizeistation teilgenommen, bei dem 4 Polizisten ums Leben kamen. Das Urteil wurde vollstreckt trotz zahlreicher in- und ausländischer Proteste und Petitionen.

namibia

Repression in Namibia 1983

Alrun Hürter

Informationen aus Namibia über Verhaftungen und Verfolgungen aus politischen Gründen, über das willkürliche Vorgehen von Farmbesitzern und Unternehmen gegen schwarze Untergebene, über die Übergriffe der Besatzungsarmee sind so spärlich, daß sie eher ein Puzzle als eine Analyse ermöglichen. Der Artikel greift nur einige dokumentierte Beispiele, die "Spitze des Eisberges", heraus. Auf die präzise Wiedergabe der Durchführung von "Repressionen" hat die Autorin verzichtet. Ausführliche Beschreibungen sind nachzulesen im "focus on political repression in Southern Africa" (1).

Die Informationsmöglichkeiten aus und über Namibia wurden zu Beginn des vergangenen Jahres durch eine neue Zensurverordnung weiter eingeengt. Seit Ende Februar 1983 dürfen Berichte über militärische Operationen nur noch nach der Zensur durch die südafrikanischen Streitkräfte (SADF) veröffentlicht werden. Die neuen Verordnungen beziehen sich insbesondere auch auf das Verbreiten von Nachrichten, die nach Meinung der Militärs 'demoralisierend' wirken könnten. Primär zielt die Verordnung auf die Kontrolle der Medien ab, strafbar machen können sich jedoch auch Privatpersonen, die dem Zensor nicht genehme Informationen weitergeben oder verbreiten.

Pressezensur

Eine Folge der neuen Zensurverordnung ist, daß es praktisch keine Nachrichten über die PLAN (People's Liberation Army of Namibia) oder die Operationen der südafrikanischen Besatzungstruppen gibt, außer in den offiziellen Bulletins der SADF. Aktiv wurde die Zensur aber auch, als der Windhoek Observer nach dreijähriger Recherche einen Bericht über Massengräber in Namibia veröffentlichten wollte. Die Redaktionsräume wurden durchsucht, die Fotos der Massengräber beschlagnahmt und der Verleger erhielt die Auflage, die Lieferanten der Fotos zu denunzieren. Eine Journalistin der gleichen Zeitung wurde bei ihrer Rückkehr von der Namibia-Konferenz der UNO in Paris im April 1983 für mehrere Stunden von der Geheimpolizei festgehalten, die Konferenzpapiere wurden beschlagnahmt und ein Teil davon wurde anschließend offiziell gebannt. Ebenfalls gebannt wurde der Namibia-Bericht der Southern Africa Catholic Bishops Conference über die Zustände in dem Operationsgebiet der SADF (in Namibia 1981). Mehrere südafrikanische Zeitungen, die über eine Pressekonferenz zu dem Bericht von Erzbischof Hurley Artikel veröffentlicht hatten, waren darauf hingewiesen worden, daß sie möglicherweise mit einer Anklage zu rechnen hätten.

Verhaftungen

Die Anzahl der Verhafteten in Namibia ist schwierig festzustellen, da Verhaftungen nach Verordnung AG 9 sich rechtlich einzig dadurch auszeichnen, die Willkür der Verhafter abzusichern. AG 9 ermöglicht die Inhaftierung ohne Haftbefehl für 30 Tage zum "Verhör", ohne Vorführung bei einem Haftrichter, ohne Recht auf Beistand durch eine Rechtshilfe oder die Benachrichtigung der Familie. Die Haftzeit kann durch den General-Administrator verlängert werden, in der Praxis tun dies jedoch die für die Verhaftung zuständigen jeweiligen Stellen eigenmächtig. Berichte über Massenverhaftungen nach AG 9 wegen angeblicher Unterstützung der SWAPO liegen aus dem Kavango-Distrikt, Kaoka-Land und aus Ovamboland vor.

Wie Verhaftungen nach AG 9 ablaufen, zeigt die Beweisaufnahme mehrerer Gerichtsverhandlungen im vergangenen Jahr. Am besten dokumentiert ist der Fall des Bauern Johannes Kakuva, der Mitte Juni vom Obersten Gerichtshof in Windhoek abgeschlossen wurde. J. Kakuva war 1980 wegen des Verdachts auf Unterstützung der SWAPO mit 25 anderen verhaftet worden und wurde seitdem vermisst. Seine Frau und sein Bruder klagten daraufhin gegen den südafrikanischen Polizeiminister und gegen den General-Administrator. Polizeizeugen versuchten, das Verschwinden J. Kakuvas mit dessen angeblichem Überlaufen auf die südafrikanische Seite zu erklären und behaupteten, er sei zu der SWAPO gegangen, um dort als Agent zu arbeiten. Der Gerichtshof kam jedoch – das erste Mal in der Rechtsgeschichte des Landes – zu dem Ergebnis, daß in Namibia ein politischer Gefangener in der Haft zu Tode gekommen sei. Die Beweisaufnahme brachte weitere Belege für die in der Haft üblichen Foltermethoden. Ein Zeuge beschrieb, daß J. Kakuva nach der Folter nicht mehr atmete und daß versucht wurde, ihn mit kalten Wassergüssen wiederzubeleben. Der Zeuge sagte aus, er selbst habe eine Woche in einer Toilette verbringen müssen, in der er nur

SWAPO in Namibia militärisch aktiv

Daß die südafrikanische Armee bei ihrer Invasion in Angola ihr selbst proklamiertes Ziel, eine Offensive des PLAN, dem militärischen Arm der SWAPO, zu Beginn der Regenzeit zu verhindern, verfehlt hat, läßt sich aus Meldungen der Südwestafrikanischen Territorial Streitmacht (SWATF) entnehmen. Danach befinden sich PLAN-Guerilleros im Süden der Ovambo- und Kavango-Kriegszone, mitten im "weißen" Farmgebiet. Und am 15.1.84 wurde eine Getränkefabrik in Oshakati, dem Zentrum der Ovambo-Kriegszone, durch einen Bombenanschlag zerstört.

Solidarity News Service 27.1.84

im Stehen schlafen konnte. Dabei waren ihm die ganze Zeit die Augen zugebunden, die Augenbinde wurde ihm nur zum Essen abgenommen. Er erhielt während dieser Zeit kein Wasser, um sich waschen zu können. Anschließend wurde der Zeuge über 2 Monate in einem Zelt gefangen gehalten, in dem die Häftlinge mit Ketten paarweise aneinander gefesselt waren, eine weitere Kette fesselte sie an einen Pfeiler in der Mitte des Zeltes. In seinen vier Haftmonaten erhielt der Zeuge weder eine rechtliche Begründung seiner Inhaftierung noch konnte er Kontakt mit einem Rechtsanwalt oder mit einem Richter aufnehmen. Die Verletzungen, die ihm bei der Folter zugefügt wurden – bzw. beim 'Verhör' –, wurden zwar in einem Krankenhaus behandelt, er durfte jedoch nicht mit einem Arzt sprechen. Weitere Aussagen von anderen Zeugen – auch in anderen Prozessen oder vor Untersuchungskommissionen – bestätigen die Praxis des Anlegens von Augenbinden, Schlägen beim Verhör, Auspeitschen, die Anwendung von Elektroschocks. Die Zeugenaussagen werden durch medizinische Gutachten gestützt. Bei der Beweisaufnahme im Fall J. Kakuva beschrieb ein Architekt aus Windhoek den Raum, in dem die Gefangenen sich aufzuhalten mußten, als so klein, daß ein Aufrechtstehen darin unmöglich gewesen sei; der Raum habe weder natürliches Licht noch eine ausreichende Belüftung gehabt. Er berichtete auch von dem Bau neuer Gefängnisbaracken, die das Zelt ersetzen sollen. Der Architekt beschrieb den Neubau als 'Folterkammern', die aus zwei fensterlosen Schlafzellen bestünden. Zwischen den Zellen befindet sich ein Loch im Boden, das mit einer Wellblechplatte abgedeckt werden könnte, und das der Größe eines menschlichen Körpers entspreche. Er vermutete, daß dieses Loch für Häftlinge konstruiert worden sei. Es gibt – in einem anderen Zusammenhang – die Aussage eines nach AG 9 Verhafteten, der eine Nacht in einem derartigen Loch, das mit einer Platte abgedeckt wurde, zubringen mußte. Es gibt auch Berichte über die Unterbringung

von Gefangenen in Käfigen, die Erinnerungen an Fotos aus dem Vietnam-Krieg wach werden lassen.

Der Oberste Gerichtshof rief auch den Kommandeur der Geheimpolizei in Namibia, Brigadier van der Merwe, in den Zeugenstand. Der Brigadier mußte hier bezeugen, was seine Kameraden den Medien zu berichten verbieten — daß die Aktivitäten der SWAPO in Kaoka-Land die militärische Kontrolle der Südafrikaner über das Gebiet erfolgreich unterminiert haben. Aus diesem Grund beschlossen — wie van Merwe sagte — Gemeinpolizei, SADF und SAP gemeinsam, die Lage wieder in den Griff zu bekommen durch eine gezielte Propagandaarbeit, das Aussetzen von Kopfprämien und durch die 'Entfernung jener Leute aus ihrer Gemeinschaft, die mit den Infiltratoren kooperieren'. Auf diese Weise wurde auch J. Kakuva 'entfernt', und nach den Aussagen des Brigadiers entsprechen das Anlegen von Augenbinden zur Verhinderung der gegenseitigen Identifizierung der Gefangenen und die Geheimhaltung der Angaben über Verhaftungen ebenfalls den als für sicherheitspolisch notwendig gehaltenen Gepflogenheiten der südafrikanischen Okkupatoren. Frau Kakuva fürchtet indessen seit dem Urteilsspruch des Obersten Gerichtshofs die Racheaktionen von Militär und Polizei gegen ihre Familie.

Sondereinheit Koevoet

Angst haben auch die Zeugen, die in mehreren Prozessen gegen Angehörige der Sondereinheit Koevoet aussagten, einschließlich eines Polizeioffiziers. Ein Vorgesetzter der Sondereinheit beschrieb das Vorgehen von Koevoet vor Gericht folgendermaßen: seine Männer begeben sich in den Ort, in dem die Guerilla aufgetaucht ist; ein Teil seiner Leute verfolgt die Spuren, ein anderer Teil verhört die Einwohner der Siedlung; mutmaßliche Guerilleros in Zivilkleidung werden nach Oshakati gebracht, wo es die für Verhöre geeigneten Spezialeinrichtungen gibt.



In zwei Fällen stellten die Gerichte fest, daß Gefangene kurz nach der Festnahme mißhandelt wurden und an ihren Verletzungen starben. Die Gerichte wiesen zwar die offensichtlichen Falschaussagen von Koevoet zurück, und die Bevisaufnahmen bestätigten in beiden Fällen die fast unvorstellbare Brutalität des Vorgehens der Sondereinheit, Schuldige wurden aber in beiden Fällen nicht gefunden. Eine ganze Reihe von Berichten bezeugen den Terror, den Koevoet in ihrem Einsatzgebiet ausübt — systematische Folter auch ohne Verdacht auf SWAPO-Unterstützung, schwere Körperverletzung, Einschüchterung der Zivilbevölkerung. Zu einem Schulterspruch kam es im September vor dem Obersten Gerichtshof in Windhoek gegen zwei Angehörige von Koevoet wegen Mordes, Mordversuch, Vergewaltigung und Raubüberfällen in mehreren Dörfern in Ovamboland. Der Richter stellte fest, die Bevisaufnahme habe 'beunruhigende Zustände in Ovambo' aufgezeigt. Der Urteilsspruch wurde wegen der Einholung von psychiatrischen Gutachten bis zum Dezember vertagt.

Am 7.12. wurde gemeldet, daß einer der beiden Angeklagten zum Tode verurteilt wurde. Sein Komplize erhielt eine zwölfjährige Haftstrafe. Normalerweise werden bei Verhaftungen nach AG 9 keine Gutachten eingeholt und in anderen Fällen wird auch verständnisvoll die Berücksichtigung der besonderen Bedingungen, unter denen Soldaten im Krieg in Namibia leben müssen, in das Gerichtsverfahren mit eingebracht.

Repression gegen Frauen

Angehörige der Streitkräfte beschäftigen inzwischen die Gerichte mit einem Drittel aller behandelten Kriminalvergehen. Ein großer Teil davon hat Vergewaltigungen und andere Körperverletzungen zum Verhandlungsgegenstand. In einem Fall argumentierte die Verteidigung, eine Frau sei während des Verhörs lediglich zur Verhinderung ihrer Flucht ausgezogen und gefesselt worden; die dabei stattfindende Vergewaltigung durch mehrere Soldaten habe ihr dabei weder physisch noch psychischen Schaden zugefügt. Im übrigen müßten die "besonderen Bedingungen" in Erwägung gezogen werden. Der Urteilsspruch lautete auf zwei Jahre. In anderen Fällen, in denen Soldaten — in einem Fall mit der Begründung, das Leben in der Armee sei so frustig — wegen Vergewaltigung angeklagt wurden, waren die Strafen ähnlich niedrig. Ein weißer Farmer- und Politikersohn, der mit Freunden zusammen für den brutalen Tod einer betrunkenen jungen schwarzen Frau verantwortlich war, kam mit der Kavalierestrafe von 250 Rand oder 50 Tagen

Gefängnis und einer dreijährigen Bewährungsfrist wegen schwerer Körperverletzung davon.

Ida Jimmy dagegen, die einzige Frau, von der bekannt ist, daß sie aus politischen Gründen inhaftiert wurde, erhielt wegen der Aufforderung zur Unterstützung des Befreiungskampfes eine Haftstrafe von 7 Jahren. Sie wurde 1980 verurteilt und bis Mitte 1983 war nicht bekannt, in welchem Gefängnis sie sich befindet. Sie darf von ihrer Mutter besucht werden, mit der Auflage, Afrikaans und nicht Nama zu sprechen, was neben der ständigen Überwachung des Besuchs die Kommunikation stark einschränkt, da die Mutter nur sehr wenig Afrikaans beherrscht. Ida Jimmy hat vier Kinder, die bei ihrer Mutter leben müssen. Das jüngste Kind, das 1980 im Gefängnis geboren wurde, starb im Mai 1983. Der Antrag der Anwälte auf einen Hafturlaub für die Beerdigung wurde abgelehnt.

Allgemeine Lage

Am 26. Mai 1983 wurde Angula Mwaala als SWAPO-Guerillero wegen Mordes und Diebstahl zu 21 Jahren Haft verurteilt. Er wurde für schuldig befunden, die Ermordung eines Landarbeiters, der nach Aussagen seines Arbeitgebers und seiner Frau Mitglied der SWA Territory Force war und der im Jahr zuvor einen SWAPO-Befreiungskämpfer erschossen hatte, billigend in Kauf genommen zu haben.

Der Evangelist Timoteus Nakale und seine Frau Hiletia, beide über 70 Jahre alt, verließen fluchtartig ihr Dorf im Norden von Ovamboland, in dem sie in den vergangenen 17 Jahren gelebt hatten. Der Flucht vorausgegangen waren ein Verhör von Hiletia Nakale durch eine Gruppe bewaffneter Männer, die Ermordung eines benachbarten Bauern, die Verwüstung ihres Hauses durch eine Gruppe bewaffneter Männer während ihrer verängstigten Zuflucht in einem Nachbardorf nach dem Verhör von Hiletia Nakale und die zweimalige Zurückweisung einer Anzeige bei der Polizei. Timoteus Nakale hat nach seiner Flucht von anderen Dorfbewohnern über weitere Morde und Schlägereien, Verhaftungen und regelmäßige Besuche von Gruppen bewaffneter Männer gehört. Viele Lehrer, darunter auch sein Sohn, sind in eine andere Gegend in Ovamboland geflohen. Bei der Gruppe bewaffneter Männer handelt es sich wahrscheinlich um die Sondertruppe der SADF Koevoet.

Anmerkung:

- Quellen — Focus on political repression in Southern Africa. Nr. 45 - 50, März 1983 - Februar 1984, London: IDAF;
- Namibia — Detentions in the North, July - September 1983, London: Amnesty International.

Operation Askari

Südafrikas jüngster Überfall auf Angola

Karoline Busch

Seit ihrer Unabhängigkeit im Jahre 1975 ist die Volksrepublik Angola ständiges Ziel südafrikanischer Aggressionen. Anfang Dezember 1983 starteten Apartheidtruppen eine weitere Großoffensive gegen Angola. In ihrem Verlauf kam es zu den heftigsten militärischen Auseinandersetzungen im Südlichen Afrika seit der "Operation Protea" im Jahre 1981, die zur Besetzung eines Gebietes von 50 000 qkm im Süden Angolas durch die südafrikanische Armee führte.

In der bundesdeutschen Öffentlichkeit wurde – getreu der Version Pretorias – der Eindruck erweckt, das Ziel der südafrikanischen Großoffensive sei die Verhinderung bevorstehender militärischer Aktionen der SWAPO gewesen und nach erfolgreichem Verlauf ihrer Operationen seien die südafrikanischen Truppen von angolanischem Territorium abgezogen. Diese Darstellungen entsprechen nicht der Wahrheit. Pretorias Truppen halten weiterhin Gebiete im Süden Angolas besetzt. Von einem Rückzug kann also nicht die Rede sein.

Chronologischer Abriß der Ereignisse

Nach eigenen Angaben begann die jüngste Militäroperation der Südafrikaner am 6. 12.83. (FAZ 31.12.83). 9000 südafrikanische Soldaten waren daran beteiligt (NZZ 17.1.84). 3 motorisierte Infanteriebrigaden, 4 Artillerieeinheiten mit 140 mm und 155 mm Geschützen, 2 Fallschirmspringer-Bataillone, 100 Kampfflugzeuge und -hubschrauber sowie AML-90, AML-60 und MX-Panzer wurden eingesetzt. (Brief des angolanischen Präsidenten dos Santos an UN-Generalsekretär Perez de Cuellar vom 31.12.83).

Zu den ersten Zusammenstößen mit der regulären angolanischen Armee (FAPLA) kam es, als am 14.12.83 von Xangongo, einem von der südafrikanischen Armee besetzten Ort in der Provinz Kunene, 4 südafrikanische Armeekolonnen in Richtung angolanischer Militäreinheiten bei Mulondo (Provinz Kunene) aufbrachen. Am 17.12.83 griffen 17 südafrikanische Mirage-Bomber die FAPLA-Stellungen bei Mulondo an. Nachdem die südafrikanischen Bodentruppen zurückgeschlagen worden waren, kam es in den folgenden Tagen zu wiederholten Luft- und Artillerieangriffen auf die Stadt. Gleichzeitig flogen die Südafrikaner Angriffe auf Caiundo und Bimbe in der Provinz Kuando-Kubango.

Am 22.12.83 besetzten südafrikanische Truppen die Ortschaft Kassinga (Provinz Huila), mehr als 200 km von der Grenze zu Namibia entfernt. Kassinga ist jener Ort, in dem südafrikanische Fallschirmspringer 1978 ein grausames Massaker an namibischen Flüchtlingen verübt hatten. 627 Menschen wurden damals ermordet – in der Mehrzahl Kinder und Frauen – und 688 verwundet.

Allein bei den Bombardierungen der Ortschaften Cahama (Kunene), Cuvelai (Kunene), Caiundo, Kassinga und Mulondo am 24.12.83 wurden Dutzende angolanischer Zivilisten getötet und hunderte verwundet. Auch in den folgenden Tagen hielten die südafrikanischen Angriffe an.

Am 29.12.83 bombardierte die südafrikanische Luftwaffe die Ortschaft Luiovo (Huila), 16 km von der Provinzhauptstadt Lubango entfernt. Die südafrikanische Regierung behauptete danach – wie schon mehrmals bei Überfällen auf Angola –, das Hauptquartier der SWAPO zerstört zu haben. Die Opfer waren jedoch einmal mehr angolanische Zivilisten. Um die Jahreswende 83/84 fanden heftige Kämpfe vor allem bei Cuvelai und Caiundo, statt. Dabei setzten die Südafrikaner auch chemische Waffen gegen angolanische Truppen und Zivilbevölkerung ein – ein Verstoß gegen die Internationale Konvention zur Verhinderung des Einsatzes chemischer Waffen.

Der südafrikanische Verteidigungsminister, General Magnus Malan, kündigte am 8.1. 84 den Rückzug der südafrikanischen Truppen aus Angola an, nachdem "die gesamte Kommandostruktur, Stützpunkte und Versorgungslager der SWAPO in Angola zerschlagen worden seien" (Generalstabschef Ian Gleeson, FR 9.1.84). Am 15.1.84 hat Südafrika nach Angaben eines Militärsprechers sein letztes Kontingent aus Südangola abgezogen (FR 16.1.84). Entgegen diesen Verlautbarungen finden weitere Angriffe südafrikanischer Truppen statt. Der UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar berichtete am 11.1.84 vor dem UNO-Sicherheitsrat, daß sich die militärische Lage in Südangola gegenüber der

Vorwoche grundsätzlich nicht verändert habe. Südafrika halte weiterhin einen Teil des Landes besetzt (TAZ 13.1.84, UZ 1.84).

Dies wird auch in einem Brief des angolanischen Geschäftsträgers bei der UNO, Antonio Tombia, vom 24.1.84 an den UNO-Sicherheitsrat deutlich. Dort listete er 7 Orte im Süden Angolas auf, in denen 8 südafrikanische Infanterie-Bataillone und einige Artillerie-Einheiten stationiert sind (Ethiopian Herald 27.1.84).

Südafrikanische Propagandamanöver

Als die südafrikanische Großoffensive gegen Angola schon längst begonnen hatte, von der Weltöffentlichkeit aber noch nicht richtig zur Kenntnis genommen war, versuchte das Apartheidregime, seinen ersten begleitenden Propagandacoup zu landen. In einem Brief vom 15.12.83 an Perez de Cuellar bot Außenminister R. Botha an, die südafrikanischen Truppen vom 31.1.84 an für vorerst 30 Tage aus Angola abzuziehen, sofern Angola garantiere, "daß seine eigenen Truppen, SWAPO und die kubanischen Truppen nicht die sich ergebende Lage ausnützen werden" (Radio Johannesburg 16.12.83). Gleichzeitig betonte Botha erneut, daß Südafrika "nur nach Lösung des Problems der kubanischen Truppen in Angola" bereit sei, die Resolution 435 des UNO-Sicherheitsrates zur Unabhängigkeit Namibias durchzuführen.

Dieser Propagandaschachzug zeigte in den hiesigen Medien Wirkung: "Südafrika will Truppen aus Angola zurückzuziehen" lautet die Überschrift der dpa-Meldung vom 16.12.83. Während über das "Entflechtungsangebot" viel berichtet wurde, fand sich keine Meldung in den großen Tageszeitungen über den gleichzeitig stattfindenden Angriff südafrikanischer Truppen auf Mulondo.

Als das angolanische Verteidigungsministerium die südafrikanischen Angriffe anprangerte, reagierte das Regime in Pretoria zunächst mit Dementis (TAZ 21.12.83). Nachdem die angolanische Seite jedoch Beutestücke und die Ausweispapiere gefallener südafrikanischer Soldaten vorlegte, gab der Chef der südafrikanischen Armee, General Viljoen, am 23.12.83 schließlich zu, "begrenzte Operationen in Angola gestartet zu haben". Er benutzte dabei das bekannte Argument, Südafrika habe das Recht, SWAPO-Truppen auf angolanischem Gebiet zu verfolgen. So wurde es auch in den meisten bundesdeutschen Medien dargestellt. Das nächste Propagandamanöver startete

UNITA-Vertretung in Bonn

Mit der letzten Invasion Südafrikas gegen die Volksrepublik Angola ging auch eine PR-Kampagne zugunsten der UNITA einher.

Unterhielt diese Truppe seit Jahren mit Carlos Kandanda einen ständigen Vertreter in der bayerischen Metropole, so ist ihr mittlerweile die Einrichtung einer Vertretung in der Bundeshauptstadt gelungen. Unweit des Verteidigungsministeriums in Bonn-Hardtberg, Altenburgstraße 41, residieren ein gewisser Sakala und ein weiteres Mitglied jener Bewegung, die im vergangenen Jahr in der Provinz Benguela 66 Tschechoslowaken und 24 Portugiesen entführte, unter ihnen 21 Kinder. Bis heute sind mindestens zwanzig CSSR-Bürger in der Gewalt dieser von Pretoria ausgehaltenen Truppe (FAZ 30.1.83), die sich ebenfalls zu Anschlägen auf Personenzüge bekannt und mordend durch die südlichen und östlichen Provinzen Angolas zieht.

Im Auswärtigen Amt hat man zwar "etwas von UNITA-Leuten in Bonn gehört", näheres sei aber nicht bekannt. Offizielle Kontakte gebe es schon gar nicht. Kontakte zur CSU, Hanns-Seidel-Stiftung und CDU Bundestags- und Europa-Abgeordneten gibt es allerdings genügend.

So reisten im Juli 1983 vier Europa-Abgeordnete — unter ihnen der CDU-Abgeordnete Elmar Brok — auf Einladung Savimbis ins "Unita-kontrollierte Gebiet" in Südangola. Die konservative Mehrheit — u.a. hervorgerufen durch zeitweise Abwesenheit der Sozialisten während der Abstimmung — verhinderte eine Verurteilung dieser Reise durch die beratende Versammlung AKP-EWG am 22. September 1983 in Berlin. CDU/CSU-Kreise bemühen sich seit langem, Savimbi einen diplomatischen Status als "Führer einer Befreiungsbewegung" zu verschaffen.

te das Apartheidregime dann mit der Ankündigung des Rückzuges der südafrikanischen Truppen aus Angola, der am 15.1.84 abgeschlossen worden sein soll. Wieder folgte der größte Teil der Presse dieser Version; die anhaltende Besetzung großer Teile der Provinz Kunene wird einfach verschwiegen.

... Umfunktionierung der Namibia-Frage zum West-Ost-Konflikt

Bisher hat das Ansinnen der USA und

Südafrikas, den Unabhängigkeitsprozeß Namibias entsprechend der Resolution 435 des UNO-Sicherheitsrates vom vorherigen Abzug der kubanischen Truppen aus Angola abhängig zu machen — die sogenannte "Linkage-Frage" —, keine nennenswerte öffentliche Unterstützung gefunden. Selbst in der westlichen Namibia-Kontaktgruppe fanden die USA in dieser Frage keine offene Zustimmung. Im Gegenteil, Frankreich hat das "Linkage" sogar öffentlich kritisiert. Mit gutem Grund ist anzunehmen, daß mit der südafrikanischen Großoffensive auch die Absicht verknüpft war, die "Linkage-Frage" zumindest in den westlichen Staaten zu legitimieren. Denn wenn es gelingen sollte, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, die südafrikanische Aggression sei im Grunde nichts anderes als eine "Konfrontation zwischen Südafrika und angolanisch-sowjetisch-kubanischen Streitkräften", wie es die FAZ am 10.1.84 formuliert, dann würde sicherlich auch das "Linkage" akzeptiert werden. Das Kalkül, hinter dieser Absicht ist simpel. Ist die Unabhängigkeit Namibias erst einmal zu einer Frage des Ost-West-Konfliktes gemacht, dann ist angesichts der gestiegenen Spannung zwischen NATO- und Warschauer-Pakt-Staaten mit einer politischen Lösung der Namibia-Frage in nächster Zeit nicht zu rechnen.

Zur Rolle der NATO

Die Reaktion der NATO-Staaten auf die südafrikanische Aggression erschöpfte sich in verbalen Protesten. Und selbst die waren zum Teil nur halbherzig. Die USA enthielten sich bei beiden Resolutionen des UN-Sicherheitsrates zu diesem Überfall, Großbritannien bei der zweiten. Dabei war schon darauf verzichtet worden, die Forderung der großen UNO-Mehrheit nach bindenden Sanktionen gegen Südafrika in die Resolutionen aufzunehmen.

Ohne die massive politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung der NATO-Staaten wäre Südafrika nicht in der Lage, seine völkerrechtswidrige Politik der Besetzung Namibias und der Überfälle auf die Frontstaaten fortzusetzen. Dies wurde bei der "Operation Askari" erneut deutlich. Fast die gesamte militärische Ausrüstung Südafrikas stammt aus der NATO, sei es direkt oder als südafrikanischer Nachbau.

Die Mirage-Jäger stammen aus Frankreich, die "Impalas" aus Italien; UNIMOG-Militärlastwagen aus der Bundesrepublik. Das 155 mm-Artilleriesystem "G-5" wurde unter dem Namen "FH 70" von der NATO entwickelt und in Südafrika nachgebaut. Die Munition für dieses Geschütz wird in einer von der Firma Rheinmetall errichteten Anlage abgefüllt...

Eine vorläufige Bilanz

1. Südafrikanische Truppen befinden sich weiterhin in dem seit 1981 besetzten Gebiet im Süden Angolas. Dabei kommt es immer wieder zu militärischen Auseinandersetzungen mit der FAPLA.

2. Den Südafrikanern ist es in den letzten Kämpfen nicht gelungen, einen entscheidenden Vorteil zu erringen. Von den besonders angegriffenen Orten Mulondo, Cahama, Caiundo, Cuvelai und Kassinga konnten sie nur letzteren einnehmen.

3. Die südafrikanischen Truppen mußten empfindliche Verluste hinnehmen. Nach eigenen Angaben, die sicherlich tief gestapelt sind, verloren sie 21 Mann; angolanische Zahlenangaben darüber gibt es nicht. Die Angolaner konnten allein bis zum 24.12.83 2 Mirage-Flugzeuge, eine 155 mm Artilleriesystem "G-5", 6 gepanzerte Fahrzeuge, 3 Raketenwerfer, ein 60 mm Mörser, einen Unimog-Militärlastwagen, 12 Maschinengewehre und andere militärische Ausrüstungen erbeuten. Mindestens 11 Kampfflugzeuge vom Typ "Mirage" oder "Impala" wurden während der gesamten Offensive abgeschossen, mehrere Panzer zerstört.

4. Die Angriffe der Südafrikaner richteten sich allein gegen angolanische Ziele militärischer oder ziviler Art. Die bewaffneten Kader der SWAPO waren nicht an den Kämpfen im Süden Angolas beteiligt, wie die SWAPO in einer Erklärung am 10.1.84 betonte.

5. Die südafrikanische Aggression richtete wieder einmal immense Schäden in Angola an, wovon die Zivilbevölkerung am meisten betroffen ist. Genaue Angaben über die Zahl der Getöteten und Verwundeten gibt es nicht, doch dürfte sie in die Hunderte gehen. Dörfer, Schulen, Krankenhäuser, Fabriken usw. wurden zerstört. Der Wert der materiellen Schäden, die das Apartheidregime seit

Journalist widerlegt Propagandaberichte

Nach einem im "Windhoek Observer" abgedruckten Reisebericht eines Journalisten sind die Presseberichte über beträchtliche militärische Erfolge der UNITA in Angola Teil einer "Kampagne gezielter Fehlinformation, die den Eindruck erwecken soll, die angolanische Regierung befände sich im Belagerungszustand durch die UNITA." Dem Bericht zufolge gehen die Wiederaufbauarbeiten in Angola weiter. Obwohl die Produktion niedrig sei, arbeiten Fabriken im ganzen Land; die landwirtschaftlichen Produkte gelangen zu den städtischen Märkten, wenn auch zu inflationären Preisen. In Huambo, das laut AFP-Berichten einige Monate zuvor "umzingelt" war, ist nach dem Bericht bei der Bevölkerung keine Loyalität zur UNITA zu bemerken. "Viele Bewohner haben Freunde oder Verwandte, die durch UNITA-Truppen getötet, verwundet oder obdachlos gemacht worden sind." Entgegengesetzt andernautenden Meldungen verkehre die Benguela-Bahn in beiden Richtungen regelmäßig. Windhoek Observer, 23.12.83

Angola-Konsultation in Genf: Der Angolanische Rat Evangelischer Kirchen informiert über die Folgen des Krieges.

Vertreter von Kirchen und Entwicklungshilfeorganisationen aus Kanada, der Bundesrepublik, den Niederlanden, Norwegen, der Schweiz, Großbritanniens und den USA haben sich am 11./12. Januar in den Räumen des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf versammelt, um die Lage in Angola zu beraten. Erschüttert zeigten sich die Anwesenden über Informationen der Delegation des Angolanischen Rates Evangelischer Kirchen (C.A.I.E.): „*Ihre Berichte machen die äußerst schweren Folgen der verwerflichen Angriffe durch die südafrikanischen Streitkräfte innerhalb Angolas während des letzten Monats deutlich. Uns wurde mitgeteilt, daß die Angriffe am 9. Januar immer noch weitergingen, obwohl die westliche Presse behauptete, die Südafrikaner befänden sich schon auf dem Rückzug. Es ist deshalb äußerst schwierig, das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben im Lande aufrecht zu erhalten.*“ Die CAIE-Delegation berichtete auch von der Behinderung der Arbeit der Kirche durch die Destabilisierungsaktion der südafrikanischen Streitkräfte und der UNITA. Insbesondere ihre Entwicklungsarbeit und ihr Hilfsprogramm für die etwa 500 000 Menschen, die in ihrem eigenen Land zu Flüchtlingen geworden sind, würden erschwert.

Pastor Daniel Ntoni-Nzinga, Generalsekretär des CAIE, machte in einer Botschaft an die Angola-Konsultation in Genf auf die Folgen des Krieges aufmerksam:

1. *Die Verletzungen unserer territorialen Integrität und der nationalen Souveränität.*
2. *Das Anwachsen der sozialen Unsicherheit, vor allem in den betroffenen Zonen, wo das Leben unseres Volkes weithin von Mißtrauen und Furcht charakterisiert ist.*
3. *Die massive Vernichtung von Gütern und Personen aller Altersgruppen. Wenn wir die Kosten des Krieges, der uns von denen aufgezwungen wird, die von unserem Elend leben, zu schätzen hätten, so würden wir meinen, daß diese nicht unter 10 Milliarden US-Dollar liegen. Aber diese traurige Schätzung ändert sich täglich, weil unsere Städte, Dörfer, Brücken, Fabriken und unsere Mitbürger täglich durch diese verabscheuenswürdigen Angriffe und Bombardements zerstört werden.*
4. *Die Vergeudung unserer finanziellen, materiellen und menschlichen Ressourcen. Wie in allen Kriegen bezahlt unser Volk den Preis seiner Verteidigung, seiner Unabhängigkeit und territorialen Integrität sehr teuer.*
5. *Der beträchtliche Niedergang der Produktion und der Produktivität. Durch den Krieg sind die Fabriken zerstört, während andere mangels Rohstoffe oder qualifizierter Fachkräfte nahezu gelähmt sind. In den ländlichen Gebieten ist die Produktion ebenfalls sehr niedrig, da viele Regionen von anderen aufgrund der unsicheren Lage abhängen, besonders in den betroffenen Zonen.*
6. *Mangel an Produkten und Waren des täglichen Bedarfs. Die Verletzungen des nationalen Territoriums und der nationalen Souveränität, das Anwachsen der sozialen Unsicherheit, die massive Zerstörung und Zweckentfremdung unserer Ressourcen sowie der Niedergang der Produktion und der Produktivität sind die Hauptgründe des Mangels an Produkten wie Nahrung, Medikamenten, Kleidung und selbst Wohnung. Diese bedauernswerte Situation trägt dazu bei, daß die Sterblichkeitsrate zunimmt. Damit wollen wir sagen, daß außer den Menschen, die durch Waffen umgekommen sind, viele in den Krankenhäusern und Dörfern aufgrund des Mangels an Medikamenten oder an Unternährung sterben.*“

Die Delegierten der Genfer Angola-Konsultation haben alle Kirchen dazu aufgerufen, jeden denkbaren Druck auf ihre jeweiligen Regierungen und Wirtschaftsunternehmen auszuüben, damit diese den vollständigen Abzug Südafrikas aus Angola fordern und dafür arbeiten, und kategorisch jedwede Verknüpfung von inneren Angelegenheiten Angolas mit der Frage der Unabhängigkeit Namibias zurückweisen, auf die mit aller Kraft gedrängt werden muß.“

1975 in Angola angerichtet hat, wird auf über 10 Mrd US Dollar geschätzt. Das entspricht dem Brutto-Inlandprodukt Angolas von 4 Jahren. Die Probleme, die hierdurch allein in wirtschaftlicher Hinsicht hervorgerufen werden, sind kaum vorstellbar (vgl. Infodienst 9/83 S. 16ff und Kasten).

Das Ziel: Destabilisierung Angolas...

Offiziellen südafrikanischen Verlautbarungen zufolge sollten mit der „Operation Askari“ militärische Aktionen der SWAPO während der Regenzeit verhindert werden. Doch die Angriffe der südafrikanischen Gruppen, die sich ausschließlich gegen angolanische Ziele richteten, zeigen, daß es Pretoria vor allem um etwas anderes geht: Die Volksrepublik Angola soll destabilisiert werden.

Und dies geschieht auf mehreren Ebenen. Die ständigen Angriffe Südafrikas zwingen Angola, fast 50% seiner Staatseinnahmen für die Verteidigung des Landes auszugeben. Diese Mittel fehlen natürlich für den Aufbau Angolas. Die ökonomische Entwicklung, das Bildungs- und Gesundheitswesen und alle anderen sozialen Bereiche leiden darunter. Hinzu kommen die immensen materiellen Kriegsschäden, die die Situation bedeutend verschärfen. Südafrika erhofft sich davon, daß der Wunsch der angolanischen Bevölkerung, nach über 20 Jahren Krieg – zuerst gegen die portugiesischen Kolonialisten, dann gegen die südafrikanischen Rassisten, – endlich in Frieden zu leben, in politische Unzufriedenheit mit der MPLA-Regierung umschlägt.

Neben direkter militärischer Aggression bedient sich das Apartheidregime für seine Politik der Destabilisierung der UNITA-Truppen in Angola. Pretoria versorgt die UNITA mit Waffen und sonstigem Nachschub. Sie soll als scheinbar interne Alternative zur MPLA international aufgebaut werden (vergleiche Kasten auf S. 23). Mit ihrer Hilfe will Südafrika in Angola ein Marionettenregime installieren.

Doch diese Politik hat in letzter Zeit einige Rückschläge erlitten. Nach einigen Umorganisationen konnten angolanische Armee und Milizen wachsende Erfolge gegen die UNITA verzeichnen. Und so ist zu vermuten, daß die jüngsten südafrikanischen Angriffe auch das Ziel verfolgten, angolanische Truppen zu binden und damit den verstärkten Druck auf die UNITA abzuschwächen.

Pretorias Politik der Destabilisierung zielt darauf ab, die bedingungslose Unterstützung Angolas für den Befreiungskampf im Südlichen Afrika, speziell der SWAPO in Namibia, zu unterbinden. So hofft das Apartheidregime, seine illegale Besetzung Namibias für die Zukunft sichern zu können.

aktionen

Botha besucht Bonn

Thomas Fues

Der Besuch des südafrikanischen Außenministers Botha in Bonn, die damit verbundenen Proteste und die Südafrika-Debatte im Bundestag haben ein breites Echo in den Medien gefunden. Die öffentliche Auseinandersetzung über die Südafrika-Politik der Bundesregierung hat die Meinungsunterschiede zwischen den Koalitionsparteien aufgedeckt. Aber auch die Forderungen der parlamentarischen Opposition, der Kirchen und der Südafrika-Solidaritätsbewegung wurden öffentlichkeitswirksam zur Diskussion gestellt.

Der Auftakt

Franz-Josef Strauß, der heimliche Außenminister dieser Republik, inszenierte gekonnt den Auftakt einer anhaltenden innenpolitischen Auseinandersetzung über Südafrika-Politik der Bundesregierung. Sein Besuch im Land der Apartheid Anfang November letzten Jahres anlässlich der Einweihung eines neuen BMW-Zweigwerks war der unmißverständliche Versuch, die Politik des Außenministers Genscher vor Ort zu torpedieren. Er begrüßte die Verfassungs-“Reform” und ermunterte Südafrika, seinen Weg weiterzugehen, während das Außenministerium auf vorsichtige Distanz gegangen war.

Der Besuch

Wenige Wochen später (30.11.83) wurde der südafrikanische Außenminister Roelof Botha zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Bonn empfangen, dem ersten seit 4 Jahren. Nach Ankündigungen des Außenministeriums sollte es sich hier um eine Routineangelegenheit handeln, bei der die Lage im Südlichen Afrika, vor allem der Stillstand bzw. Rückschritt bei den Bemühungen für die Unabhängigkeit Namibias im Mittelpunkt stehen sollte. Neben einem Gespräch mit Außenminister Genscher traf Botha auch mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Strauß, führenden Unionspolitikern und Wirtschaftsvertretern zusammen. Eine von südafrikanischer Seite gewünschte Begegnung mit Bundeskanzler Kohl kam dagegen nicht zustande, da der Kanzler auf Anraten von Genscher den Gast mit dem Angebot eines 10-Minuten-Terms brüskierte (1). In bundesdeutschen, südafrikanischen und internationalen Kommentaren wurde die Atmosphäre des Besuchs insgesamt als frostig und für die Südafrikaner enttäuschend bezeichnet. Die Unterredung mit Genscher brachte keinerlei neue Standpunkte oder Vereinbarungen.

Die Proteste

Schon im Vorfeld des Besuchs hatte es zahlreiche Proteste von Kirchen, Südafrika-Solidaritätsgruppen und den Grü-

nen im Bundestag gegeben. Die Bundesregierung wurde u.a. aufgefordert, bei Botha zugunsten inhaftierter Oppositioneller zu intervenieren. Die zahlreichen Appelle verfehlten ihre Wirkung nicht. Das Außenministerium gab nach dem Besuch bekannt, daß sich Genscher für eine Reihe von politischen Gefangenen eingesetzt habe, bei Botha aber auf völlige Ablehnung gestoßen sei. Auch die immer zahlreicher gewordenen Verweigerungen der Einreiseerlaubnis für Einzelpersonen und Mitarbeiter apartheidkritischer Organisationen wurden von Genscher angesprochen, ohne daß es zu südafrikanischen Zugeständnissen oder bundesdeutschen Sanktionsdrohungen gekommen wäre.

Die Bundestagsdebatte

Die Grünen im Bundestag hatten die Vi-

site Bothas zum Anlaß genommen, für den darauffolgenden Tag eine Aktuelle Stunde des Bundestags zu beantragen. Ihrer Meinung nach war der Besuch wenige Wochen nach der sog. Verfassungsreform ein skandalöser Vorgang und eine gezielte Aufwertung des rassistischen Regimes. Auf einer vorangegangenen Pressekonferenz hatte Botha die Debatte als “große Ehre” für sein Land bezeichnet. Den Grünen empfahl er, sich lieber um Hungersnöte in den Trockenheitsgebieten Schwarzafrikas zu kümmern. Er wolle dabei gerne Kontakte für Hilfsmissionen herstellen. Die einstündige Debatte im Bundestag, die erste zu Südafrika seit mehreren Jahren, entwickelte sich zu einer hitzigen Redeschlacht. Für die Bundesregierung wiederholte Genscher seine verbale Verurteilung der Apartheid, wies aber jede Kritik an seiner Südafrika-Politik zurück und distanzierte sich von jeglicher Druckausübung auf Südafrika.

Für die Grünen forderter Walter Schwenninger von der Bundesregierung Wirtschaftssanktionen, Kündigung des Kulturbabkommens, Stopp aller Rüstungsexporte nach Südafrika und Unterstützung der Befreiungsbewegungen von Namibia und Südafrika. An die Bevölkerung appellierte er, dem Boykottaufruf der Ev. Frauenarbeit für südafrikanische Früchte und Krügerrands zu folgen. Die SPD verwies auf die Widersprüche innerhalb der Re-

Kulturschranken: Der Abgeordnete und Dritte-Welt-Experte Walter Schwenninger und ein Bundeskanzler, der Entwicklungshilfe künftig von politischem Wohlverhalten abhängig machen will.



gierungskoalition und forderte eine härtere Gangart der Regierung gegenüber Südafrika. Die Rechtsausleger der CSU (Huyn und Althammer) zogen alle Register des Anti-Kommunismus, um für ihre ungebrochene Identifikation mit dem südafrikanischen Rassismus zu werben. Das öffentliche Echo auf diese Debatte war erstaunlich breit und umfassend. Daraus wurde deutlich, daß die Südafrika-Politik inzwischen zu einem vorrangigen Thema der Auseinandersetzungen über die Außenpolitik der Bundesregierung geworden ist.

Die Konflikte im Regierungslager

Die Debatte und die anwachsende Diskussion über Südafrika (auch in Zusammenhang mit Antworten der Bundesregierung auf verschiedene parlamentarische Anfragen) (2) haben die Konflikte innerhalb des Regierungslagers verschärft. Hier stehen sich die FDP (Auswärtiges Amt) und die CSU gegenüber, die vor allem über das von ihr geführte Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und durch Vorstöße ihres Vorsitzenden versucht, in der Südafrika-Politik andere Akzente zu setzen. Die wichtigsten Streitpunkte sind: verbale Verurteilung von Apartheid und Aggression Südafrikas oder offene Unterstützung des Rassismus, Wiedereröffnung des Konsulats in Namibia, Verhandlungen mit der SWAPO, Anerkennung der Bantustans, Unterstützung der Frontstaaten. Der CSU-Generalsekretär Tandler hat prompt eine nachträgliche Koalitionsvereinbarung über die Außenpolitik der Bundesregierung gefordert, in der auch für Südafrika CSU-Positionen festgeschrieben werden sollen. Natürlich dürfen diese Differenzen nicht als grundsätzliche Positionsunterschiede mißverstanden werden. Auch das Auswärtige Amt verfolgt eine konsequente Politik zur Festigung und zum Ausbau der engen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Apartheid-Staat. Die Auseinandersetzungen über die Südafrika-Politik werden demnächst einen Höhepunkt erleben, wenn der Bundestag über die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der SPD diskutiert. Die Südafrika-Solidaritätsbewegung sollte die dabei zu erwartende ausführliche Berichterstattung für die Darstellung ihrer Anliegen nutzen.

Anmerkungen

1. Der Spiegel, 5.12.83
2. Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der SPD (Politik der Bundesregierung im südlichen Afrika, Bundestagsdrucksache 10/833) und Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Grünen (Menschenrechtsverletzungen in der Ciskei, Südafrika, Bundestagsdrucksache 10/818)



“Ein richtiger Schritt in die richtige Richtung.” Südafrika-Freund Strauß als Gast von Premierminister Botha zum Ausgang des Referendums, November 1983.

“Es ist unzulässig, vom Apartheidsystem zu sprechen”

Anmerkungen von Strauß

zur Beantwortung der Großen Anfrage der SPD zur Südafrika-Politik.

CSU-Chef Strauß bemüht sich intensiv, Einfluß auf die Außenpolitik der Bundesregierung zu nehmen. Unmittelbar vor der Kabinettssitzung, die sich in der Vorweihnachtswoche mit der Beantwortung der Großen Anfrage der SPD zur Südafrikapolitik befaßte, mahnte Strauß per Fernschreiben umfassende Änderungen gegenüber dem Antwortentwurf der Bundesregierung an. Voll durchsetzen konnte er seine Vorstellungen nicht. Gleichwohl – die Fortsetzung des Streits um die Afrika-Politik ist vorprogrammiert.

Zum Apartheid-System in Südafrika

“Es ist unzulässig, schlechterdings vom Apartheidsystem zu sprechen und alles zusammen in einen Topf zu werfen. Es gibt die sogenannte kleine Apartheid, die aber beinahe verschwunden ist. Die Beseitigung der kleinen Apartheid war die Voraussetzung für vernünftige in die Zukunft weisende Lösungen. Es wirkt aber wieder gespenstisch unreal, wenn die Bundesregierung, allerdings in kakophonier Übereinstimmung mit vielen anderen Staaten, das Apartheidsystem in Südafrika entschieden ablehnt, also eine Lösung verlangt, one man, one vote. Die Bundesregierung weiß ganz genau, daß Südafrika seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit verlieren, der Lebensstandard seiner Bevölkerung, besonders der schwarzen und farbigen Bevölkerung drastisch absinken, und in der Umgebung Südafrikas Hunderttausende, wenn nicht Millionen von Schwarzen hungern und verhungern würden, wenn es zu einer Entwicklung käme, wie sie durch eine schwarze Mehrheitsregierung vorgezeichnet ist.”

Zur Frage eines Konsulats in Windhoek (Namibia)

“CDU und CSU blamieren sich, wenn sie nun eine Politik vertreten, die früher von ihnen heftig bekämpft worden ist, und wenn sie auf die Wiedererrichtung eines deutschen Konsulats in Windhoek schlechterdings verzichten. Das Ganze ist ja nur eine Marotte Genschers, der Angst vor unerfreulichen Veröffentlichungen und entsprechenden Reaktionen in seiner eigenen Partei hat. Die Bundesregierung kann doch nicht einfach sich hier einen Kurs aufzwingen lassen, der in einem totalen Widerspruch zu dem heftigen Engagement der CDU/CSU in den 70er Jahren für die Wiedererrichtung des Konsulats in Windhoek steht.”

Zur Präsenz südafrikanischer Truppen in Namibia

“Südafrikanische Streitkräfte als fremde Truppen in Namibia zu bezeichnen, ist schlechterdings Unsinn. Wenn diese Streitkräfte nicht in Namibia wären, dann gäbe es dort Mord und Totschlag, der auch von den wie meistens ergebnislosen oder zumindest wirkungslosen UN-Truppen nicht verhindert werden könnte.” (pp, 5.1.1984)

Im Namen des Volkes

Urteil im "Fall Magdi Gohary"

Am 23.11.1983 hat die VII. Kammer des Bayrischen Verwaltungsgerichtes das Urteil im "Fall" Magdi Gohary gesprochen: die Landeshauptstadt München wird verpflichtet, Magdi Gohary die beantragte Aufenthaltserlaubnis zu erteilen.

Seit langem kämpft Magdi Gohary, 42, Chemotechniker und ägyptischer Staatsbürger, seit 23 Jahren in der Bundesrepublik ansässig, um seine Aufenthaltserlaubnis. Sie war ihm von der Stadt München wiederholt versagt und schließlich die Abschiebung zum 31.10.83 angedroht worden. Hiergegen hat Magdi Klage erhoben (vgl. Infodienst 7/8 83). Ihm wird seine politische Betätigung zur Last gelegt – u.a. die langjährige Vorstandstätigkeit in der AAB.

Dieser empörende Angriff auf die Meinungsfreiheit forderte eine breite Welle der Solidarität heraus. 10 000 Menschen gaben mit ihrer Unterschrift der Forderung nach Erteilung der Aufenthaltsgenehmigung Nachdruck; es gingen Protestschreiben von Einzelpersönlichkeiten ein, von Gewerkschaftsgliederungen (u.a. DGB Landesbezirk Bayern), von der SPD-Landtagsfraktion, der Grünen-Bundestagsfraktion, von Pfarrern, vom Weltkirchenrat. Dabei verdient der Briefwechsel zwischen Weltkirchenrat und dem bayrischen Innenminister Hillermeier besondere Beachtung. So findet der Weltkirchenrat das Vorgehen der Behörden "überraschend und beunruhigend", denn jeder, der die für die Abschaffung der Apartheid wirkenden Organisationen unterstützt, handle in Einklang mit den anerkannten Grundsätzen der Vereinten Nationen und der erklärten Politik der Bundesrepublik. (Ökumenischer Rat der Kirchen, 29.7. 83)

Auch die Bundesrepublik habe die Ziele der Befreiungsbewegungen ANC und SWAPO unterstützt und ihnen erlaubt, gesetzmäßig innerhalb der Bundesrepublik zu wirken. Magdi Gohary sei lediglich im Rahmen der für Bundesbürger geltenden Gesetze aktiv geworden. Der Weltkirchenrat appelliert, die "beispielgebende" Verfassung der Bundesrepublik auch auf in ihr lebende Ausländer anzuwenden. (ÖRK 20.10.83)

Doch der bayrische Innenminister hält daran fest, daß die AAB "... mit mehreren linksextremen, bzw. linksextrem beeinflußten Organisationen zusammenarbeitet." Zwar räumt er ein: "Mit dieser Bewertung der AAB ist selbstverständlich nicht zugleich der Vorwurf verbunden, jede Unterstützung dieser Organisation deute auf linksextreme Aktivitäten hin." Andererseits: "... kann jedoch ein Engage-

ment in dieser Gruppe geeignet sein, aufgrund anderweitiger linksextremer Aktivitäten bestehende Bedenken zu verstärken." (Hillermeier 28.9.83)

Am 23.11.83 fand die Verhandlung im vollbesetzten Saal des Verwaltungsgerichts statt. Von Seiten der Landeshauptstadt waren Beamte des Bayrischen Innenministeriums (Abteilung Verfassungsschutz) hinzugezogen worden. Beängstigend wirkte auf die vielen Zuhörer, was die "Staatsschützer" an "belastendem Material" vorlegten. Denn wer nun geglaubt hatte, es ginge um Menschenrechte, Rassismus, Abrüstung – alles Themen, in denen Magdi Gohary Aktivitäten "vorgeworfen" wurden – sah sich enttäuscht: nicht Inhalte kamen zur Sprache, sondern fast ausschließlich die Frage, ob und welche Verbindungen Magdi Gohary zur DKP habe. Als "Belege" galten – offensichtlich durch perfekte Überwachung gewonnene – Kenntnisse über seine Anwesenheit bei diversen DKP-Veranstaltungen (bis hin zur Weihnachtsfeier) – was Magdi Gohary auch gar nicht bestritt, waren es doch öffentliche Veranstaltungen, zu denen jeder Zutritt hat. Dem ganzen die Krone auf setzte schließlich die Vorlage einer Erklärung von Innenminister Hillermeier, nach der zusätzliche belastende Erkenntnisse vorlägen, welche jedoch aus Gründen der Geheimhaltung nicht offengelegt werden könnten...

Das Gericht ließ sich nicht beeindrucken: "Etwaige, den Kläger belastende nachrichtendienstliche Erkenntnisse, die aus Gründen der Geheimhaltung nicht offengelegt werden konnten, durften der Entscheidung aus rechtsstaatlichen Gründen nicht zugrundegelegt werden."*

"Der Kläger (Magdi Gohary) ist ... nicht Mitglied der DKP. Selbst wenn dem so wäre, könnte aus der bloßen Mitgliedschaft in der DKP nicht ohne weiteres darauf geschlossen werden, daß er die bestehende Grundordnung der Bundesrepublik und ihre innere Sicherheit gefährdet." "Die DKP nimmt in der Bundesrepublik in zulässiger Weise am politischen Willensbildungsprozeß teil und wurde vom Bundesverfassungsgericht bisher nicht ... für verfassungswidrig erklärt."

"Was eine Betätigung in der Antiapartheidbewegung (Schreibweise im Original) und der Bürgerinitiative für Frieden

und Abrüstung betrifft, räumt das Innenministerium selbst ein, daß in diesen Vereinigungen neben kommunistischen auch demokratische Kräfte mitarbeiten. Diese Organisationen sind außerdem ... ideologisch und politisch offen."

Zu ANC und SWAPO führt das Urteil aus: "Zwar ergeben sich... gewisse Hinweise auf Verbindungen dieser Befreiungsbewegung zu den Staaten des Ostblocks ... Jedoch kann hieraus noch nicht ihre Unvereinbarkeit mit unseren Verfassungsgrundsätzen gefolgert werden, zumal auch die Bundesregierung diese Organisationen in gewissem Umfang unterstützt und als wichtige politische Kräfte dieser Region anerkennt."

Das Urteil verpflichtet die Landeshauptstadt München, Magdi Gohary die Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, ein erfreuliches Urteil, ein Erfolg der Solidarität – und dennoch nicht endgültig: die Landesanhwaltschaft hat bereits Berufung eingelegt. Ob sich die Stadt München anschließt, ist noch nicht entschieden. Es bleibt zu hoffen, daß das Land den Brief des Weltkirchenrats berücksichtigt, der im Januar erneut appelliert, das Leben Goharys und seines Sohns nicht zu verlängern und die Entscheidung des Gerichts zu akzeptieren. (ÖRK 6.1.84)

Susanne Barck

*Dieses und alle folgenden Zitate sind aus der schriftlichen Urteilsbegründung.

Fortsetzung von S. 14

Stellung gegen den südafrikanischen Kirchenrat (SACC), der sich in KwaZulu ständiger Repression durch Inkatha ausgesetzt sieht. "Scharfmacher" nennt H.-K. Hofmann jene, die die Forderung des SACC übernehmen, nicht mit Inkatha zusammenzuarbeiten.

Auch die Einwirkungen auf das politische Sprektrum in der Bundesrepublik dürfen nicht gering eingeschätzt werden. Das Zusammenwirken beim Vorschlag für den Friedensnobelpreis ist nur ein Indiz. Auffallend ist auch der hohe Anteil von Leserbriefen im OJC-Mitgliederorgan zum Thema Inkatha aus der Bonner Administration, nicht mit Namen unterzeichnet, aber mit den entsprechenden Funktionen.

Quellen:

- Offensive, Freundesbrief aus Bensheim, bes. die Hefte 82/2; 83/3; 83/4 + 5
- Der Umkehrer, Junge Stimmen vom Reichenberg, Sondernummer Sommer 1983
- Horst-Klaus Hofmann, Vorwort zu G. Buthelezi, Freiheit und Versöhnung, Gütersloh 1982
- Gespräch mit Dr. A. Hofmann, Bensheim, vom 10.2.1984
- 1. FAZ 8.6.84 / 2. epd 3.6.81 / 3. FAZ 1.4.82 / 4. FAZ 8.6.83 / 5. idea 27.5.82 / 6. idea 27.5.82

Soyikwa - Theatre

Ein Theaterereignis fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit: das war das erste Gastspiel des schwarzen Vorstadt-Theaters Soyikwa Theatre aus Johannesburg in der Bundesrepublik. Die Gruppe unternahm unter Umgehung des immer noch bestehenden offiziellen Kulturabkommens zwischen der Bundesrepublik und Südafrika gleichsam auf Schlechtwegen, ohne einen Pfennig öffentlicher Förderung, während einer Westeuropatournee einen Abstecher nach Hamburg. Ihr zweimaliger Auftritt in den Altonaer Werkstatt III fand jedoch nicht die Resonanz, die ihm gebührt: die lokalen und überregionalen Medien nahmen von dem Kulturergebnis so gut wie keine Notiz.

Soyikwa, das heißt auf Xosa: Wir werden siegen, aber die Gruppe wählte ihren Namen bewußt in Anklang an Wole Soyinka, den großen Stückeschreiber und Darsteller afrikanischer Alltagsprobleme aus Nigeria. Sie spielt in Soweto und anderen Townships des schwarzen Südafrika, nicht in festlichen Theatersälen, die es dort ohnehin nicht gibt, sondern auf Straßen und Plätzen, in Kirchen und Kinos, in Diskotheken und Hinterhöfen — unter den wachsamen Augen von Spitzeln und Polizisten, die ständig gegenwärtig sind, um die Einhaltung der Zensurgesetze zu überwachen. Auf diese Arbeitsbedingungen muß das Theater notgedrungen Rücksicht nehmen. Darum wird beispielsweise die Hymne des ANC nicht gesungen, sondern nur gepfiffen, der Name des ANC und anderer gebannter Widerstandsorganisationen wird nicht ausgesprochen, sondern umschrieben, und immer dann, wenn ein Schauspieler die Rolle eines Widerstandskämpfers übernimmt, setzt er eine schwarze Maske auf: so hat es die Polizei schwerer, den betreffenden Sprecher zu identifizieren.

In Hamburg spielte Soyikwa zwei neue Stücke des südafrikanischen Dramatikers Matsemela Manaka, dessen bekanntestes Werk "Egoli, Stadt des Goldes" inzwischen Eingang in die internationale Theaterliteratur gefunden hat. "Pula" schildert in Gestalt einer proletarischen Volksballade, wie vier junge Männer, die im Dorf vom ständigen Hunger geplagt werden, in die Großstadt flüchten, um dort ein besseres Leben zu suchen. Sie schlagen sich mit Gelegenheitsarbeiten durch, bis einer von ihnen im Lotto gewinnt. Das Geld reicht aus, um sich Instrumente zu kaufen und eine Rockband zu gründen. Als die Band zu spielen

beginnt, wird sie rasch in die politischen Auseinandersetzungen hineingezogen. Die konservativen und kommerziellen Rat- und Auftraggeber wollen vor allem religiöse Töne hören, aber die Massen und vor allem die Widerstandsorganisationen verlangen aufrührerische und mobilisierende Musik. Das Stück endet damit, daß die Rockgruppe einen Streik schwarzer Arbeiter unterstützt und Szenen aus dem Alltag des Widerstands aufführt. Der populäre Inhalt und der einfache und epische Aufbau des Stücks ermöglichen es dem Soyikwa Theatre, moderne und traditionelle Elemente und Effekte bunt miteinander zu mischen. Die Szene wechselt zwischen Englisch und Xosa, zwischen Tanz und Dialog, zwischen szenischer Darstellung und musikalischer Aufführung. Widerstandslieder werden angepfiffen, Protestgedichte werden rezitiert, zweimal werden Kompositionen von Dollar Brand eingespielt. Der Spielverlauf hält sich zwar ungefähr an die Textvorlage, erlaubt aber vielfältige Improvisationen, Aktualisierungen und Verschlüsselungen.

Das zweite Stück des Abends, der Einakter Imbumba, kommt mit wenigen Worten aus und beschränkt sich zur guten Hälfte auf pantomimische und gestische Dar-

stellungsformen. Das wortkarge Drama vollzieht sich in einem Arbeitslager auf einer Farm in einem entlegenen und ausgedörrten Homeland und behandelt das widersprüchliche Verhältnis zwischen drei politischen Häftlingen und ihrem schwarzen Aufseher. Die Gefangenen versuchen zunächst, den Büttel auf ihre Seite herüberzuziehen, verbünden sich dann aber gegen ihn, so daß er am Ende gefesselt und winselnd am Boden liegt. Das gleichnishaftre Stück ist von brennender Aktualität. Es setzt sich kritisch mit den Thesen der Black Consciousness-Bewegung auseinander, die den Freiheitskampf auf einen einfachen Schwarzweißkonflikt reduziert hatte, und fordert zu einer differenzierten Betrachtung der Rassen- und Klassenkonflikte auf. Die Befreiungskämpfer sind gezwungen, sich auch gegen die schwarzen Kollaboratoren des Apartheidregimes zur Wehr zu setzen. In Südafrika sind Gruppen wie Soyikwa die etablierten Theatersäle versperrt. Leider ist die Situation in der Bundesrepublik nicht gänzlich anders. Bei seinem Hamburger Auftritt wurde das Anti-Apartheid-Ensemble in den zugigen Werkstattraum eines alternativen Kommunikationszentrums verbannt und blieb fast ohne öffentlichen Widerhall. Peter Schütt

SOYIKWA
African Theatre presents
PULA und **IMBUMBA**
2 Theaterstücke aus Südafrika - dem Land der Apartheid

Featuring:
Danny Moitse
David Sebe
Makarius Sebe
Ronnie Mwanazi

Preisträger
Theaterfestival 83
Edinburgh

Grafische Werkstätten Aachen Tel. 0241/39711

rezension

Breyten Breytenbach

Augenblicke im Paradies

Zürich und Köln: Benzinger 1983, 296 S.

Breyten Breytenbach – das ist derzeit wohl der bekannteste, umstrittenste und meist gehaßte afrikaanssprachige Schriftsteller in seiner südafrikanischen Heimat. Zusammen mit Andre Brink (von dem für Frühjahr ein Roman bei Kiepenheuer und Witsch angekündigt ist) war er maßgeblich zu Beginn der 60er Jahre in den "Sestigers" aktiv, eine Gruppe junger, liberaler, afrikaanssprachiger Literaten ("Sestigers" heißt Sechziger und ist von der Namensgebung und den Absichten her durchaus mit der – ebenfalls mittlerweile bereits zur Literaturgeschichte zu rechnenden – hiesigen "Gruppe 47" zu vergleichen). – Der Platz für diese literarische Generation im südafrikanischen Rassensystem erwies sich als zu eng, der Handlungsspielraum für den vagen Rekurs auf kritischen Liberalismus zu knapp bemessen. Die "Sestigers" blieben ein Phänomen eben dieser 60er Jahre...

Der Dichter Breyten Breytenbach ging ins selbstgewählte Exil nach Paris. Mit Yolande verheiratet, einer Vietnamesin, hätte er in seiner Heimat nur getrennt von seiner Frau – denn die zählt dort nicht zu den Weißen – leben können. Grund genug, außer Landes zu gehen. Der Liberalismus wandelte sich – wohl auch aufgrund dieser persönlichen Erfahrung als verstoßener, ungeliebter Sohn des Burentums – schon bald zum überzeugten politischen Protest gegen Unmenschlichkeit des Apartheid-Staates. Breytenbachs "Brief aus der Fremde an die Schlächter" – ein längeres Gedicht an den damaligen Premierminister Vorster – wurde in der Burenrepublik zum handfesten Skandal.

Als Anfang 1973 in Kapstadt ein afrikaanssprachiger Schriftstellerkongress unter Beteiligung der "Sestigers"-Generation geplant war, erreichten die Veranstalter, daß Breytenbach gemeinsam mit seiner Frau kurzfristig eine dreimonatige Aufenthaltserlaubnis erhielt: "Augenblicke im Paradies" hat Breytenbach die notierten Erfahrungen und Eindrücke seiner Rückkehr auf Zeit zwischen Ende Dezember 1972 und Ende März 1973 genannt. Und diese "Augenblicke im Paradies" sind beileibe kein Roman, wie der Benziger Verlag fälschlicherweise behauptet.

Breytenbach selbst über die Absichten dieses Werks: "... ich schreibe nun in erster Linie, um zu versuchen, mich selbst zu erinnern. Sie sind gewarnt – dies ist ein Notizbuch!" (s. 56) Ein Notizbuch, das aufgrund der Biographie dessen Verfassers und seines weiteren politischen Weges auch zu einem Dokument zeitgenössischer Bestandsaufnahme und Geschichte des südafrikanischen Rassenstaates wird: Zweieinhalb Jahre später wird Breytenbach – illegal und unter falschem Namen wieder nach Südafrika zurückgekehrt – vom burischen Repressionsapparat trotz seines internationalen Renomes und weltweiter Proteste unerbittlich wie so viele andere politische Gegner verfolgt. Der Inhaftierung folgt die Verurteilung zu neunjähriger Haft wegen staatsfeindlicher Konspiration. Nach sieben Jahren Gefängnis wird Breytenbach im Dezember 1982 schließlich vorzeitig entlassen und in sein französisches Exil abgeschoben. Die "Augenblicke im Paradies", während Breytenbachs Inhaftierung erstmals 1977 in den Niederlanden veröffentlicht, geben Aufschluß über die Gefühle und

Motive dieses Verstoßenen und sind zugleich ein Manifest gegen die Unmenschlichkeit dieses Systems. Wer nach vordergründigen, platten Parolen sucht, wird aber enttäuscht. Die südafrikanische Gesellschaft erschließt sich hier auf ganz persönliche, subjektive Weise. Breytenbach verallgemeinert indes, indem er seine eigene Welt darstellt und damit ein Soziogramm der Burengesellschaft des Bolandes am Kap zeichnet.

Es ist zugleich ein Psychogramm des neuen Menschen, den die südafrikanische Fremdherrschaft am Kap mittlerweile produziert hat: des weißen Afrikaners, der seine europäische Geschichte über Generationen hinweg zurückgelassen hat und eine neue Identität als Südafrikaner, als Mensch unter Menschen verschiedener Herkunft, Tradition und Kultur entwickelt hat. Einige Tage vor seiner Abreise schreibt Breytenbach über seine Rückkehr in die Heimat: "... das, was es dort gibt, ist zu etwas Unbewußtem geworden, zu einer zugewachsenen Wunde, einer Erinnerung, einem Vergangenen und einem Zukünftigen, Zum Entwurf eines Traums, dem Paradies. ... Ich bin ein Franzose und gehe nach Afrika, meiner grausamen Mutter; ich bin ein Heimatloser und suche, wo meine Sicherheit war, als ich noch nichts von Sicherheit wußte." (S. 17)

Schmerzhafte und leidvolle Vergangenheitsbewältigung wechseln im Tagebuch Breytenbachs, das den Rückgriff auf Kindheits- und Jugenderinnerungen ebenso umfaßt wie die Auseinandersetzung mit seinen Kollegen von der schreibenden Zunft der "Sestigers"-Generation, wechseln mit den neuen Wahrnehmungen des Augenblicks, den Erkundungen und Eindrücken der südafrikanischen Burengesellschaft zu Beginn der 70er Jahre. Breytenbach schildert nicht die Situation der schwarzen Mehrheit, er setzt sich mit seiner Situation und der Situation seines eigenen Burenvolkes auseinander. Das macht die "Augenblicke im Paradies" umso wertvoller und überzeugender, macht sie authentisch und so direkt. "Ein Blick von draußen" hatte er so auch seinen Beitrag für den Schriftstellerkongress genannt, der in diesem Dokument ebenso abgedruckt ist wie sein "Arsch poetica: Monolog eines Hinterns" (beide Essays sind bereits in deutscher Übersetzung veröffentlicht worden in dem Band von Breyten Breytenbach, "Kreuz des Südens, schwarzer Brand. Gedichte und Prosa.", der während seiner Haftzeit beim Verlag Klaus Wagenbach in Berlin 1977 publiziert wurde).

"Ein Blick von draußen" – das ist zugleich auch die Bestandsaufnahme eines afrikaanssprachigen Schriftstellers einer von innen her erlebten gesellschaftlichen Umwelt, die ihn wie einen Aussätzigen, allenfalls einen Exoten behandelt und dennoch mit burischem Nationalstolz seine internationale Reputation verbucht. Es ist die Abrechnung mit denen, die unter Verweis auf die Überlebenswänge im System bereit sind, die Schere im Kopf und die Austrocknung der Gefühlswelt über sich ergehen zu lassen. Es ist der Abgesang auf die "Sestigers", deren Liberalismus zum Deckmantelchen für die Integration und Einpassung wurde.

"Dichter machen keine Revolutionen, Revolutionen machen Dichter. (Manchmal.)" (S. 62), schreibt Breytenbach nicht nur den ande-

ren ins Buch, sondern er selbst setzt sich damit auf sehr persönliche Weise auseinander. Nicht im Sinne eines seelischen Strip tease, sondern auf der Suche nach seinem Standort, seiner individuellen, selbstkritischen Identitätsfindung. "Ich will die bleichen Tempel eures Weißseins abbrennen" (S. 186), läßt Breytenbach seine burischen Landsleute wissen. – Nicht um ein von Weißen gereinigtes Land wegen, sondern um einer südafrikanischen Heimat für alle, die dort leben wollen. Breytenbach bleibt Südafrikaner, auch wenn er staatlich verordnet gemeinsam mit Yolande nach drei Monaten wieder abreisen muß, die Trennung vom geliebten Elternhaus ihm vorläufig aufgezwungen bleibt. "In jener Nacht zu sein, was, wie wenn man ohne Kraft von einer dunklen Flut mitgerissen wurde" (S. 287), beschreibt er seinen Abschied von Zuhause, seiner Mutter und dem Vater, den Geschwistern, den Freunden. Und als Dichter fügt er hinzu:

"Ein Wind wehte die Sterne weg,
ich habe kein Herz, nein, nur eine Wunde
wo das Herz sein müßte" (S. 287)

"Ein altes Ich muß dort unten geholt werden, damit es sich endgültig zur Ruhe legen kann" (S. 19), glaubt Breytenbach noch vor Antritt seiner Reise in Paris. Dieses Ich hat ihn dann aber eingeholt, die Vergangenheit zu einer neuen Realität und Zukunft werden lassen. Wir können dies in den Augenblicken im Paradies miterleben. "Ich bin alles, was ich nicht sein sollte", versuchte Breytenbach wieder in physischer Freiheit zehn Jahre später seine gesellschaftliche Zuordnung im südafrikanischen Burenstaat in einem Fernseh-Interview anlässlich der Frankfurter Buchmesse 1983 zu charakterisieren (ARD Sendung, 16.10.83). Doch in der Negation des Bestehenden ist er für mich zugleich der südafrikanische Mensch der Zukunft. – "Wenn dieses Ich die Wahl hätte, möchte ich in Erinnerung bleiben als ein Dichter des Erwachens" (S. 184) wünscht sich Breytenbach elbst.

Er ist es für mich.
Henning Melber

Nadine Gordimer

Anlaß zu lieben

Frankfurt a.M.: S. Fischer/Goverts 1983, 456 S.

Der "Anlaß zu lieben" zwischen Schwarz und Weiß wird per Gesetz in dem Apartheid-Staat Südafrika verboten. Menschliche Gefühle werden nach Rassenzugehörigkeit geordnet. Doch Verbotenes hat seine besonderen Reize.

Nadine Gordimer beschreibt in diesem Buch die Liebe bzw. die Beziehung zwischen einer verheirateten weißen Frau und einem schwarzen Mann. Gesehen und miterlebt wird diese Liebesgeschichte für die Leserschaft von Jessie. Jessie, eine Frau mittleren Alters, Mutter dreier Kinder, kleiner Töchter und eines halberwachsenen Sohnes, ist verheiratet mit dem Universitätsdozenten Tom. Die Familie lebt in einem für Freunde stets offenen Haus in Johannesburg. Eine intellektuelle Familie mit ebensolchen Freunden, die der Rassenfrage relativ vorurteilslos gegenüberstehen. Jessie selbst kämpft gegen die eigenen und die fremden Ansprüche, jagt ihren Bedürfnissen hinterher. Hinter und vor ihr liegt die eigene problemati-

sche Kindheit und Jugend. Ihre Beziehung zum schon jugendlichen Sohn aus ihrer ersten Ehe, der in einem Internat untergebracht ist, wird überschattet von Unsicherheit und Selbstvorwürfen über das Unvermögen zur Herstellung einer Mutter-Kind-Beziehung. Trotzdem scheint die Ehe zwischen Tom und Jessie das zu sein, was landläufig als "glücklich" bezeichnet wird.

Bei der Familie wohnen für einige Monate Boaz, ein Freund von Tom, und dessen Frau Ann. Boaz ist als Musikethnologe häufig für Feldforschungen unterwegs. Die aufgeschlossene Ann setzt derweil ihre Begeisterungsfähigkeit in viele Aktivitäten um. Dabei lernt sie Gideon, einen bekannten schwarzen Maler kennen, und verliebt sich in ihn. Anfangs versuchen die Liebenden, ihre Beziehung durch Vorsichtsmaßnahmen geheimzuhalten und zu schützen. Doch bald bekennen sie sich auch in der Öffentlichkeit zueinander. Dadurch bringen sie nicht nur sich, sondern auch ihre Partner und Freunde in schwere Konflikte. Es wird deutlich, daß sich die Apartheid schon längst auch in den noch so fortschrittlichen Köpfen festgesetzt hat. Was schließlich bleibt, ist ein gebrochener, in Unfreiheit lebender Mann, zerstört auch durch eine Liebe. "Die Frau, die Weiße, konnte weggehen, und natürlich ist sie weggegangen." Und die Beobachter Jessie und Tom stellen für sich fest: „Sie glaubten an die Integrität persönlicher Beziehungen im Gegensatz zu der Verzerrung durch Gesetze und Gesellschaft. Welche stärkere und stolzere persönliche Bindung gibt es als Liebe? Aber sie hatten erlebt, daß selbst zwischen Liebenden die Hautfarbe zählte, daß das Persönliche ins Gesellschaftliche, das Private ins Politische zurückkehrte.“ (S. 439).

Für mich bleibt die Frage, ob Ann dem Reiz des Verbotenen erlegen ist, ohne sich der Gefährlichkeit ihres Tuns bewußt zu werden – der Gefährlichkeit zumindest für Andere. Das Spiel mit dem Feuer, wo die Gefahr des Verbrennens nur für diese besteht. Nadine Gordimer beschreibt Ann zwar als begeisterungsfähige, zugleich aber auch als oberflächliche junge Frau. Und die Auseinandersetzung zwischen Ann und deren Mann Boaz kommt in dieser Dreiecksbeziehung leider viel zu kurz. Eigentlich findet sie gar nicht statt. Oder ist die "Flucht" vor dieser Auseinandersetzung von Ann und Boaz Ausdruck einer Unfähigkeit im Umgang mit Gefühlen, unabhängig von einer Rassengesellschaft?

Etwas enttäuschend war für mich die teilweise unbefriedigende Abhandlung angerissener Probleme. Auch hätten die agierenden Personen noch etwas deutlicher gezeichnet werden können, obgleich die unterschiedlichen Charaktere klar zutage treten. Bei der Lektüre erwies sich mein Verhältnis zu Ann als "gestört". Überlegungen von ihrer Seite aus finden nicht statt, die Ernsthaftigkeit ihrer Gefühle und Bedürfnisse muß somit in Frage gestellt werden. Deshalb auch die eingangs geäußerte Vermutung, daß Verbotenes seine besonderen Reize hat – ohne Ernsthaftigkeit.

Nadine Gordimers "Anlaß zu lieben" ist jedenfalls ungeachtet dessen ein gesellschaftskritischer Roman, der in liberalen, aufgeschlossenen weißen Kreisen Südafrikas angesiedelt ist. Ein Buch, das nachdenklich macht. Selbst ein nachdenkliches, wichtiges und lesenswertes Buch.

Mary Melber

Im Herzen der Bestie

Rüstungs- und Atomgeschäfte gehören in der Bundesrepublik Deutschland zu den best gehüteten Geheimnissen. Alle Bundesregierungen haben sich bisher geweigert, gegenüber der Bevölkerung und den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, genaue Angaben über Umfang und Empfänger bundesdeutscher Rüstungsexporte zu veröffentlichen.

Wie nun die berühmten "Männer und Frauen auf der Straße" – oder noch besser im Hafen – sich dennoch Informationen über das bundesdeutsche Geschäft mit dem Tod anderer Leute in meist fernen Ländern beschaffen können, steht in einem neuen Buch. Sein Titel "Im Herzen der Bestie" ist abgeleitet aus einem Zitat Che Guevaras, der 1964 vor US-amerikanischen Studenten erklärte, sie lebten in mitten der Bestie...

Die Autoren des "Aktionshandbuchs gegen Rüstungs- und Atomgeschäfte" sind Mitglieder der Bremer Arbeitsgemeinschaft gegen militärisch-nukleare Zusammenarbeit der BRD mit Südafrika in der Anti-Apartheid-Bewegung. So schwierig wie der Name dieser Gruppe ist ihr Buch – den Autoren sei Dank – nicht zu lesen.

Trotz des todernsten Hintergrunds ist es aufgelockert mit manch witziger Karikatur, zahlreichen Fotos vom "Tatort Hafen" und Dokumenten – von der Einstellungsverfügung einer Strafanzeige wegen "Vergehens gegen das Außenwirtschaftsgesetz" bis hin zu einer Vernehmungsniederschrift der Zollfahndung in Bremen.

Fremdwörter oder Fachbegriffe werden bewußt aufgegriffen und erläutert.

Die oft kompliziert erscheinende Gesetzeslage wird juristisch treffend – aber allgemein verständlich an praktischen Beispielen erklärt.

Die Autoren berichten aus der Praxis. Seit einigen Jahren recherchieren sie in ihrer Region in Sachen Rüstungs- und Atomexporte. Auf ihr Konto gehen u.a. die Aufdeckung der Exporte von Minenkampfbooten für Südafrika ebenso wie die massenhafte Ausfuhr von Panzertransportern samt Aufliegern in den kriegsführenden Irak.

Detailliert wird in diesem Handbuch beschrieben, wie "ganz normale Menschen" mit offenen Augen bei Spaziergängen in Übersee- oder Binnenhäfen oder auch auf Bahnhöfen, sowie durch aufmerksames Studium allgemein zugänglicher Militärzeitschriften, konkrete Einzelheiten über geplante bzw. schon stattfindende Exporte von Waffen-, Rüstungs- und nuklearen Lieferungen herausfinden kann.

Ebenso eingehend schildert das Handbuch den Umfang mit diesen Informationen, ihre Verwertung... und mögliche Ergänzung durch Gespräche mit Firmenvertretern, Arbeitern, Politikern und Journalisten, sowie möglicherweise auch Staatsanwälten. Strafanzeigen wegen des Verdachts des ungenehmigten bzw. verbotenen Exports führen zwar selten zu einem Verfahren, bringen aber oft weitere Erkenntnisse. Damit auch die Mitmenschen etwas von vertraulichen Geschäften mit der Rüstung erfahren, wurden Straßentheater eingeübt, Dia-Reihen erarbeitet und Presseerklärungen verfaßt. Auf die Berichterstattung in der alternativen Stadtzeitung legten die Bremer dabei ebenso großen Wert wie aufs Regionalfernsehen oder den "Spiegel". Noch Wochen später nahmen Fernsehkommentatoren auf die Bremer Presseerklärungen Bezug. Neben konkreten Handreichungen zur Pressearbeit und zum Umgang mit Politikern enthält das Buch einen umfangreichen Literaturteil

liche Bibliotheken und Archive zum Rüstungs- und Atomgeschäft sowie zum Uranhandel, eine Auflistung der wichtigsten Rüstungsbetriebe sowie ein, nach Postleitzahlen geordnetes Adressenverzeichnis von Organisationen und Einzelpersonen, die sich mit den angesprochenen Themen befassen.

Auf 160 Seiten ist alles erfaßt, was jemand wissen muß, der etwas gegen das Geschäft mit dem Tod unternehmen will.

Der Preis: 7,50 DM – für Aktionsgruppen ab 10 Exemplare 5 DM plus Porto.

Erhältlich bei den Autoren: Thorsten Maas, Schildstr. 1, 2800 Bremen oder Hanns-Ulrich Barde, Weberstr. 13, 28 Bremen oder bei der issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

nachrichten

Friedrich Nowotny: Lächeln für Südafrika-Exporte

Tierisch ernst – ganz wider dem ihm gerade verliehenen Orden – wurde der stets verschmitzt lächelnde "ARD-Mann aus Bonn", Friedrich Nowotny, als wir ihn um die Bestätigung einer im Publik-Forum unter der Rubrik "Personen und Konflikte" (Nr. 3; 3.2.83) abgedruckten Meldung bat. Dort war zu lesen, daß sich der ARD-Chefkorrespondent in Bonn ein Zubrot als Werbemann für Südafrika-Exporte verdient.

"Gewinnend lächelnd wirbt er im Januar-Heft des Wirtschaftsmagazins "impulse" für die am 29. und 30. März auf der Godesburg in Bad Godesberg stattfindende Exportkonferenz für mittelständische Unternehmer. Apartheid-Gegner aus Bonn und anderswo haben kritische Fragen an den Fernsehmann gerichtet. Bisher mag Nowotny jedoch nicht auf's Zubrot verzichten." Die Meldung sei eine "Unverschämtheit", aber ein Dementi war Nowotny ebenso wenig zu entlocken. Wir haben ihn um eine Stellungnahme gebeten, die noch aussteht. Protestbriefe können an das WDR-Studio in Bonn, Dahlmannstr. 14, gerichtet werden.

SÜDAFRIKA

Stadtratswahlen in Soweto

Mit einem erfolgreichen Boykott haben die Stadtratswahlen von Soweto geendet. Lediglich 10,7% der wahlberechtigten Bewohner haben ihre Stimme abgegeben. Nur unwesentlich höher lag die Wahlbeteiligung in den Nachbarsiedlungen Diepmeadow (14,7%) und Dobsonville (23,53%). Durchschnittlich lag die Wahlbeteiligung bei insgesamt 29 Wahlen zu Gemeinderäten in schwarzen Townships nach dem 'Black Local Authorities Act' bei 21% und damit deutlich unter Pretorias Erwartungen.

Der bisherige "Bürgermeister" von Soweto, David Thebehalu, ist ebenso wie sein Stellvertreter Makhaya nicht wiedergewählt worden. Nachfolger ist der 80-jährige Millionär und Geschäftsmann Ephraim Tshabalala, dessen Sofasonke-Partei 17 von insgesamt 30 Wahlkreisen Sowetos gewann. Tshabalala indes mußte bei Amtsantritt feststellen, daß dem Stadtrat zur Verwaltung Sowetos die Einnahmen fehlen. Das Sagen haben weiterhin Beamte des der Regierung unterstellten West Rand Administration Board. (vgl. dazu auch "Staatlich verordnete 'Selbstverwaltung'" in Informationsdienst 12, 1983, S. 8-9)

FM 8.12.83, 13.1. u. 20.1.84

Südafrika – was geht uns das an?

Solidaritätsarbeit von Jugendlichen zum Südlichen Afrika

Bestandteil der Dokumentation ist der gleichnamige Film als Ergebnis der Arbeit dreier Jugendgruppen sowie die Resonanz aus der Öffentlichkeit auf die Aktionen der Jugendlichen und ein ausführlicher Dokumentarteil (Flugblätter, Artikel, Theaterszenen, Solidaritätslieder usw.).

Erschienen im Selbstverlag der Mülheimer Solidaritätsgruppe Südliches Afrika zum Selbstkostenpreis von 8,70 DM, 130 Seiten.

Bezug: issa, blücherstr. 14, 5300 bonn 1

Daimler baut in Südafrika aus

Die Daimler-Benz AG, Stuttgart, wird bis zur Jahresmitte die Mehrheit an der südafrikanischen Beteiligungsgesellschaft United Car and Diesel Distributors UCDD (Pty.) Ltd., Pretoria, übernehmen. Bereits im Januar 83 hatte Daimler-Benz die 10%-Beteiligung der südafrikanischen Rentmeester-Gruppe an UCDD für etwa 11,5 Mio DM erworben und damit seinen Anteil an UCDD von 26,7% auf 36,7% erhöht. Das gegenwärtige UCDD-Kapital von 1,5 Mio Rand (etwa 3,5 Mio DM) soll nach einer Kapitalerhöhung um zweimal 15 Mio Rand (etwa 35 Mio DM) auf 31,5 Mio Rand erhöht werden. Daimler-Benz wird dann 50,1%, Volkskas/Südafrika 26,5% und die schweizer Ernst-Göhring-Stiftung 23,4% Anteile halten. Die PKW-Produktion von UCDD ist seit 1981 verdoppelt worden. 1983 verkaufte die UCDD 13 600 Mercedes-PKW und 4 200 Nutzfahrzeuge, zusätzlich wurden etwa 10 000 Honda-PKW verkauft, die UCDD in Lizenz herstellt. Der Umsatz des Werkes stieg von 641 Mio Rand (1,47 Mio DM) 1982 auf 681 Mio Rand (1,57 Mio DM) 1983.

Stuttgarter Zeitung, 24.1.83

Auf Platin setzen"

Das "Geld in Bergwerksgesellschaften investieren... Neben Gold-, Diamanten-, Kupfer- und Silberminen zählen seit kurzem vor allem Platin-Aktien zu den sogenannten Hoffnungswerten unter den Rohstoffpapieren", diesen Tip gibt der Stern in seinem Beratungsdienst 'Geld und Sicherheit'. Mit südafrikanischen Rustenburg- und Impala-Aktien hat die Bayerische Vereinsbank im April 83 die beiden größten Platinminen der Welt an der Münchner Börse eingeführt. Südafrika fördert ca. 50% des Weltangebots. Mit einem Anteil von knapp 95% beherrschen die beiden o.a. Gesellschaften die südafrikanische Produktion. Im Januar 84 kostete ein Gramm Platin 37,50 DM und war damit um 3,50 DM teurer als Gold. Schubkraft hat die Platin-Spekulation bekommen durch die Bestrebungen, Autoabgase durch den Einbau von Katalysatoren zu entgiften, die Platin enthalten. Bosch hat eine neue Hochleistungszündkerze vorgestellt, deren entscheidendes Teil zu "99% aus reinem Platin besteht"; über die absolute Menge schwieg sich die Firma aus.

Eine Platinmünze im Gewicht von einer Feinunze hat die Deutsche Bank im November in ihr Anlagenangebot aufgenommen. Die Bank ist von der Londoner Ayrton Metals

Ltd einer Tochtergesellschaft der Impala-Platin Holdings Ltd mit dem Vertrieb in der Bundesrepublik beauftragt worden. Die "Noble" genannte Platinmünze, mit einem Nennwert von 10 britischen Pfund gesetzliches Zahlungsmittel der Isle of Man, war Anfang Februar für 1.122 DM erhältlich. 20 000 Münzen wurden bisher von der Londoner Prägeanstalt für die Isle of Man, Pobjoy, hergestellt, wofür etwa 1% der jährlichen Platinproduktion bereitgestellt werden mußte. Für den "Noble", der bei Banken im In- und Ausland ge- und verkauft werden kann, werde es einen organisierten und voll funktionsfähigen Markt ohne Seltenheitszuschlag geben, betont die Deutsche Bank. stern Nr. 44, 27.10.83; FAZ 3.11.83; 2.2.84

ANGOLA - PORTUGAL

Anti-MPLA-Propaganda belastet Beziehungen Angola hat nach einem Bericht der spanischen Zeitschrift "tiempo" (6.2.84) die portugiesische Regierung davor gewarnt, Gruppen, die in Opposition zur Regierung in Luanda stehen, weiterhin zu dulden. Lissabon ist zu einem Tummelplatz für Anti-MPLA-Gruppen geworden, die dort ihre Propagandaapparate errichtet haben. Neben der UNITA und der FNLA sind dies die "Bewegung der Nationalen Übereinkunft Angolas" (CNA), die "Befreiungsfront der Enklave Cabinda" (FLEC) und seit neuestem die "Liberaldemokratische Partei Angolas" (PDLA). Bei weiterer Duldung dieser "Hinderisse für beiderseitige Beziehungen" will Luanda den Handel mit Portugal reduzieren und dafür seine Beziehungen mit Spanien ausbauen.

SEYCHELLEN

Grenada-Invasion als Vorbild:

Erneuter Umsturzversuch

Zum vierten Mal in zwei Jahren ist von Südafrika aus ein Putschversuch gegen die Regierung Rene auf den Seychellen unternommen worden. Wohl, um den Verdacht erneuter Komplizenschaft von sich abzulenken, hat Pretoria fünf Söldner aus Südafrika, drei ehemalige Rhodesier und zwei Engländer, festgenommen, freilich nur, um sie kurze Zeit später wieder auf freien Fuß zu setzen. Einer von ihnen, der Engländer Kenneth Williamson, wurde Anfang Dezember nach Großbritannien deportiert. Nach Informationen aus der Seychellen-Hauptstadt Victoria wurden zahlreiche Söldner in einem Lager ca. 50 km von Johannesburg ausgebildet, eine zusätzliche Rekrutierung für den Putschversuch hatte in Durban begonnen.

Durch die Ermordung von Präsident Rene, anderer Spitzenpolitiker und von US-Personal einer Satelliten-Überwachungsstation sollte Chaos auf der Insel im Indischen Ozean geschaffen werden, um die USA zu einer Invasion nach dem Grenada-Vorbild zu veranlassen. Anführer des Komplotts soll der 1977 von Rene gestürzte James Mancham gewesen sein, der nach eigenen Angaben US-Präsident Reagan einen Brief mit der Bitte um eine Invasion auf den Seychellen geschrieben haben will, damit auf der "von Nordkoreanern und Tansaniern besetzten" Insel "demokratische Verhältnisse" zurückkehren. Mancham war indes gleich nach seinem Amtsantritt als erster Staatspräsident der 1975 unabhängig gewordenen Seychellen-Republik von Südafrika aus reichlich beschenkt und bestochen worden, wie Pretorias Ex-Informationssminister Eschel Rhodie in seinen jüngst erschienenen Erinnerungen mitteilt ... Vor den weitreichenden Folgen der Machtlosigkeit der Weltöffentlichkeit gegenüber der Grenada-Invasion hat Radio Maputo in einem Kommentar gewarnt: Südafrika könnte dies als grünes Licht für eigene Destabilisierungsabenteuer betrachten.

FAZ 5.12.83; FR 7.12.83; Monitor-Dienst Afrika 12.12.83; Sunday Express 11.12.83; New African, Januar 84

linke zeitung

ist die Zeitung der Demokratischen Sozialisten ★ bringt zweimal im Monat Nachrichten, Hintergrundberichte, Diskussionsbeiträge zu aktuellen Themen ★ Engagiert sich, für Frieden und Abrüstung, für Arbeitszeitverkürzung, für mehr soziale Dienstleistungen und demokratische Rechte, für Gleichstellung der Frauen ★ unterstützt den Aufbau einer breiten linken Alternative ★ hilft aktiv bei der Schaffung einer neuen Partei: links, wo das Herz schlägt ... und kluge Köpfe nicht fehlen

linke zeitung

Deine Zeitung: Jetzt abonnieren!

- Ich bitte um Zustellung eines Probeexemplars der Iz.
- Ich abonneiere die Iz, die Zeitung der Demokratischen Sozialisten. Das Abonnement gilt für mindestens drei Monate und verlängert sich um den gleichen Zeitraum, falls es nicht 4 Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.
- 3 Monate (6 Ausgaben) DM 25,50
- 6 Monate (12 Ausgaben) DM 51,00
- 12 Monate (24 Ausgaben) DM 102,00

.....
Vorname/Zuname

.....
Straße/Hausnummer

.....
Postleitzahl/Wohnort/Zustellpostamt

.....
Lieferung ab

.....
Datum/Unterschrift

Bitte ausschneiden und einsenden an:
Demokratische Sozialisten
Hohe Straße 28
6050 Offenbach

linke zeitung

Postvertriebsstück. Gebühr bezahlt.
Z 8253 F
issa - Blücherstr. 14 - 5300 Bonn 1

4 ABO
ANC

POSTFACH 190140

5300 BONN 1

zeitschriftenschau

AIB 2/1984

Schwerpunkt Mittelamerika: Nicaragua: Hat der Frieden noch eine Chance? + Lehren der Grenada-Invasion für Mittelamerika + Bericht von den Arbeitsbrigaden in Nicaragua + Interview: Interventionsbasis Honduras + Interview mit Fidel Castro + Angola: Der unablässige Aggressionsdruck + Namibia: Interview mit D. Tjongarero (SWAPO) + Iran: Rückkehr zur "freien Wirtschaft" unter islamischem Gewand + Palästina: PLO-Aussöhnung mit Ägypten? + Zypern: Die Separaterepublik und die Ursachen des Zypernkonflikts + Tunesien: Die Hungerrevolte + Brunei: Das Ölsultanat wird unabhängig + Die Dritte Welt im Strudel des Rüstungswettkaufs

Preis: 2,50 DM

Bezug: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Forum, Nr. 75

"Der gekaufte Sommer" + Reisen in die dritte Welt + Fernsehworkshop + BMZ-Filmpolitik + Tourismus-Prostitution-Entwicklung + Folgen des Pestizidexports in die Dritte Welt + Tiergarten aktiv für Nicaragua + BUKO-KA Protokoll 2. - 4.12. 83

Preis: 3,- DM, Abo: 36,- DM

Bezug:

FEA-Verlag, Ruhrstr. 14, 4040 Neuß 21

EPK 4/83

Grenada – oder: Gehört die Welt den USA? + Vorgeschiede der US-Intervention + Augenzeugebericht aus der Zeit nachdem Bishop unter Hausarrest gestellt worden war + Politik Kubas gegenüber Grenada + Briefwechsel Bishop – Reagan. + New Jewel Move-

ment + Weltbank zu Grenada + US-Politik + US-Wirtschaftsinteressen in der Karibik + Deutsche Politiker zur Grenada-Invasion + Pressepolitik der USA + Wie unsere Presse die Invasion feierte

Preis: 5,- DM

Bezug:

EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 19

ila-info Nr. 72, Januar 1983

"Neuer Mensch" oder "Realer Sozialismus"? – 25 Jahre kubanische Revolution + Die Niederlage einer Revolution + Nicaragua braucht Frieden + Miskito-Region: Achillesferse der sandinistischen Revolution + Peru drei Jahre nach Rückkehr zur Demokratie. Die peruanische Linke zwischen Velasquismus und Senderismus + "Dem Präsidenten geht es gut..." + Ländernachrichten + Solidaritätsbewegung: Die Maloche hier ist kein Kinderspiel, erste Berichte von den Arbeitsbrigaden für Nicaragua

Preis: 3,- DM

Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

epd-Entwicklungspolitik 2/84

Kriege in der Dritten Welt + Durch Rüstungsexporte Unterentwicklung + Die Expansion der Bundesdeutschen Rüstungsexporte + Südafrikas Rüstungsaufknie – ein Mythos + Stellungnahme der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung zum Hearing "Rüstung und Entwicklung".

Preis: Einzel-/Doppelnummer: 3,-/4,50 DM

Bezug:

epd, Friedrichstr. 2 - 6, 6000 Frankfurt

SEMINARE:

Mosambik:

Probleme der ländlichen Entwicklung in Mosambik, Förderung der Staatsfarmen, Kooperativen oder Kleinbauern – was ist richtig? Erfahrungen der Vergangenheit und Perspektiven.

Termin: 9. - 11. März 1984

Ort: Jugendakademie Walberberg
5303 Bornheim

Anmeldung bei:

Koordinierungskreis Mosambik
c/o Ferdi Escher
An dem Heerwege 20
5800 Hagen

"100 Jahre Berliner Afrikakonferenz (1884 - 1984)"

Termin: 9. - 11. März 1984

Ort und Anmeldung:
Evangelische Akademie Bad Boll
7325 Bad Boll

Angola – 10 Jahre nach der Befreiung

Zur Entwicklung in Angola nach der Entkolonialisierung. Die Politik Südafrikas, der Frontstaaten und der Großmächte. Die Verantwortung der Kirchen.

Termin: 6. - 8. April 1983

Ort und Anmeldung:
Evangelische Akademie Arnoldshain
6384 Schmitten/Ts.

ACHTUNG RESTPOSTEN!!!

Noch gibt es eine begrenzte Anzahl folgender Publikationen:

- Zdenek Cervenka and Barbara Rogers, "The Nuclear Axis", Secret Collaboration between West Germany and South Africa, London 1978, statt 42,80 nur noch 25,- DM zzgl. Versandkosten
- Centre Europe-Tiers Monde (CETIM) (Hrsg.), White Migration to Southern Africa, Genf 1975, statt 7,50 DM nur noch 5,- DM zzgl. Versandkosten.
- zu bestellen bei: issa – Blücherstr. 14 – 5300 Bonn 1

SONDERANGEBOT!!!!

- Wer jetzt abonniert, erhält den Jahrgang 1983 des Informationsdienstes gratis. Das Angebot gilt bis zum 15. Mai 1984. Weitere Angebote siehe Index.

COUPON

Name

Adresse

Unterschrift